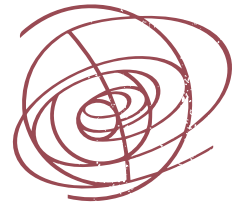


DAS DENKNETZ



RÉSEAU DE RÉFLEXION @ PENSIERI IN RETE

NR. 013 · APRIL 2023

Wohnpolitik

In Basel-Stadt ist wohnpolitisch einiges los. Eine breite Bewegung erzielt mit ihrer Hartnäckigkeit Erfolge.

Seite 37

Integration

Schweizweit ist die integrative Schule unter Druck. Eine Rückkehr zu Kleinklassen hilft aber niemandem weiter.

Seite 19

Altersvorsorge

Die von der bürgerlichen Mehrheit beschlossene Reform der 2. Säule ist ein Affront. Nun braucht es einen Totalumbau des Systems.

Seite 22



BEDEUTUNGSVOLLE WAHL

Im Herbst wird auf eidgenössischer Ebene gewählt – es ist ein überaus wichtiger Urnengang. Mit welchen Positionen kann die Linke Erfolg haben? Was ist mit den Grünliberalen? Und wo liegen Grenzen der Schweizer Demokratie?

Ab Seite 3

P.P.
8004 Zürich
Post CH AG

Kurzporträt Denknetz

Das Denknetz ist ein sozialkritischer Thinktank von unten, der gesellschaftstheoretische und politische Grundlagenarbeit leistet. Sein Credo sind die Universalität der Menschenrechte und die Unteilbarkeit der Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Das Denknetz erarbeitet Analysen, Thesen und Reformvorschläge zu Wirtschafts- und Sozialpolitik, Arbeitswelt, Bildungs- und Migrationsfragen. Wichtige Transversalthemen sind Ungleichheit, Gender, Ökologie, Demokratie und globale Verhältnisse. Das Denknetz wird getragen von seinen rund 1500 Mitgliedern. Auch von Ihnen? Normalverdienende bezahlen einen Jahresbeitrag von CHF 100.–, Nicht- und Geringverdienende CHF 40.–, Fördermitglieder unterstützen das Denknetz mit CHF 400.–.

www.denknetz.ch | info@denknetz.ch

Réseau de réflexion, groupe francophone

Depuis 2015 existe un groupe francophone du Denknetz qui se réunit à Lausanne. Il essaie d'exprimer un point de vue qui peut être spécifiquement romand sur quelques sujets traités par ailleurs dans le Denknetz. De même, il se positionne sur des thèmes qui lui semblent importants mais qui ne sont pas encore traités.

suisseromande@denknetz.ch

Editorial



Philipp Müller
Mitglied des Denknetz-Vorstands

Liebe Leser:innen,

die Demokratie hat ihren Preis. Ohne die Auseinandersetzung um Ideen und Gesellschaftsentwürfe besteht die Gefahr, an Demokratie zu verlieren. Ohne den Einsatz für Gleichstellung, Integration von Minderheiten, Umverteilungsgerechtigkeit oder das Klima untergraben wir ihr Fundament.

In dieser Ausgabe der Denknetz-Zeitung beleuchten wir den Preis der Demokratie aus zwei Blickwinkeln. Einerseits aus der Warte des Kampfes für mehr Gerechtigkeit. Ein Artikel spricht die Gefahr für die feministische Bewegung an, wenn sich diese auf interne Glaubenskriege beschränkt, anstatt sich auf die grossen Herausforderungen in Zeiten des rechtskonservativen Backlash zu fokussieren. In einem anderen Beitrag geht es darum, dass wir in unserem Schulwesen eine verstärkte Inklusion und Integration brauchen, um zu verhindern, dass sich soziale Ungerechtigkeit und Ausgrenzung verstetigen und verstärken. Drei Texte beschäftigen sich mit den turmhohen Übergewinnen einzelner Wirtschaftsakteure, den absurden Vorgaben für die Gewinnverteilung der Schweizerischen Nationalbank sowie mit der skandalösen Revision der 2. Säule und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung per Referendum. Schliesslich wird in einem Beitrag der Ausschluss der Bewohner:innen der Schweiz ohne roten Pass mit weissem Kreuz von der demokratischen Teilhabe thematisiert.

Aus einem zweiten Blickwinkel diskutieren wir die Rolle der politischen Parteien. Ein Artikel erörtert die Bedeutung der Grünliberalen (GLP) für die Linke. Hinter dem Selbstanspruch der GLP, eine progressive Mitte zu verkörpern, verbirgt sich deren Krux, weder Fisch noch Vogel zu sein und vor allem stockbürgerlich. Es ist für die Linke aufgrund dieser Tatsache nicht leicht, die Vertiefung der Demokratie elektoral voranzutreiben. Ein anderer Artikel räumt auf mit dem Mythos der Unvereinbarkeit von klassisch sozialdemokratischen Forderungen nach Umverteilung und sozialer Sicherheit und den gesellschaftspolitisch progressiven Postulaten im Bereich Gender, Klima oder Migration aus Sicht der Arbeiter:innen und der neuen Mittelschicht. Eine wichtige Erkenntnis.

Eine Reihe weiterer spannender Texte unterstreicht, dass wir auf allen Ebenen und an allen Fronten – ideell, materiell, kulturell – für die Verteidigung und den Ausbau der Demokratie eintreten wollen und sollen. Sie ist es wert.

Inhalt

Das vermeintliche linke Dilemma	3
Ist die Schweiz eine Demokratie?	5
Was der grünliberale Aufstieg für die Linke bedeutet	7
Auf ein feministisches Morgen	10
Nationalbank: Absurde Gewinnverteilung	12
Übergewinne heizen Inflation an	13
Die EU bewegt sich umweltpolitisch vorwärts	5
Ein neuer und anderer Bericht an den Club of Rome	17
Ist die integrative Schule am Ende?	19
Zeit für den Totalumbau der 2. Säule	22
Schwierige Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit	24
Die Profitrate in der Schweiz sinkt	28
Putins Krieg und der Westen	30
Progressive Internationale und ForumAlternativo	32
Die Umsetzung der «Thesen zur Demokratisierung der Wirtschaft»	34
Wie die Basler Wohnpolitik in Bewegung geriet	37
Wie gehabt: Finanzkrise und Bankenrettung durch den Staat	39
Rezension Caritas Almanach 2023: Ungleichheit in der Schweiz	40
Rezension Simon Schaupp, Technopolitik von unten	42
Rezension Sozialismus – eine neu zu entdeckende Alternative	43



Das vermeintliche linke Dilemma

Illustration: www.zersetzer.com

Die Debatte zur Ausrichtung linker Parteien geht häufig von einem Dilemma zwischen materiell linken und kulturell progressiven Positionen aus. Während sich traditionell linke Wähler:innen aus der Arbeiterschicht Umverteilung wünschen, sich aber nicht für Gleichstellung, Inklusion und Klima begeistern können, wollen potenzielle linke Wähler:innen aus der Mittelschicht wenig Umverteilung und dafür progressive Gesellschaftspolitik. So zumindest das Narrativ. Unsere Forschung zeigt, dass die angebliche Spaltung der linken Wählerschaft in materielle und postmaterielle Ausrichtung stark übertrieben ist. Sie basiert auf einem Missverständnis und zwei Annahmen, die sich in der Realität nicht bestätigen.

In den Diskussionen zur politischen Ausrichtung linker Parteien wird mit grosser Häufigkeit und Vehemenz ein Dilemma zwischen «neulinken» und «altlinken» Positionen beschworen. Die Frage ist, ob insbesondere sozialdemokratische Parteien mit «neulinken» Themen – man denke an Gender, Klima, Integration, Migration – ihre traditionelle Stammwählerschaft von Wähler:innen aus eher tieferen Bildungs- und Einkommensschichten vergrämen. Spiegelbildlich stellt sich die Frage, ob sich progressive Wähler:innen

aus höheren Bildungs- und Einkommensschichten von einem dezidierten Fokus auf soziale Sicherheit, Umverteilung und grundsätzliche Kapitalismuskritik nicht nur nicht angesprochen, sondern vielleicht sogar abgestossen fühlen könnten. Neben einer möglichen Spannung gegenläufiger Klasseninteressen könnte in diesen Ausrichtungsfragen auch noch ein Generationendilemma lauern, sind jüngere Wähler:innen doch in der Tendenz nachweislich stärker an neulinken Themen interessiert, während ältere Wähler:innen

die traditionellen Forderungen der Linken stärker priorisieren als die jüngeren.

Wahljahr 23

Diese Fragen erhalten in der Schweiz im Wahljahr 2023 eine grosse Aufmerksamkeit. Sie werden sowohl innerhalb der Linken selbst kontrovers diskutiert und das Thema wird auch von rivalisierenden Parteien immer wieder befeuert. Auch in den umliegenden Ländern wird so leidenschaftlich über das «linke Dilemma» debattiert, dass man denken

könnte, einer Rückkehr der Sozialdemokratie zu Wähleranteilen der 1960er-Jahre stehe lediglich das Festhalten an oder Loslassen von Kapitalismuskritik einerseits oder Genderstern andererseits im Weg.

In diesem Beitrag argumentieren wir, dass die vermutete Spaltung der linken Wählerschaft in materielle und postmaterielle Ausrichtung stark übertrieben wird. Wir haben in den letzten Jahren verschiedene Forschungsprojekte in der Schweiz und in anderen nord-, süd- und kontinentaleuropäischen Ländern durchgeführt, in denen wir untersuchen konnten, wie Wähler:innen auf unterschiedliche Programme von politischen Parteien des lin-

ken Spektrums reagieren. Es zeigt sich, dass sozialdemokratische Parteien ihre Wähler:innen sowohl über materielle als auch über postmaterielle Themen ansprechen und mobilisieren können. Das angesprochene Dilemma finden wir empirisch nicht belegt. Es basiert auf einem Missverständnis und zwei Annahmen, die sich in der Realität nicht bestätigen.

Fragmentierte und segmentierte Wählerschaft

Es ist ein Missverständnis zu denken, dass Parteien alle Bürger:innen ansprechen und mobilisieren müssen oder können. Zwar betonen Parteien selbstverständlich, dass ihre Positionen im Interesse aller Bürger:innen des Landes seien, de facto aber können und müssen sie nur einen Teil der Wählerschaft für sich gewinnen. Dies gilt insbesondere im heutigen Kontext des Parteienwettbewerbs: Europäische Parteiensysteme der letzten Jahre zeichnen sich durch einen hohen Grad an Fragmentierung und eine Segmentierung der Wählerschaft aus. Eine Rückkehr zu grossen Volksparteien mit bis zu 40 Prozent Wähleranteil ist nicht zu erwarten. Insbesondere in der Schweiz führen zudem eine niedrige Wahlbeteiligung und ausgeprägte ideologische Spaltungen dazu, dass das Wahlverhalten relativ stabil ist und dass Wählerwanderungen – wenn überhaupt – meist innerhalb des gleichen ideologischen Blocks stattfinden. Für Parteien bedeutet dies, dass nur ein Teil der gesamten Wählerschaft ihrem Wählerpotenzial angehört und durch programmatische (Re-)Positionierung zu erreichen ist. Die zentrale Frage für Parteien des linken Spektrums ist also nicht, ob die Wähler:innen der Arbeiter- und Mittelklasse insgesamt divergierende Einstellungen zu materiellen und postmateriellen Themen haben, sondern ob diese Klassenspaltung innerhalb der Gruppe derjenigen Wäh-

“ Es ist ein Missverständnis zu denken, dass Parteien alle Bürger:innen ansprechen und mobilisieren müssen oder können. ”

ler:innen besteht, die sich überhaupt vorstellen können, jemals eine linke Partei zu wählen. Diese Gruppe umfasst in der Schweiz etwas mehr als 40 Prozent.

Was wollen linke Mittelschichtswähler:innen?

Und genau zu diesen Unterschieden innerhalb des linken Spektrums werden häufig zwei Annahmen getroffen, die sich empirisch in der Schweiz – und in anderen europäischen Ländern – nicht belegen lassen. In Bezug auf materielle Wirtschafts- und Sozialpolitik wird oftmals vermutet, dass Mittelschichtswähler:innen in ihren Vorstellungen, Bedürfnissen und Interessen «zu rechts» seien, um sich von einer sehr progressiven Umverteilungspolitik angesprochen zu fühlen. In der Tat ist es so, dass linke Parteien zunehmend Wähler:innen der gebildeten, städtischen Mittelschicht gewinnen (müssen) und dass diese das

zahlenmässig stärkste, wachsende und loyalste Wählersegment der Linken geworden sind. Diese linken Mittelschichtswähler:innen sind in der Tat weder auf Mindestlohn noch auf Ergänzungsleistungen oder Prämiensubventionen angewiesen. Sie würden infolge einer stärkeren progressiven Finanzierung von staatlichen Leistungen nicht selten eher mehr Steuern bezahlen. Tatsächlich unterstützen genau diese Wähler:innen der Mittelschicht trotzdem eine dezidierte Umverteilungspolitik. In der Schweiz wie in anderen europäischen Ländern unterscheidet sich diese neue Mittelschicht – Menschen mit guter Ausbildung, die vornehmlich in Sektoren wie Beratung, Projektmanagement, Gesundheit, Bildung oder Kommunikation arbeiten – in ihren Einstellungen stark von der «alten Mittelschicht», die vor allem in liberalen Berufen und im Unternehmertum verortet war. Diese neue, expandierende linke Mittelschicht ist in der Schweiz heute sogar die Klasse mit den materiell progressivsten Einstellungen überhaupt. In anderen Worten: Obwohl diese Wähler:innen höhere Bildungsabschlüsse und gute Einkommen haben und obwohl ihnen postmaterielle Forderungen sehr wichtig sind, unterstützen sie eine wirtschaftlich progressive Agenda der Linken.

Was wollen linke Wähler:innen aus der Arbeiterschicht?

Eine zweite Annahme, auf der das Narrativ eines innerlinken Dilemmas zwischen materiellen und postmateriellen Forderungen beruht, bezieht sich auf Wähler:innen mit geringerer Bildung und aus der Arbeiterschicht. Oft wird vermutet, dass diese Wähler:innen eine progressive Politik bei Fragen der Migration und Integration, LGBTIQ-Rechten oder der Gleichstellungspolitik ablehnen bzw. sich von solchen Forderungen abgestossen fühlen könnten. Die Forschung zeigt allerdings, dass Arbeiter:innen im linken Wählerpotenzial zwar im Durchschnitt weniger Interesse an diesen Themen zeigen, die inhaltlichen Forderungen nach Inklusion und Gleichstellung aber durchaus

teilen. Zudem blendet das Narrativ des «linken Dilemmas» aus, dass der männliche Fabrikarbeiter heute nicht mehr repräsentativ ist für die «Arbeiterschicht». Diese ist sehr heterogen und besteht zum grössten Teil aus Frauen, jungen Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund, die von Inklusionspolitik selbst betroffen sind. Dazu kommt, dass in der Schweiz die Segmentierung und «Neusortierung» der Wählerschaften schon Anfang 1990er-Jahre begonnen hat und sehr weit fortgeschritten ist. Daraus folgt: Diejenigen Arbeiter:innen, die sich vorstellen können, links zu wählen, sind nicht national-konservativ eingestellt. Spiegelbildlich sind die Arbeiter:innen im rechtsnationalen Wählerpotenzial – entgegen ihren materiellen Interessen – sehr skeptisch gegenüber staatlicher Umverteilung.

Innerhalb des linken Wählerpotenzials sind die Einstellungsunterschiede zwischen Wähler:innen der Arbeiter- und der Mittelklasse sehr viel schwächer als in der Gesamtbevölkerung, und das «linke Dilemma» wird daher stark überschätzt. In einer ausgesprochen polarisierten Parteienlandschaft wie sie heute in der Schweiz existiert, scheint es für alle Parteien riskanter, vage und diffuse Positionen zu beziehen als ein klares Profil zu zeigen. „



Tarik Abou-Chadi

ist Professor in Vergleichender Europäischer Politik an der Universität Oxford.



Silja Häusermann

ist Professorin für Schweizer Politik und Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Zürich.

Ist die Schweiz eine Demokratie?

Die Schweiz rühmt sich gern als urdemokratisches Land. Hier dürfen alle über alles mitreden und mitentscheiden. Doch mindestens ein Viertel der Bevölkerung wird von der Mitsprache ausgeschlossen. Es sind Menschen, die keinen Schweizer Pass besitzen. Wer sind diese Menschen und wieso wird ihnen das schweizerische Bürgerrecht verwehrt? Und: Bedeutet demokratische Teilhabe, über Gesetze abzustimmen und Parteien zu wählen, oder gehört da mehr dazu? Wie sieht eine Demokratie aus, die die migrantische Unterschicht miteinbezieht?

In der Schweiz gehören viele sogenannten Ausländer:innen zur ärmsten sozialen Schicht. Diese Einwander:innen werden vom Wirtschaftssystem als günstige Arbeitskräfte ausgebeutet und sind folglich von tiefen Löhnen und fehlender Sicherheit betroffen. Mit der neuen Gesetzeslage, die durch die Annahme der «Aus-schaffungsinitiative» der SVP im Jahr 2010 geschaffen wurde, kann inzwischen selbst eine Aufenthaltsbewilligung C entzogen werden. Dies bedeutet konkret, dass Menschen, die hier aufgewachsen sind, in das Herkunftsland ihrer Eltern ausgeschafft werden können. Wieso erhalten Menschen, die hier geboren oder aufgewachsen sind und seit vielen Jahren hier leben und arbeiten, nicht das Bürgerrecht? Meiner Meinung nach gibt es zwei Gründe, die sich ergänzen: die wirtschaftliche Ausbeutung migrantischer

Arbeit sowie die Vorstellung, dass «Schweizersein» ein Privileg sei, das migrantischen Arbeiter:innen nicht zustehe.

Die Ausbeutung der sogenannten Ausländer:innen als billige Arbeitskräfte

Die Italiener:innen waren die ersten ausländischen Arbeiter:innen, die in die Schweiz kamen. Nach dem Saisonierstatut von 1931 wurden italienische Arbeiter:innen zu Menschen zweiter Klasse gemacht, weil sie hier keinen sicheren Aufenthaltsstatus erhielten. Sie durften lediglich 11.5 Monate im Land bleiben und mussten jedes Jahr nach Italien zurückkehren. Ihre Ehepartner:innen und Kinder durften sie nicht mitbringen¹. Diese Position der Schwäche konnten die Schweizer Firmen ausnutzen. Wie soll ein:e italienische:r Arbeiter:in einen angemessenen Lohn for-

dern, wenn er/sie weiss, dass er/sie jederzeit die Schweiz verlassen muss, sobald er/sie nicht mehr angestellt ist? Dieser Status wurde erst 2002 abgeschafft, doch die Ausbeutung geht bis heute weiter. Nach wie vor sind es überwiegend Einwander:innen, die die am schlechtesten bezahlten, sogenannten unqualifizierten Arbeiten verrichten.

Durch meine Gewerkschaftsarbeit treffe ich regelmässig auf diese Schicksale: Ein 20-jähriger Italiener auf der Baustelle erzählte mir, dass er seit ein paar Monaten als Maurer in der Schweiz sei und für ein Temporärbüro arbeite. Sobald seine Arbeit auf der Baustelle erledigt ist, wird er entweder den nächsten befristeten Job annehmen müssen, der wiederum keine Sicherheit bietet, oder in sein Herkunftsland zurückkehren müssen. Auf der Demonstration

“ Ein-
wander:innen
werden vom
Wirtschafts-
system als
günstige
Arbeitskräfte
ausgebeutet.



der Baurbeiter:innen letztes Jahr in Zürich traf ich einen Deutschen und einen Italiener, die sich beide ein kleines Zimmer teilen und seit vielen Jahren auf Schweizer Baustellen arbeiten. Sie besuchen ihre Familien in Deutschland und Italien in den Ferien oder am Wochenende.

Wie kann es sein, dass heute noch Menschen in der Schweiz arbeiten ohne Perspektive auf ein angemessenes Leben hier? Ganze Wirtschaftszweige

1 Der Verein TESORO fordert die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen, die unter dem Saisonierstatut begangen wurden; siehe <https://www.tesoro2021.ch/>

“ Was bedeutet echte Teilhabe für die migrantische Unterschicht? ”

würden ohne die billigen Arbeitskräfte aus dem Ausland zusammenbrechen. Das Gesundheitswesen in der Schweiz würde ohne die sogenannten Ausländer:innen und Grenzgänger:innen nicht funktionieren. Es sind unter anderem eritreische, kurdische oder tibetische Geflüchtete, die eine F- oder B-Aufenthaltsbewilligung besitzen und für rund 4000 Franken brutto Tag und Nacht als Pflegehelfer:innen in einem Altersheim arbeiten gehen. Bei Missständen wehren sie sich nicht, da sie von ihrer Arbeitsstelle abhängig sind.

Zur Arbeiterschicht zählen auch viele Secondos und Secondas. Meine ehemalige Klassenkameradin mit türkischen Eltern ist in der Schweiz geboren und aufgewachsen. Nach ihrer Lehre in einem Altersheim arbeitet sie nun als Pflegefachfrau in der Nachtschicht. Ich habe eine Italienerin kennengelernt, deren Grosseltern schon in die Schweiz eingewandert waren, die aber noch immer keinen Schweizer Pass besitzt. Sie erzieht ihren Sohn allein und hatte eine Lehre als Coiffeuse absolviert, wechselte jedoch in die Reinigungsbranche, weil der Lohn als Coiffeuse zum Leben nicht ausreicht. Auch wenn sie hier geboren sind und eine Ausbildung absolviert haben, arbeiten sie immer noch in prekären Arbeitsverhältnissen in Tieflohnssektoren. Der soziale Aufstieg in der Schweiz bleibt ein Mythos, der sich nur in Ausnahmefällen erfüllt.²

Die Menschen, die unter den prekärsten Bedingungen arbeiten und in die Schwarzarbeit gedrängt werden, sind die Sans Papiers. Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung leben und arbeiten unter menschenunwürdigen Bedingungen mit der konstanten

Bedrohung von den Behörden entdeckt und in ihr Herkunftsland ausgeschafft zu

werden. Schätzungsweise 100.000 Sans Papiers leben heute in der Schweiz. Sie arbeiten vor allem in privaten Haushalten, in Restaurants oder auf Baustellen und sind für die Schweizer Wirtschaft systemrelevant. Viele dieser Menschen waren und sind immer noch Opfer von Gewalt.

Arbeiter:innen mit Migrationshintergrund haben unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eines gemeinsam: Institutionelle Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen führt letztlich dazu, dass sie von der Gesellschaft und der politischen Teilhabe ausgeschlossen werden – auch weil die Schweiz so wirtschaftlich von ihnen zu profitieren vermag.

Der Schweizer Pass als exklusives Privileg

Das Schweizer Bürgerrecht würde für die betroffenen Personen bedeuten, dass sie politisch mitentscheiden dürfen, und vor allem, dass sie materiell mehr Teilhabe erhalten. Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz, eine Arbeitsstelle oder eine Wohnung sind mit einem Schweizer Pass höher als ohne.

Zugleich geht es um eine grössere, für die Schweiz grundsätzliche Frage: Wer ist Schweizer:in? Es braucht hier dringend ein Update. Die Schweiz ist ein Migrationsland und es ist undemokratisch, dass ein Viertel der Bevölkerung ausgegrenzt wird. Es ist bekannt, dass Einbürgerungsprozesse in unserem Land willkürlich sind. In unseren Nachbarländern ist die Einbürgerung ein administrativer Prozess, der auf einem Amt stattfindet und nicht in Parlamenten und Kommissionen von Politiker:innen entschieden wird. Zudem wurde das Einbürgerungsgesetz im Jahr 2018 insgesamt verschärft. Dies ist auf die SVP-Hetze und die rechte Politik zurückzuführen, die seit fast 20 Jahren von «Masseneinbürgerungen» spricht, obwohl der Schweizer Einbürgerungsprozess europaweit einer der restriktivsten ist. Es braucht ein neues Bürgerrecht, wie es die Initiative des Vereins «Aktion Vierviertel» fordert. Nach den Initiant:innen sollen Menschen, die seit fünf Jahren in der Schweiz leben, das Recht auf Einbürgerung erhalten³. Dies wäre ein erster Schritt, damit das Schweizer Bürgerrecht ein echtes Recht wird – und nicht ein angeborenes Privileg von Schweizer:innen bleibt.

Echte Demokratie für die migrantische Unterschicht

Die Frage der Demokratie muss dringend weitergedacht werden, um ihr gerecht zu werden: Echte Demokratie wird es ohne sozialen Frieden nicht geben können. Dieser Friede beruht auf sozialer Gerechtigkeit. Eine echte Demokratie, die der Bevölkerung die Macht über das eigene Leben zurückgibt, findet nicht nur an der Urne statt, sondern sie müsste sich auch in der Arbeitswelt bemerkbar machen, denn dort wird das Schicksal der unteren Schicht mitbesiegelt.

Was bedeutet echte Teilhabe für die migrantische Unterschicht? Ich denke an einen angemessenen

nationalen Mindestlohn und die Umsetzung einer Wirtschaftsdemokratie,⁴ die ein neues Arbeitsgesetz schafft, damit die Menschen vor Willkür am Arbeitsplatz geschützt sind und die Arbeiter:innen in ihren Betrieben echte Mitsprache erhalten. Für meine Mutter als alleinerziehende Arbeiterin haben die Entscheidungen ihres Arbeitgebers eine sehr direkte und relevante Konsequenz auf ihr Leben, sodass es für sie mindestens so wichtig wäre, dort mitentscheiden zu können wie bei nationalen Abstimmungen und Wahlen. Ich denke ausserdem an ein gerechtes Bildungssystem, damit auch die Kinder der migrantischen Arbeiter:innen eine echte berufliche oder akademische Aufstiegsmöglichkeit erhalten. Denn sozialer Frieden beruht darauf, dass es auch für die unteren Schichten eine echte Chance gibt, nach oben zu gelangen.

Die Unterschicht in der Schweiz ist migrantisch. Es gibt hier eine Überschneidung zwischen sozialer Klasse und Migrationshintergrund, die wir nicht länger ignorieren dürfen. Es ist an der Zeit, dass die reiche Schweiz die migrantischen Arbeiter:innen endlich als Teil dieser Gesellschaft anerkennt – als ebenbürtige Menschen, denen dieselben Rechte zustehen. Dazu zählt nicht nur die politische Mitsprache, sondern auch ein gutes Leben in der Schweiz. Erst dann können wir von Demokratie sprechen. 🐦



Migmar Dhakyel

ist Vorstandsmitglied des INES – Institut Neue Schweiz, Branchenleiterin bei Syna und Denknetz-Mitglied.

2 Die Schweiz belegt einen der letzten Plätze im europaweiten Vergleich zur Bildungsmobilität; siehe

² Die Schweiz belegt einen der letzten Plätze im europaweiten Vergleich zur Bildungsmobilität; siehe

https://www.swissinfo.ch/ger/gesellschaft/serie--soziale-ungleichheit_so-schlecht-steht-es-in-der-schweiz-um-diechancengleichheit/45416526

³ <https://aktionvierviertel.ch/>

⁴ Das Konzept wurde u.a. von der Sozialdemokratischen Partei (SP) Schweiz 2017 in einem Papier verabschiedet.

Was der grünliberale Aufstieg für die Linke bedeutet

Vor dem Schweizer Wahlherbst 2023 scheinen Prognosen über Zugewinne und Verluste schwierig. Nur in einem Punkt zeichnet sich eine Tendenz ab: Die Grünliberalen dürften weiter an Stimmen gewinnen – so wie sie es seit 2019 auch in fast allen Kantonsratswahlen getan haben. Damit könnte die GLP einen Aufstieg fortführen, der das Potenzial hat, den politischen Raum der Schweiz zum dritten Mal in den letzten 40 Jahren zu verändern. Was bedeutet der Aufstieg der GLP für die Linke?

Der sich verändernde politische Raum der Schweiz

Eine erste fundamentale Umwälzung der Politlandschaft erlebte die Schweiz in den 1980er-Jahren, dem Jahrzehnt von Jugendunruhen, Umweltprotesten und einer erstarkenden Frauenbewegung. In diesen Jahren schlossen sich verschiedene kleine Links- und Umweltparteien zur Grünen Partei der Schweiz zusammen. Die SP Schweiz nahm – anders als viele ihrer sozialdemokratischen Schwesterparteien in Europa – zahlreiche der gesellschaftspolitisch progressiven Forderungen dieser Zeit in ihr Programm auf. Die Betonung dieser neuen Themen ging jedoch nicht einher mit einer zentristischeren Wirtschaftspolitik: Wenn, dann positionierten sich GPS und SP im 21. Jahrhundert bei diesen Fragen immer deutlicher links. Bis heute vereinen SP und Grüne am linken und gesellschaftspolitisch progressiven Pol knapp ein Drittel der Stimmen auf sich.

Diesem Pol erwuchs Mitte der 1990er-Jahre ein rechts-nationales Gegenstück: die SVP, die mit fremdenfeindlichen und europaskeptischen Kampagnen 1999 zum ersten Mal stärkste Kraft in der Schweiz wurde – und es bis heute blieb. Dieser für Schweizer Verhältnisse beispiellose Aufstieg ging primär auf Kosten der CVP und FDP, die seit den 1980er-Jahren fast zehn Prozentpunkte ihrer jeweiligen Wähleranteile verloren. Angesichts dieser Erosion rückte die FDP weiter nach rechts in der Hoffnung, verloren gegangene Wählersegmente von der SVP zurückzugewinnen.

Der Rechtsruck der FDP und die Konsolidierung des linken Lagers ermöglichen nun die Herausbildung eines dritten Pols: Marktliberale und gleichzeitig progressive Wähler:innen hatten sich in den 1990er- und 2000er-Jahren zwischen der SP und der FDP entscheiden müssen und mussten bei den einen oder anderen Posi-

“ In diese Lücke sprang die GLP. Sie erreichte 2011 erstmals Fraktionsstärke auf nationaler Ebene. ”

tionen Abstriche in Kauf nehmen. In diese Lücke sprang die GLP. Sie erreichte 2011 erstmals Fraktionsstärke auf nationaler Ebene und wuchs auch in der Folge weiter. Ein Hauptgrund für den bisherigen Erfolg der GLP ist, dass sie eine programmatische Nische gefunden hat, die ein relativ grosses Wählerpotenzial anzusprechen scheint: Neben ihrem Fokus auf Umweltpolitik positioniert sich die GLP bisher nicht nur ökonomisch liberal, sondern auch gesellschaftspolitisch moderat progressiv. Damit punktet die Partei insbesondere bei unter 35 Jahre alten, universitär gebildeten und gut verdienenden Personen in urbanen Räumen.

Was bedeutet eine erstarkte und womöglich weiter wachsende GLP für die Linke? Ist sie Gefahr oder Chance für links-progressive Politik? Droht sie als elektorale Konkurrenz zu linken Parteien das progressive Lager zu

spalten und die Linke nachhaltig zu schwächen? Oder eröffnen sich mit der GLP als Bündnispartnerin neue Möglichkeiten für links-progressive Mehrheiten?

Die GLP als elektorale Gefahr für die Linke?

Kein Zweifel kann daran gelassen werden, dass ein Erstarken der GLP teilweise auf Kosten der SP und der GPS geschah und auch in Zukunft geschehen dürfte. Denn die GLP-Wählerschaft konstituiert sich zu beträchtlichen Teilen aus ehemaligen Wähler:innen der beiden linken Parteien. Basierend auf repräsentativen Umfragen im Zuge der Wahlstudie SELECTS kann geschätzt werden, von wem Parteien Wähler:innen gewinnen und an welche Parteien sie Wähler:innen verlieren. Diese Umfragen zeigen, dass 2011 – neben Neuwähler:innen, ehemaligen Nichtwähler:innen und Wähler:innen von bürgerlichen Parteien – mehr als jede:r dritte GLP-Wähler:in vier Jahre zuvor die Listen von SP oder GPS eingeworfen hatte. Auch in den Wahlen danach brachen die Wählerwanderungen von links-grün hin zur GLP nicht ab. Für die Grünen bedeutet das beispielsweise, dass sie sowohl 2011 als auch 2015 ungefähr 10 Prozent ihrer Wähler:innen an die Grünliberalen verloren hat. Die GLP ist für Wählende, die linken Parteien den

Rücken kehren, die klar beliebteste Destination geworden. Diese Wählerwanderungen sind für die SP und die GPS besonders unangenehm, weil die GLP-Wahl für viele dieser Personen kein kurzer Flirt zu sein scheint, sondern sie in der GLP womöglich eine neue politische Heimat finden könnten. Ein Indiz dafür ist, dass Wählerbewegungen von der GLP zurück zu SP oder GPS bisher fast ganz ausbleiben. Zudem ist keineswegs klar, dass Abwanderungen von links zur GLP nun der Vergangenheit angehören: So können sich noch immer mehr als 40 Prozent der aktuellen linken Wählerschaft auch vorstellen, die Grünliberalen zu wählen.

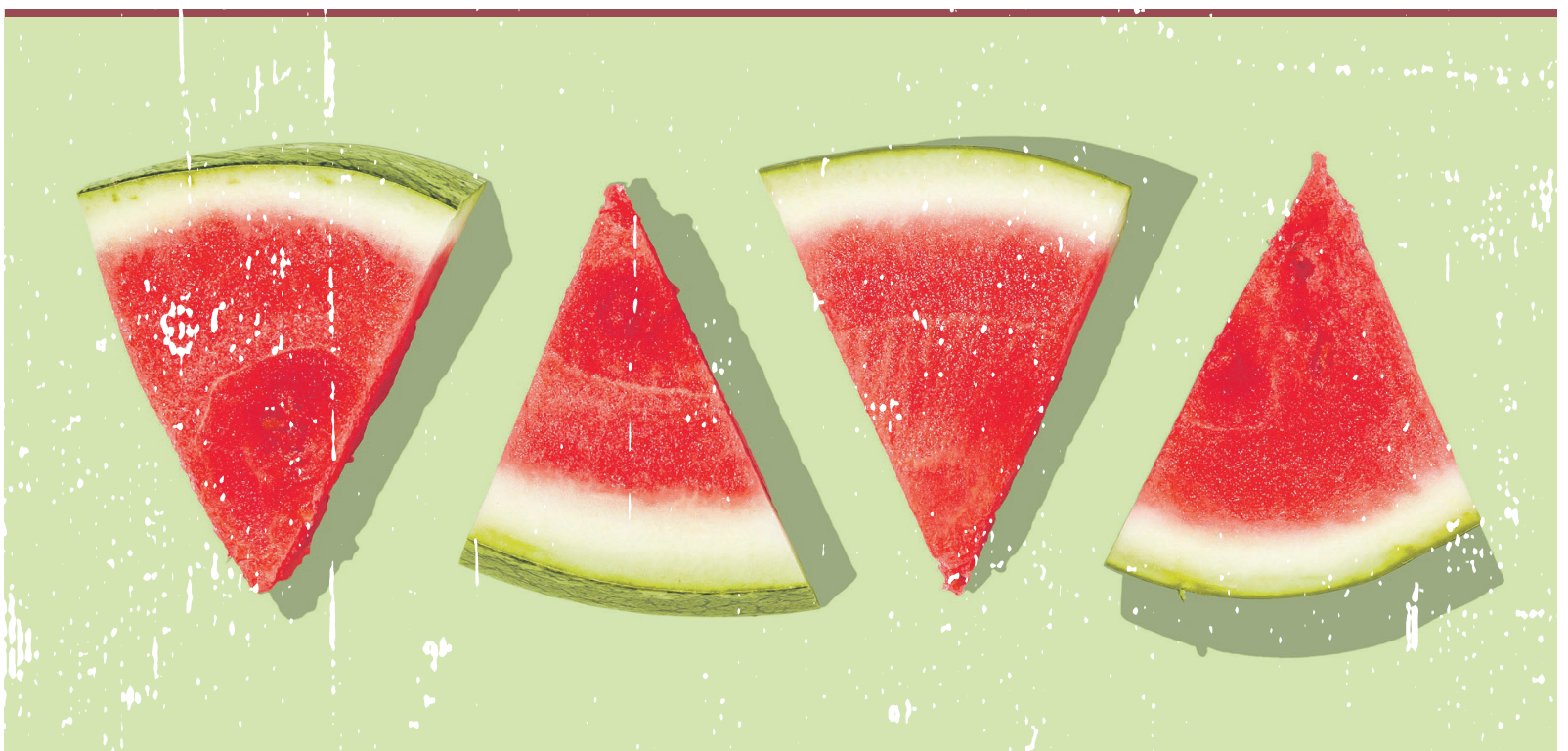
Aus linker Sicht stellt sich die Frage nach den Beweggründen für die Abwanderung an die GLP. Wir sehen dafür insbesondere zwei Erklärungen. Einerseits handelt es sich bei den Abgewanderten um Personen, die bereits zuvor nur «widerwillig» linke Listen eingeworfen haben. Es sind Leute, die sich nie wirklich für eine linke

Wirtschafts- und Verteilungspolitik begeistern konnten, linke Parteien aber mangels europafreundlicher und gesellschaftspolitisch progressiver Alternativen gewählt haben. Die GLP bietet dieser Gruppe eine neue politische Heimat. Andererseits profitiert die GLP im linken Spektrum auch davon, dass sie durch die symbolträchtige Unterstützung von wenigen linken Anliegen (Stichwort Konzernverantwortungsinitiative) zumindest von Teilen der Bevölkerung in wirtschaftspolitischen Fragen als linker wahrgenommen wird, als sie im Tagesgeschäft tatsächlich politisiert.

Die GLP als Partnerin der Linken?

Für den Erfolg von linken Parteien an der Wahlurne ist das Erstarken der GLP also zweifelsohne keine gute Nachricht. Zu einem differenzierteren Schluss kann man aber kommen, wenn man politischen Erfolg nicht über Wählerprozente, sondern darüber definiert, ob links-progressive Anliegen eine

Mehrheit finden können. Nicht als Hilfe für die Linke, sondern als klare marktliberale «Gegnerin» positioniert sich die GLP zwar in Fragen des Wohlfahrtsstaats, des Arbeitsrechts oder in Steuerfragen. In anderen Themenbereichen stellt eine starke GLP für die Linke aber durchaus eine Chance dar. In der Umweltpolitik, aber auch im Einsatz für eine aktive Aussenpolitik oder für die Gleichstellung von Frauen und sexuellen Minderheiten eröffnet die GLP Möglichkeiten für neue, progressive Allianzen und bestenfalls Mehrheiten. Denn: Die GLP-Wählerschaft setzt sich nicht nur aus ehemals linken, sondern in ungefähr gleichen Teilen aus vormalig bürgerlichen Wähler:innen zusammen. Insbesondere die FDP hat ungefähr ähnlich viele Wähler:innen an die GLP verloren wie die SP (deutlich weniger sind von den Vorgängerparteien der Mitte, fast keine von der SVP zur GLP gewandert). Haben Personen, für welche SP und Grüne ein rotes Tuch sind, nun die Möglichkeit, die GLP statt die in Fragen des Umweltschutzes, der europäischen Integration oder der Gleichstellungspolitik sehr zurückhaltende FDP zu wählen, verschiebt sich das politische Gleichgewicht in diesen Themen, und zwar in eine Richtung, welche für die Linke durchaus von Vorteil ist. Bestes Beispiel dafür ist die sogenannte



“ Momentan scheint die Linke nach aussen hin um eine geradezu polemisierende Abgrenzung bemüht. ”

«Klimaallianz» im Kanton Zürich, zu deren Mehrheit die GLP massgeblich beigetragen hat.

Klar ist: Der Kampf um Mehrheiten für Gesetze in den Parlamenten ist ein anderer als derjenige um die Gunst von Wählerstimmen. Wie können SP und Grüne angesichts des heranwachsenden dritten Pols der Schweizer Politik (re)agieren?

Mögliche linke Antworten auf die grünliberale Konkurrenz

Momentan scheint die Linke nach aussen hin um eine geradezu polemisierende Abgrenzung bemüht: Gerade aus der SP wurden Voten laut, die GLP sei «zutiefst bürgerlich» und torpediere sozialen Fortschritt. Die Partei wurde gar als «grünasozial» gebrandmarkt, da ihre progressive Politik nur als Vorwand für klar neoliberale Politik diene. Wenngleich eine Charakterisierung der GLP als fiskalpolitisch bürgerliche Kraft durchaus ihre empirische Richtigkeit hat, so birgt eine derartige «Dämonisierung» doch

Risiken. Für die Linke ist es mit solchen rhetorischen Spitzen noch schwerer, die an die GLP verloren gegangenen Wähler:innen wieder zurückzugewinnen, die theoretisch noch erreichbar wären: Mehr als jede zweite Person der GLP-Wählerschaft konnte sich 2019 auch vorstellen, eine linke Partei zu wählen. Eine allzu polemische Kritik an der GLP dürfte die Chancen aber eingeschränkt haben, dass abgewanderte Wähler:innen den Weg zurück zu SP/GPS gefunden haben oder wiederfinden werden. Zur Schärfung der parteipolitischen Alleinstellungsmerkmale dient eine solche Strategie sehr wohl, aber weniger zum Wachstum des linken Lagers. Des Weiteren dürfte dies auch die medial geprägte Wahrnehmung der Schweizer Linken als «dogmatische» statt als gestaltende Kraft verstärken, der eine «vorwärtsgewandte» GLP gegenüberstehe.

Zentristisch positionierte Akteure von SP und Grünen fordern deswegen einen anderen Kurs: Nicht Unterschiede, sondern Gemeinsamkeiten mit der GLP sollen betont und Allianzen (z.B. Listenverbindungen oder parlamentarische Allianzen) gebildet werden. SP und GPS sollen die GLP nicht als «Feind», sondern vielmehr als progressive Bündnispartnerin darstellen. Diese Strategie hat durchaus das Potenzial, das progressive Lager über Parteigrenzen hinweg zu festigen und die GLP mittelfristig näher an das linke Lager zu binden. Auch könnte die Linke dadurch potenziell einige Wähler:innen der GLP wieder zurückholen. Doch dies würde wohl dazu führen, dass die Linke bei den Themen, bei denen sie die höchsten Kompetenzwerte erhält, namentlich der Sozial- und Migrationspolitik, Kompromisse eingehen müsste, was gerade die langfristig gebundene Parteibasis und den

ökonomisch linken Flügel verprellen würde. Auch würde dies die Linke zunehmend ununterscheidbarer von der GLP werden lassen.

Für die Linke ist ein Ruck in die Mitte also riskant – ob dieser von der momentanen Wählerschaft goutiert werden würde, ist äusserst unwahrscheinlich. Gleichzeitig holt eine affektive Abgrenzung, die ausschliesslich in der ökonomischen Frage begründet liegt, kaum mehr diejenigen Wähler:innen zurück, die aufgrund ihrer eher marktliberalen Position der Linken den Rücken gekehrt haben. Wenn, dann muss es der Linken einerseits gelingen, aufzuzeigen, dass die GLP in gewissen Themen weniger progressiv positioniert ist, als sie dies vorgibt. Gerade in der Zuwanderungspolitik entsprechen die Aussagen der GLP eher Lippenbekenntnissen als tatsächlicher Politik. Ein weiterer Widerspruch sind die Allianzen der GLP: Im städtischen Wahlkreis der Luzerner Kantonsratswahlen 2023 ging die GLP beispielsweise eine Listenverbindung mit der SVP ein – derjenigen Partei, die in der grünliberalen Wählerschaft selbst mit Abstand auf die grösste Ablehnung stösst.

Andererseits scheint besonders eine gleichzeitige Betonung progressiver und ökonomischer linker Positionen eine Achillesferse der GLP zu treffen. Exemplarisch lässt sich hier eine Debatte im Zürcher Kantonsrat erwähnen: Mit föderalistischen Argumenten stimmte die GLP gegen eines ihrer zentralen Wahlkampfthemen und verunmöglichte die Einführung einer Elternzeit. Auch bei Klima-, Asyl- oder Gleichstellungsfragen bieten sich der Linken Abgrenzungsmöglichkeiten, wenn die GLP sich aus Kostengründen gegen progressive Lösungen ausspricht. Die Distinktionslinie ist also nicht primär in der sozialen Frage zu suchen, sondern

da, wo progressive Gesellschaftspolitik (wofür die GLP unter anderem gewählt wird) an dieser zu scheitern droht: Wo steht der grünliberale Progressivismus im Konflikt mit sozialen Fragen? Dies spricht den Kern grünliberaler Politik an und kontrastiert ihn mit dem Wesenszweck einer modern ausgerichteten Linken: dass gesellschaftspolitische Fragen eine soziale Dimension aufweisen und es eine Verschmelzung gesellschaftspolitischer und sozialer Themen braucht. Demnach scheint eine Strategie, die das progressive Element des linken Pols herausstreicht und dies mit der Notwendigkeit eines starken Staates verknüpft, die erfolgversprechendste Strategie zu sein – insbesondere wenn damit aufgezeigt werden kann, dass die GLP hier nicht immer hält, was sie verspricht.

Angesichts einer fortschreitenden Restrukturierung der Schweizer Politik ist die Linke schliesslich mehr denn je gefordert, Antworten auf politische Fragen des 21. Jahrhunderts zu finden, die sowohl verteilungspolitischen Fragen als auch gesellschaftspolitischen Forderungen gerecht werden. Gerade in der Kombination dieser Positionen kann es der Linken gelingen, zentrale Unterschiede zur GLP aufzuzeigen. Unbestritten ist angesichts dessen aber auch: Das linke Lager bleibt auf nationaler Ebene für progressive Politik auf eine situative Allianz mit der GLP angewiesen. Im Idealfall nutzt sie diese zum Gelingen progressiver Gesellschaftspolitik – auch um nicht als verhin-dernde Kraft, sondern als gestaltende Kraft in der Schweizer Politik wahrgenommen zu werden. 🐦



Matthias Enggist

ist Postdoktorand an der Universität Lausanne.



Reto Mitteregger

ist Doktorand an der Universität Zürich.

Auf ein feministisches Morgen

Vergangenen März haben die SP Frauen auf ihrer MV einen Text verabschiedet, der versucht, Verbindungslinien zwischen den verschiedenen feministisch-systemkritischen Strömungen zu finden und Konflikte innerhalb der Bewegung zu besprechen. Dieser Artikel ist ein Diskussionsbeitrag vor dem Hintergrund dieses Papiers und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Endgültigkeit.

Die feministische Bewegung ist so sichtbar und schlagkräftig wie seit 30 Jahren nicht mehr. Wo eine Bewegung lebt, kommt es zu Reibungen und Diskussionen. Diese sind wichtig, um auch auf einer theoretischen, analytischen und konzeptuellen Ebene voranzukommen.

Die aktuelle Diskussion in der linken feministischen Bewegung dreht sich darum, wie man mit Widersprüchen umgeht in einem System, das nicht das unsere ist – sprich ein kapitalistisches, patriarchales, rassistisches System. Welche Forderungen sollen Priorität haben? Wessen Rechte sind wichtiger? Ist es überhaupt richtig, zu priorisieren? Führt die Sichtbarkeit einer marginalisierten Gruppe (Frauen) zur Unsichtbarkeit einer anderen marginalisierten Gruppe (trans, inter und non-binäre Menschen)?

Exemplarisch zeigt sich diese Diskussion gerade beim Ringen um das neue Gleichstellungsgesetz in Basel. Langjährige Feministinnen betonen zu Recht, dass die Gleichstellung der Geschlechter noch in weiter Ferne liegt, und fürchten, dass Ressourcen, Sichtbarkeit und Räume für ihren Kampf

durch die Forderung nach Auflösung der Geschlechterkategorien bedroht sind. Personen, die ausserhalb der Kategorien «Mann» und «Frau» leben oder eine Geschlechtsangleichung vorgenommen haben, fordern zu Recht das Recht ein, zu existieren und die gleichen Grundrechte zu haben wie andere Bewohner:innen der Schweiz.

Es scheint gerade das zu passieren, was so oft passiert: Wir streiten uns um das eine Stück Kuchen – doch eigentlich sollten wir um die Bäckerei kämpfen. Doch wie machen wir das in einem Land mit rechten Mehrheiten, das uns mit Brosamen zurücklässt?

Denn darum geht es letztendlich: Niemand aberkennt die Forderungen der anderen. Doch die Angst, Errungenschaften zu verlieren, stillzustehen oder an Priorität zu verlieren, ist gross.

Klar für uns ist: All diese Ansprüche sind wichtig und feministisch. Wobei wir auch klarstellen wollen: Weder Transphobie noch Miso-gynie sind eine legitime Meinung.

Die Angriffe von rechts

Das Problem bleibt: Im momentanen System stellen sich manche Ansprüche als widersprüchlich

“ Rechts-
rutsche und
faschistische
Tendenzen
beginnen
immer damit,
eine margi-
nalisierte
Gruppe zu
diskreditieren.

heraus und bilden Spaltpotenzial. Die Rechte hat dies erkannt und will die starke feministische Bewegung in der Schweiz entlang dieser Widersprüche trennen. Wer daran zweifelt, der lese das *Tagesanzeiger*-Interview mit Esther Friedli vor drei Monaten, wo sie über die Errungenschaft der Frauenbewegung spricht, als hätte ihre Partei etwas dazu beigetragen, einzig mit dem Ziel, eine Konfliktlinie zur queerfeministischen Bewegung zu schaffen. Nicht umsonst hetzen sie gegen «Wokeness», «Identitätspolitik» und «Gendergaga». Diese rechten Kampf Begriffe tragen die Rechten bis weit in die Mitte der Gesellschaft: Fallen der rechten bis faschistischen Ideologie, in die wir nicht reintreten dürfen.

Wir dürfen niemals vergessen: Rechtsrutsche und faschistische Tendenzen beginnen immer damit, eine marginalisierte Gruppe zu diskreditieren, zu entmenschlichen und zu entrechten. Unsere Antwort auf die rechte Hetze muss daher Verbundenheit statt Trennung sein, Solidarität statt Exklusivität.

Widersprüche und Notwendigkeiten

Doch damit ist die Frage nach dem Umgang mit Widersprüchen

NEUE FEMINISTISCHE WELLE?

Lohnungleichheit, Glasdecke und Intersektionalität; TERFS, Patriarchat und das Recht auf Abtreibung, Frauen*streik, Me Too und FLINTAQ – wer ist die neue feministische Welle und was will sie? Was ist neu und was nicht? Wer will sie stoppen und wieso?

Freitag | **26. Mai 2023**
19.30 Uhr | ParkPlatz
Wasserwerkstrasse 101
8037 Zürich

Podium mit **Elisabeth Joris** | Historikerin
Anna-Béatrice Schmaltz | Aktivistin feministisches Streikkollektiv Zürich
Leandra Bias | Politikwissenschaftlerin Uni Bern
Xenia Wassihun | Zentralsekretärin Gleichstellung VPOD
Moderation **Julia Baumgartner** (Zentralsekretärin der SP Frauen)
und **Nadja Mosimann** (Denknetz)

noch nicht ganz gelöst. Als feministische Linke dürfen wir Folgendes nicht vergessen: Wir sind alle Kinder unserer Gesellschaft und in einer frauenfeindlichen, rassistischen, transfeindlichen und patriarchalen Welt aufgewachsen. In manchen Diskussionen innerhalb der Bewegung ist diese Realität zu erkennen. Dies ist nicht als Vorwurf zu verstehen – solange wir alle unser Möglichstes tun, diesen Tendenzen entgegenzuhalten. Unser Aktivismus darf nicht haltmachen vor dem Hinterfragen des eigenen Verhaltens und der eigenen Privilegien: Wir hinterfragen unsere Sozialisierung in dieser Gesellschaft genauso wie Machtstrukturen, damit wir schlagkräftig sind und unseren Kampf gemeinsam kämpfen können.

Gleichzeitig müssen wir die Kämpfe gegen aussen tragen und nie vergessen, dass wir nicht nur für die individuelle Freiheit kämpfen, sondern für einen Systemwechsel.

Wir müssen für alle Menschen in Ketten kämpfen – egal, wie viele davon sie tragen, und egal, ob wir all ihre Ketten aus persönlicher Erfahrung kennen oder nicht. Denn Freiheit kann nichts anderes als unteilbar sein.

Wenn wir für das schöne Leben für alle kämpfen, dann bedeutet das zwangsweise, dass wir vielfache, gleichzeitige und teilweise durchaus widersprüchliche Kämpfe führen. So müssen wir gleichzeitig über die Rentensituation der Frauen sprechen, den Ausbau des Mutterschutzes thematisieren und

die Verbesserung der Lebensrealität von Menschen ausserhalb des binären Geschlechterverständnisses in Form von juristischer, gesundheitlicher und ökonomischer Absicherung anstreben. Ein Feminismus der echten Befreiung bedeutet, diverse Kämpfe an verschiedenen Fronten zu führen. Der Feminismus der Befreiung ist pluralistisch.

Die Parallelität der Kämpfe ist systembedingt. Wir leben in einem bürgerlichen Staat, der patriarchale Züge trägt und binär funktioniert. Deshalb müssen wir das System von mehreren Seiten her angreifen und dabei aber immer die Verbesserung der Lebensumstände aller Personen vor Augen haben. Konkret bedeutet dies, dass feministische Anliegen die Bedürfnisse unterschiedlicher Anspruchsgruppen abdecken und deshalb auch in unterschiedlichen Räumen besprochen werden sollten. Nur so können diese Räume die Funktion von feministischer Vernetzung und Ermächtigung erfüllen.

So sollen Themen wie Schwangerschaft von allen Menschen mit Uteri besprochen werden können, unabhängig von Geschlecht oder Geschlechtsausdruck. Gesellschaftliche Problematiken der Transition sollen von trans, non-binären und agender Personen besprochen werden können und die Erhöhung des Frauenrentenalters von allen Personen, die in der Schweiz juristisch als Frau eingetragen sind. Wenn sich Räume nach Bedürfnissen richten, heisst die Antwort

auf diverse Lebensrealitäten entsprechend *nicht*, alle bestehenden feministischen Räume für alle zugänglich zu machen. Was wir wollen, sind *mehr Räume*, die allen Bedürfnissen gerecht werden. Dabei ist klar, dass mehr Räume auch mehr Ressourcen erfordern.

Wir müssen verstehen, was uns verbindet: der Kampf gegen ein patriarchales und kapitalistisches System, das uns ausbeutet und das durch Ausgrenzung aller genannten Gruppen deren Rechte auf physische und psychische Unversehrtheit, soziale und wirtschaftliche Sicherheit verwehrt.

Wozu wir uns bekennen: zu einem Kampf Schulter an Schulter!

Wir bekennen uns zu einem Feminismus, der selbstkritisch, transformativ und inklusiv ist. Für uns ist klar, dass verschiedene Kämpfe auf verschiedenen Ebenen und manchmal auch in unterschiedlichen Zeitabläufen stattfinden, aber dass sie alle dasselbe grössere Ziel haben müssen: die Überwindung der vorherrschenden patriarchalen, rassistischen und kapitalistischen Machtstrukturen.

Schulter an Schulter zu kämpfen bedeutet: Ambivalenzen aushalten, unterschiedliche Hintergründe und soziale Ausgangslagen anerkennen und die Bereitschaft haben, dazuzulernen. Dazu braucht es gegenseitiges Verständnis und eine Fehlerkultur, die ruhige Gespräche und Raum für Selbstreflexion zulässt. Es braucht den Willen, gemeinsam weiterzu-

gehen, mögliche Konfliktlinien zu erkennen und sie im Austausch als das einzuordnen, was sie sind: Unterschiede im Fokus der Kämpfe, aber nicht in der Zielsetzung.

Die 99 Prozent sind nicht aus jedem Gesichtspunkt einheitlich und es liegt im Interesse der Mächtigen, uns weiszumachen, dass uns diese Unterschiede massgeblich trennen. Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren. Die Existenz der Unterschiede ist eine Realität, die wir beachten und respektieren können, ohne uns spalten zu lassen. Denn wir wissen: Schulter an Schulter haben wir die Schlagkraft, das freie Leben für wirklich alle zu erreichen. Auf in ein feministisches Morgen!



Tamara Funciello

ist Nationalrätin für die Berner SP; sie ist Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz und engagiert sich im Vorstand von Solidar Suisse.



Julia Baumgartner

arbeitet als Zentralsekretärin der SP Frauen; daneben engagiert sie sich im Denknetz-Vorstand und ist als Chorleiterin und Sängerin tätig.

Nationalbank: Absurde Gewinnverteilung

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) verzeichnet für 2022 einen Rekordverlust von rund 132 Milliarden. Trotzdem sollen die Rückstellungen für Fremdwährungen um 9.6 Milliarden erhöht und nicht angetastet werden. Aufgrund der Vereinbarung zwischen Bund und SNB erfolgt bei einem Bilanzverlust keine Gewinnausschüttung an die öffentliche Hand und keine Dividende. Aber macht diese Bestimmung in der Vereinbarung, die vom Finanzdepartement unter Ueli Maurer unterzeichnet wurde, überhaupt Sinn, und entspricht sie der Verfassung bzw. dem Nationalbankgesetz?

Wir hatten in der Denknetz-Zeitung im letzten Herbst darauf hingewiesen, dass es nicht einsichtig ist, wofür eine Ausschüttungsreserve gebildet wird, wenn Bund und Kantone trotzdem nicht mit einer regelmässigen Ausschüttung rechnen können. Eine Verstetigung der Ausschüttung müsste ja bedeuten, dass Bund und Kantone auch im Fall, dass die SNB einmal Verluste einfährt, mit einem gewissen Betrag rechnen können. Für die Risiken der Fremdwährungsanlagen gibt es explizite, separate Rückstellungen. Aber nun sollen diese trotz Rekordverlust nicht angetastet, sondern sogar um 9.7 Milliarden erhöht werden. Stattdessen «opfert» die SNB die für Ausschüttungen an die öffentliche Hand reservierte Reserve und setzt diese mit 39 Milliarden ins Minus. Das Ziel

ist offensichtlich: Die Finanzen von Bund und Kantonen sollen aus politischen Gründen unter Druck gesetzt werden. Hätte die SNB umgekehrt die Rückstellungen abgeschrieben und erst danach die Ausschüttungsreserve angetastet, dann wäre ein Eigenkapital von 66 Milliarden verblieben – genug Geld, um wie letztes Jahr auch 2023 sechs Milliarden an die öffentliche Hand auszuschütten. Und selbst wenn das Eigenkapital einmal im negativen Bereich läge, wäre die SNB im Gegensatz zu Geschäftsbanken immer noch handlungsfähig, weil sie beliebig Geld schöpfen kann.¹

Denknetz liegt richtig

Diese Sichtweise des Denknetz wird jetzt auch von den renommierten Ökonomen Gerlach, Lengwiler und Wyplosz geteilt,

die das SNB-Observatory betreiben.² Sie fragen, welchen Zweck die Rückstellungen für Fremdwährungsverluste haben, wenn sie offensichtlich nicht zur Deckung solcher Verluste verwendet werden. Zudem entbehre die regelmässige Erhöhung dieser Rückstellungen um 10 Prozent jeglicher wirtschaftlichen und finanziellen Logik. Diese sollte sich nach dem Verlustrisiko richten und nicht mechanistisch wachsen. Die Vereinbarung über die Gewinnverwendung zwischen Finanzdepartement und SNB, so die drei Ökonomen, sei offenbar nicht in der Lage, die Ausschüttung an Bund und Kantone wirklich zu glätten.

Gemäss Verfassung und Nationalbankgesetz gehören die kumulierten Gewinne der SNB dem Bund

und den Kantonen. Die Vereinbarung zwischen dem Finanzdepartement und der SNB entspricht diesem Grundsatz nicht. Werden von der SNB Rückstellungen für eine regelmässige Ausschüttung der Gewinne gemacht, muss das auch für Jahre mit Bilanzverlusten gelten. Eine Aufsichtsbeschwerde an den Bundesrat ist deshalb zurzeit in Prüfung. 🍷



Hans Baumann
ist Ökonom, Publizist und Autor.



Beat Ringger
ist Publizist und Autor.

Beide sind in der Fachgruppe Politische Ökonomie des Denknetz aktiv.

© 2021 DENKNETZ. ALLE RECHTE VORBEHALTEN. DRUCK UND VERBREITUNG VON DRUCKWERKEN UND SONSTIGEN DRUCKSACHEN SIND NUR MIT DER SCHRIFTLICHEN ZULASSUNG VON DENKNETZ BEI DER DRUCKEREI MÖGLICH.

- 1 Baumann, Hans/Ringger, Beat: Deutliche Kritik an der neuen Vereinbarung von Nationalbank und EFD, https://www.denknetz.ch/wpcontent/uploads/2021/02/Baumann_Ringger_Kritik_an_der_neuen_Vereinbarung_von_Nationalbank_und_EFD.pdf
- 2 Gerlach, Stefan/Lengwiler, Yvan/Wyplosz, Charles: Loss Distribution. The SNB Observatory, 2023, <https://snbobservatory.ch/loss-distribution/>

Übergewinne heizen Inflation an

Seit Mitte 2020 nutzen die entsprechenden Unternehmen Versorgungsengpässe bei Energie, Rohstoffen, Halbfabrikaten und Lebensmitteln, um die Preise in die Höhe zu treiben. Die weltweite Inflationswelle ist von den entsprechenden Übergewinnen in Gang gesetzt worden. Zinserhöhungen nützen dagegen wenig und treiben die Wirtschaft in die Krise.

Als Übergewinn wird der Gewinnanteil verstanden, den ein Unternehmen durch Preiserhöhungen erzielt, ohne dass es dafür Leistungen erbringt oder zusätzliche Kosten zu decken hat. Möglich sind solche Gewinne zum Beispiel dann, wenn für essenzielle Güter wie Energieträger Versorgungsengpässe entstehen. Genau das ist durch die Pandemie und durch den Ukraine-Krieg geschehen. Mittlerweile ist bereits die zweite Welle dieser Übergewinne

angerollt. Denn die generell steigenden Preise ermöglichen es nun vielen weiteren Unternehmen, die Preise stärker zu erhöhen als die Kosten es erfordern, und sich dadurch ebenfalls Übergewinne zu verschaffen.

Übergewinne von fast 15 Prozent des BIP

Abzulesen ist dies an einer Grafik, die von einer der zwölf Zentralbanken der USA veröffentlicht wird. Dargestellt sind die Quar-

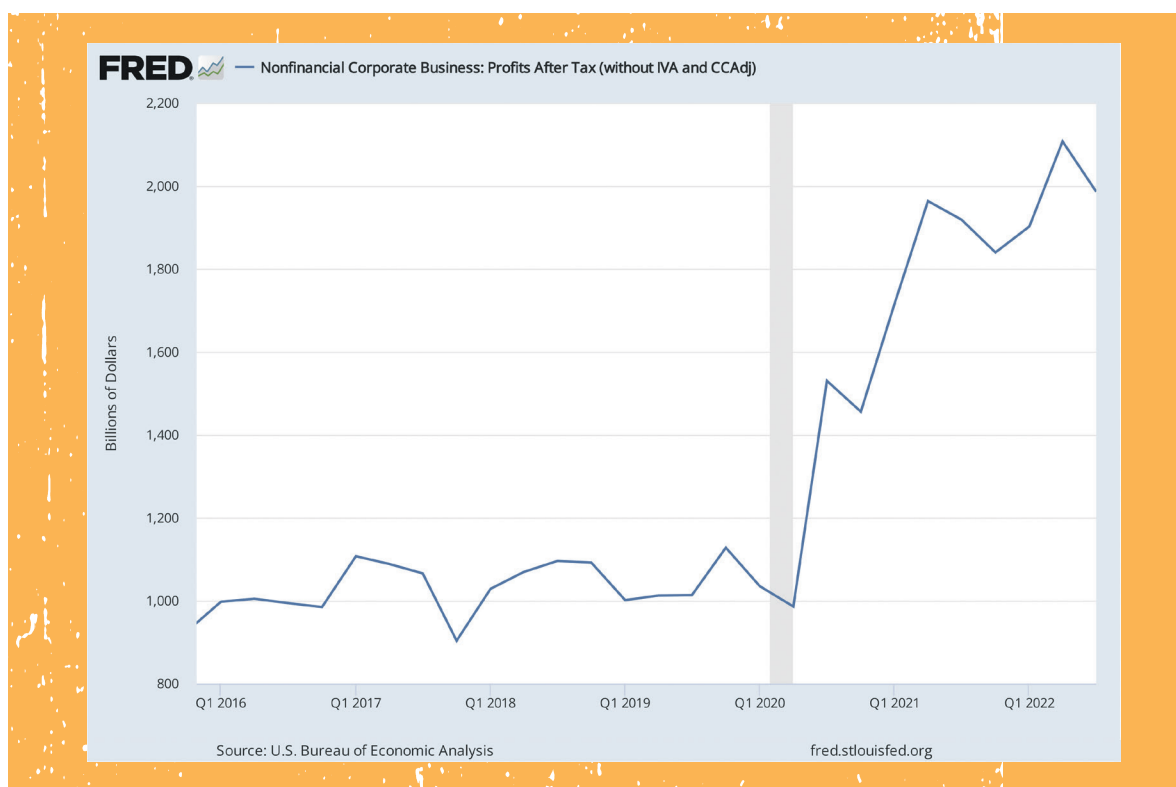
talsgewinne aller US-Unternehmen ausserhalb des Finanzsektors. Seit 2012 und bis zum 2. Quartal 2020 pendeln diese Quartalsgewinne um einen Wert von 1000 Milliarden US-Dollar. Im 3. Quartal 2020 beginnen sie dann in die Höhe zu schnellen und erreichen im 2. Quartal 2021 die Gröszenordnung von 2000 Milliarden US-Dollar. Seither schwanken sie um diese neue Marke. Dieser Anstieg entspricht der Summe der Übergewinne. Diese Summe ist

gigantisch: Sie erreicht für das Jahr 2021 fast 15 Prozent der gesamten Jahres-Wirtschaftsleistung der USA und wird für das Jahr 2022 noch höher zu liegen kommen.

Solch enorme Übergewinne führen zu massiven Umverteilungen des Reichtums: von den privaten Haushalten und von Firmen, die viel Energie benötigen, zu den Energie- und Rohstoffunternehmen. Die Übergewinne setzen eine Umverteilung in der Gröszenordnung der Inflationsraten in Gang und sind durch nichts zu rechtfertigen. Besonders stossend ist, dass dabei ausgerechnet die fossilen Grosskonzerne und Handelsfirmen massiv profitieren. Dagegen gibt es ein einfaches Rezept: Die Übergewinne müssen steuerlich abgeschöpft werden. In der EU ist das Common Sense und in etlichen europäischen Ländern wird eine solche Steuer auch bereits umgesetzt.

Quelle:

FRED, Economic Research, Federal Reserve Bank of St. Louis, Nonfinancial Corporate Business: Profits After Tax (without IVA and CCAj), laufender Update, <https://fred.stlouisfed.org/series/NFCPATAJ#>



Nicht so in der Schweiz. Dabei hätte unser Land allen Anlass, mit der EU gleichzuziehen. Denn dank der hohen hiesigen Präsenz von Rohstoffkonzernen und -handelsfirmen fallen hierzulande besonders hohe Übergewinne an. In einer Denknetz-Studie, für die der Recherchedienstleister DataCatering die Datengrundlage geliefert hat, kommen wir zum Schluss, dass die Summe der im Energie- und Rohstoffbereich anfallenden Übergewinne 2022 bei mehreren Dutzend Milliarden CHF liegt. Eine Übergewinnsteuer nach den Vorschlägen, die von der Europäischen Union gemacht werden, würde in der Schweiz für das Jahr 2022 einen Ertrag in der Grössenordnung von zehn Milliarden CHF erbringen – Einnahmen, die zum Beispiel für Investitionen in die globale Klimagerechtigkeit und für den Wiederaufbau der Ukraine mehr als willkommen wären. Leider hat der Bundesrat in einer ersten Stellungnahme einen entsprechenden Vorstoss von Nationalrat Balthasar Glättli abgelehnt. Die Räte müssen dies nun korrigieren.

Zinserhöhungen heizen Wohnungsnot an


Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat im letzten Dezember den Leitzins nochmals um 0.5 Prozent auf 1 Prozent erhöht. Sie folgte damit der Europäischen Zentralbank und der amerikanischen FED. In der Schweiz betrug die Teuerung im letzten Jahr 2.8 Prozent und war im November und Dezember rückläufig. Im Vergleich zu vielen europäischen Ländern, die immer noch mit weitaus höheren Inflationsraten konfrontiert sind, ist das erfreulich. Hält dieser Trend an, sollte

“ Mit einer Wirtschaftskrise, so das Kalkül, sollen die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften geschwächt werden. ”

das Inflationsziel von maximal 2 Prozent gegen Ende des laufenden Jahres erreicht sein. Trotzdem wird die SNB die Leitzinsen im Frühling möglicherweise nochmals erhöhen. Dabei zweifeln viele Ökonom:innen daran, ob das Drehen an der Zinsschraube in der heutigen Situation überhaupt wirksam ist. Denn die gegenwärtige Teuerung wurde nicht durch eine zu hohe Nachfrage verursacht, sondern durch Preiserhöhungen der Rohstoff- und Energiekonzerne. Zinserhöhungen wirken sich aber sehr wohl auf die Nachfrage aus, vor allem weil Unternehmen weniger investieren und weniger gebaut wird.

Für Mieter:innen ist das eine schlechte Nachricht. Durch die Erhöhung der Hypothekenzinsen werden die Mieten noch mehr steigen. So wird für den Zeitraum bis 2025 in der Schweiz gemäss einer Marktstudie der UBS mit einer Verteuerung der Mieten um bis zu 20 Prozent zu rechnen sein, was die Inflation weiter in die Höhe treibt. Zudem ist der Leerwohnungsbestand bereits heute sehr tief und es wird immer schwieriger, eine Wohnung zu finden. Der Wohnungsbau ist bereits seit einigen Jahren rückläufig, insbesondere in den Grossstädten und den Agglomerationen, wo die Wohnungsnot gross ist und eigentlich mehr Wohnungen gebaut werden müssten. Jetzt besteht die Gefahr, dass die SNB mit den Zinserhöhungen den Wohnungsbau noch mehr abwürgt und die Wohnungsnot anheizt.

Die Inflation mit Zinserhöhungen zu bekämpfen ist in der gegenwärtigen Lage etwa so intelligent, wie den Laden zu schliessen, um einen Ladendiebstahl zu bekämpfen. Die Ladendiebstähle (die Inflation) hören dann auf – doch nimmt auch der Laden (die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft) hohen Schaden. Allem Anschein nach nehmen die Zentralbanken tatsächlich solche «Ladenschliessungen» – also eine scharfe Rezession – in Kauf. Dahinter steckt eine altvertraute neoliberale Agenda. Mit einer Wirtschaftskrise, so das Kalkül, sollen die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften geschwächt werden. Sie sind dann nicht mehr in der Lage, die Anpassung der Löhne an die Teuerung durchzusetzen, und das wiederum erlaubt, die Profitraten zu sichern oder gar zu steigern.

Doch eine solche Politik muss mehrere Jahre durchgehalten werden, um dann Inflation zu begrenzen. Ihre Wirkungen sind unkontrollierbar und können die ohnehin schon verletzliche Weltwirtschaft in eine tiefe Krise schlittern lassen. Im Moment wächst die Schweizer Wirtschaft noch leicht und die Arbeitslosigkeit ist tief. Dies kann sich durch eine verfehlte Zinspolitik jedoch schnell ändern. Bereits Ende der 1980er-Jahre gab es eine ähnliche Situation. Damals bescherte die verfehlte Geldpolitik der Nationalbank der Schweiz fast zehn Jahre Rezession. 

VERTIEFENDE TEXTE UND VIDEOS

zum Thema finden sich auf www.denknetz.ch

- Inflation: Ursachen, Wirkungen, falsche Rezepte
Fokus mit Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
- Inflation, Versorgungskrisen, Staatsinterventionen
Grundlagentext
- Übergewinne in der Schweiz: Die Politik muss handeln
Untersuchung zu den Übergewinnen in der Schweiz



Hans Baumann

ist Ökonom, Publizist und Autor.



Beat Ringger

ist Publizist und Autor.

Beide sind in der Fachgruppe Politische Ökonomie des Denknetz aktiv.

Die EU bewegt sich umweltpolitisch vorwärts*

Die Schweiz war einst die Pionierin in Sachen Umweltschutzes. Unterdessen gibt die EU den Takt vor. Ihre Entscheidungen haben Gewicht. Denn die EU ist nicht nur der stärkste Wirtschaftsraum der Welt, sondern auch ein bedeutender Industriestandort. Werden hier ökologische Spielregeln durchgesetzt, dann beeinflussen sie die globalen Wertschöpfungsketten. Es lohnt sich deshalb, die Umweltpolitik der EU genauer unter die Lupe zu nehmen. Leider gibt es auch da viele Widerstände. Aber ähnlich wie in der Arbeitsmarktpolitik (siehe Kasten) sind bemerkenswerte Veränderungen im Gang.

* Die Schweiz hinkt hinterher

Die EU prüft zurzeit das Verbot einer ganzen Gruppe von Industriechemikalien. Die sogenannten PFAS, per- und polyfluorierte Alkylverbindungen, sind Umweltgifte, die bis in die entlegensten Gegenden der Welt gemessen werden. Sie können von der Natur nicht abgebaut werden und reichern sich in Böden und Gewässern an. Bisher waren nur einzelne, besonders gefährliche Verbindungen untersagt. Ein generelles Verbot wäre deshalb ein Paradigmenwechsel von der Schadensbegrenzung hin zu einem «Zero Waste»-Modell.

Die saubere Schweiz exportiert ihren Dreck

Verbote waren auch in der Schweiz ein bewährtes Instrument der Umweltpolitik. Legendär ist zum Beispiel das Verbot von Phosphat in Textilwaschmitteln 1986. Es ist nur eine von vielen Pioniertaten, welche die Schweizer Umweltpolitik prägen.

Den Anfang machte das nationale Forstpolizeigesetz von 1876 – eine Weltpremiere. Die wichtigste Regelung war das Gebot der Walderhaltung. Wer Wald rodete, musste die gleiche Menge wieder aufforsten. Auslöser dieses Eingriffs in den Waldbesitz waren die Folgen der liberalen Deregulierungen im Forstwesen ab 1830. Rodungen, Holzexporte und Preise stiegen rapide an und lösten neben sozialen Verwerfungen auch Überschwemmungen und Hangrutsche aus. Die Behörden mussten handeln, und zwar nach einem Muster, das später auch die Debatten um den Gewässer- und Lärmschutz prägte: Erst wenn lästige und schädliche Umwelteinwirkungen nicht mehr zu ignorieren sind, kann sich die Politik gegen wirtschaftliche Einzelinteressen durchsetzen. Oft machten auch Bürgerbewegungen mit Petitionen und Volksinitiativen erfolgreich Druck. Dazu kamen weitsichtige Wissenschaftler:innen, die Behörden zum Handeln drängten.

ter:innen, die Behörden zum Handeln drängten.

Im OECD-Vergleich steht die Schweiz heute in puncto Umweltschutz gut da. Der Grund für gute Ratings zum Beispiel bei der CO₂-Bilanz ist allerdings der Export von Umweltschäden. Zwei Drittel aller Umweltlasten für die Inlandproduktion und den Inlandkonsum fallen heute im Ausland an. Also dort, wo wir es in der «sauberen» Heimat nicht sehen, hören, riechen und erleiden müssen. Das schwächt den Druck für umweltpolitische Reformen oder gar neue Pioniertaten der Schweiz.

Die EU setzt auf Kreislaufwirtschaft

Während die Schweiz umweltpolitisch lahmte, hat die EU 2019 eine globale Leader-Rolle übernommen. Ein «Green Deal» soll Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent entwickeln. Das Paket umfasst Massnahmen in den

Bereichen Finanzmarktregulierung, Energieversorgung, Verkehr, Handel, Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft. Viele Reformen sind heftig umkämpft, so zum Beispiel das von der Automobilindustrie unterstützte Ziel, ab 2035 nur noch Neuwagen ohne Verbrennermotor zuzulassen.

Trotz Hürden und Rückschlägen zeichnet sich die europäische Umweltpolitik durch wichtige Innovationen aus:

1) Schadensvermeidung statt Schadensbegrenzung und -reparatur: Mit ihren Aktionsplänen zur «Kreislaufwirtschaft» will die EU-Kommission Abfälle bereits an der Quelle vermeiden. Dies geschieht zum Beispiel durch verbindliche Reduktionsziele zum Materialverbrauch oder mit der Ökodesign-Richtlinie. Jüngster Erfolg ist der Beschluss zur Vereinheitlichung von Lade-

EU NIMMT SOZIALE KURVE

In den letzten vier Jahren sind in der EU einige neue Richtlinien verabschiedet worden – oder stehen kurz davor, die eine deutliche soziale Kursänderung bedeuten.

Entsenderichtlinie

Die neue Entsenderichtlinie präzisiert, dass die Entsandten am Ausführungsort nicht nur Anrecht auf den untersten Mindestlohn haben, sondern auf den gesamten gleichen Lohn, inklusive Zulagen. Für die Schweiz ändert sich juristisch damit nichts, aber der Dumping-Druck der Entsendung wird geringer.

Elternurlaub

Zum Recht auf mindestens 14 Wochen bezahlten Mutterschaftsurlaub kommt neu ein bezahlter Vaterschaftsurlaub von mindestens zwei Wochen hinzu. Das ist wenig, die meisten Länder kennen längere Urlaube. Aber der Schweiz hat die EU Beine gemacht.

Mindestlöhne und Kollektivverhandlungen

Mit der neu beschlossenen Richtlinie will die EU Mindestlöhne fördern: Gesetzliche Mindestlöhne sollen auf einem Niveau von 60 Prozent des Medianlohns ein Einkommen zum Leben sichern. Zudem sollen vermehrt Kollektivverträge anständige Löhne festhalten. Länder, welche eine GAV-Abdeckung unter 80 Prozent aufweisen, müssen mit einem Aktionsplan für eine Annäherung an dieses Niveau sorgen. Für die Schweiz besteht hier klar Luft nach oben.

Lohngleichheit

Im März 2021 hat die EU-Kommission den Entwurf einer Richtlinie über Lohntransparenz verabschiedet. Das Parlament ist unterdessen nachgezogen. Auch wenn es in der Endrunde im «Trilog» noch Abstriche geben sollte, wird die Richtlinie Massnahmen zur Lohngleichheit enthalten, die einiges über das schwach revidierte Schweizer Gesetz hinausgehen.

Plattformarbeit

Es liegt ein guter Ansatz der Kommission und des Parlaments für eine Richtlinie vor, welche die bisherigen Scheinselbstständigen klar als Arbeitnehmer:innen definiert. Die Unternehmerverbände versuchen allerdings alles, um der Vorlage in der Endrunde im «Trilog» noch die Zähne zu ziehen. Die Richtlinie dürfte auch für die Schweiz sehr nützlich werden, führen doch Uber & Co ihr ausbeuterisches Geschäftsmodell trotz Entscheiden von Gerichten fort.

Konzernverantwortung

Die EU-Kommission und das Parlament sehen für eine neue Richtlinie ähnliche Pflichten vor, wie die Schweizer Konzernverantwortungsinitiative. Die Unternehmerverbände versuchen alles, um die Vorlage in der Endrunde zu entschärfen. Sie dürfte im Endresultat aber einiges über das schwache Schweizer Gesetz hinausgehen und sich bald auswirken, da sie länderübergreifend auch Schweizer Unternehmen betreffen wird.

kabeln für Elektrogeräte. Erreicht wurde er dank dem hartnäckigen Einsatz der grünen Binnenmarkt-Expertin Anna Cavazzini, die nun das «Recht auf Reparatur» durchsetzen will.

2) Klimapolitik als Industriepolitik: Anders als die offizielle Schweiz verstehen die EU-Behörden den Schutz der Lebensgrundlagen nicht als Belastung, sondern als Chance für die Wirtschaft. Über eine Billion Euro (öffentliche und private Gelder) sollen in den nächsten zehn Jahren in die Dekarbonisierung investiert werden. Ein Treiber für Innovation ist dabei die Verschärfung des Emissionshandelssystems. Um die Verlagerung von Produktionsstandorten in Länder mit tiefen Umweltstandards zu verhindern, schlägt die Europäische Kommission ein CO₂-Grenzausgleichssystem vor.

3) «Just Transition»: Mit einem zusätzlichen Investitionspaket sollen europäische Regionen unterstützt werden, deren Wirtschaft stark von fossilen Brennstoffen abhängig ist. Damit auch sie den Übergang zu klimafreundlicheren Wirtschaftszweigen schaffen, werden 150 Milliarden Euro zwischen 2021 und 2027 eingesetzt.

nenden und klimaneutralen Wirtschaft vorantreibt, will der Schweizer Bundesrat von öffentlichen Investitionsanreizen oder Verbrennermotor-Verboten gar nichts wissen. Die Grünen haben deshalb mit der SP zusammen eine Volksinitiative für einen «Green New Deal» à la suisse gestartet. Diese schlägt vor, dass der Bund jedes Jahr zwischen 0.5 und 1 Prozent der Wirtschaftsleistung (das sind 3.5 bis 7 Milliarden CHF) in die ökologische Wende investiert. Die Geschichte zeigt uns: Es wäre nicht das erste Mal, dass eine Volksinitiative die Umweltpolitik in der Schweiz vorwärtsbringt. 🇨🇭



Regula Rytz

ist Historikerin, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen Schweiz sowie Mitglied der Gruppe Europa des Denknetz.



Andreas Rieger

ist Denknetz-Mitglied, ehemaliger Unia Co-Präsident und in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Ein neuer und anderer Bericht an den Club of Rome

Die Klima- und Umweltkrise lässt zurückdenken an den ersten Bericht für den Club of Rome von 1972, betitelt «Grenzen des Wachstums». Zum 50. Jahrestag seines Erscheinens ist im September 2022 eine neue, lösungs- und politikorientierte Version erschienen: «Earth for All. Ein Survivalguide für unseren Planeten» – kurz E4A. Sie kommt auch in anderen Sprachen heraus (<https://www.earth4all.life/book>).

Mit zwei Modellen zeigt E4A die Notwendigkeit grundlegender Änderungen in fünf Bereichen durch je drei besonders wichtige Massnahmen. Werden alle innert nützlicher Frist umgesetzt, so ist der Kapitalismus ausgebremsst.

Zwei Szenarien und ihre Grundlagen

Im Gegensatz zu anderen Veröffentlichungen präsentiert E4A nur zwei Szenarien. Das erste trägt den eindeutigen Namen «Zu wenig, zu spät»; das zweite heisst «Riesensprung». Was steckt hinter diesen zwei Ausblicken in die mögliche Zukunft?

E4A stützt sich auf die Debatten zur Überausbeutung der natürlichen und sozialen Ressourcen, auf die Berichte des IPCC¹ und auf die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen². E4A bezieht nicht nur

technische und physisch-natürliche Aspekte ein, sondern auch Faktoren wie nationale und internationale Ungleichheiten, unterschiedliche Steuerungskapazität der Regierungen, Diskriminierung (namentlich der Frauen) und soziale Spannungen aufgrund von Ungleichheiten.

Der Band vermeidet polemisch aufgeladene Begriffe wie Neoliberalismus, Kapitalismus oder Marxismus. Sein Ansatz dynamischer Systeme berücksichtigt Wechselwirkungen zwischen verschiedenen (allzu oft getrennt betrachteten) Prozessen, Rückkopplungen (Feedbacks) sowie Kippunkten (tipping points) spezifischer Gleichgewichte, wo ein kleiner letzter Tropfen ein scheinbar ausgewogenes und solides Ganzes durch das Überschreiten einer entscheidenden Grenze schwer beschädigen kann.

Die zwei Szenarien wurden aufgrund der Simulation der Zusammenhänge anhand eines umfassenden Datensatzes ausgewählt. Dieser beinhaltet elf Themenfelder (z.B. Bevölkerung, Produktion, öffentliche Dienste), die separat für zehn Grossregionen der Welt erhoben wurden (z.B. Subsahara-Afrika, China, Westeuropa), und dokumentiert die Veränderungen über 40 Jahre von 1980 bis 2020. Das Simulationsmodell wurde an diesen Daten geeicht, sodass es sie interpoliert, und diente dazu, verschiedene politische Optionen über die 40 Jahre hinaus bis 2100 auf ihre Folgen hin zu untersuchen.

Fünf Schwerpunkte, je drei Hauptmassnahmen

Der Bericht stellt fünf Problemfelder in den Vordergrund, die für den Übergang zu einer ökolo-

gisch realistischen Lebensweise in den Ländern der Welt ausschlaggebend sind, und identifiziert für jedes von ihnen drei Hauptmassnahmen.

Schwerpunkt 1 Beseitigung der Armut

Ziel: Arme Länder erreichen eine BIP-Wachstumsrate von mindestens 5 Prozent, bis ihr Pro-Kopf-BIP 15.000 US-Dollar übersteigt, vor allem durch eine Reform der internationalen Finanzsysteme und Handelsregeln.

Hauptmassnahmen:

- Der IWF schafft jährlich neue Sonderziehungsrechte von über eine Billion US-Dollar für Investitionen, die grüne Arbeitsplätze schaffen.³
- Die reichen Länder und die WTO fördern junge Industrien auf lokaler Ebene und nachhaltige Exporte aus armen Ländern; die WTO erlaubt, Rechte an geistigem Eigentum auf patentierte Technologien aufzuheben, die für die

© 2022 UMWELTPOLITIK. ALLE RECHTE VORBEHALTEN. DIESE ZEITSCHRIFT IST EIN WERK DER UMWELTPOLITIK. ALLE RECHTE VORBEHALTEN.

1 IPCC: Intergovernmental Panel on Climate Change, <https://www.ipcc.ch>

2 United Nations Development Goals, <https://sdgs.un.org/goals>

3 Sonderziehungsrechte sind vom Internationalen Währungsfonds (IWF) eingerichtete Reserverguthaben. Sie haben Devisencharakter und können von den Zentralbanken statt ihrer nationalen Währung für den internationalen Zahlungsverkehr benutzt werden.

öffentliche Gesundheit und die Energiewende unerlässlich sind.

- Die reichen Länder (Mitglieder der OECD wie die USA, die Schweiz, die Länder der EU) schaffen ein tragfähiges System des Schuldenerlasses für verschuldete Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen und erlassen die Schulden armer Länder.

Schwerpunkt 2

Abbau von Ungleichheiten

Ziel: bis 2030 den Anteil der reichsten 10 Prozent am Volkseinkommen durch stärkere Steuerprogression auf unter 40 Prozent senken, um Ungleichheit und Luxuskonsum, der die natürlichen Ressourcen besonders stark zerstört, zu reduzieren.

Hauptmassnahmen:

- Progressivere Besteuerung von Privatpersonen und Grossunternehmen, Schliessung internationaler Steuerschlupflöcher.
- Gesetzliche Stärkung der Arbeitnehmer:innen und der Gewerkschaften.
- Einrichtung von Bürgerfonds, durch die ein angemessener Teil des nationalen Reichtums und des gemeinsamen Vermögens an alle Bürger:innen in Form einer universellen Basisdividende verteilt wird.

Schwerpunkt 3

Empowerment von Frauen

Ziel: Vollständige Gleichstellung der Geschlechter; Frauen und

andere Benachteiligte erhalten bis 2030 gleichberechtigten Zugang zu Bildung, wirtschaftlichen Rechten, Macht und Eigentum, um das Potenzial aller Menschen zu erschliessen und die Weltbevölkerung zu stabilisieren.

Hauptmassnahmen:

- Recht auf Bildung für Frauen realisieren.
- Geschlechtergleichstellung in Führungspositionen von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen aktiv sicherstellen.
- Universellen Sozialschutz gewährleisten, einschliesslich ausreichender universeller Rentensysteme.

Schwerpunkt 4

Ökologisch tragbares Ernährungssystem

Ziel: auf eine regenerative und nachhaltige Landwirtschaft umstellen, um die Menschen mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen, ohne den Planeten zu zerstören; Abbau der biologischen Vielfalt stoppen und das gemeinsame Erbe der Menschheit und die Gesundheit schützen.

Hauptmassnahmen:

- 50 Prozent des Ackerlands bis 2030 für regenerative und nachhaltige Landwirtschaft bereitstellen; Subventionen, Handel und Beschaffungspraktiken auf das Ziel «Gesundheit für Alle und für den Planeten» ausrichten.
- Landwirt:innen und Regulierungsbehörden koordinieren,

um die naturzerstörende Ausdehnung der Landwirtschaft zu stoppen und Techniken zur Erhaltung gesunder Böden sowie nachhaltige und regenerative Anbaumethoden einzuführen.

- Gesunde, die planetaren Grenzen respektierende Ernährungsweisen einführen; die globale Verschwendung in den Lebensmittelketten drastisch reduzieren.

Schwerpunkt 5

Energiesystem umgestalten

Ziel: Kohlenstoffneutralität bis 2030 durch die Abkehr von fossilen Energiequellen erreichen, Treibhausgasemissionen bis 2030 halbieren, CO₂-Emissionen vollständig beseitigen und den Verlust an Biodiversität bis 2050 stoppen, bei Gewährleistung einer nachhaltigen Energieversorgung für.

Hauptmassnahmen:

- Sofortiger Ausstieg aus den fossilen Energieträgern; Subventionen auf saubere und effiziente Energielösungen umlenken.
- Intelligente Umstellung auf Elektrizität bei gleichzeitiger Optimierung der Energieeffizienz (Energieeinsparungen, kleinerer Materialeinsatz, Verringerung der Luftverschmutzung).
- Sofortige Verdreifachung der Investitionen in erneuerbare Energien, Speicherkapazitäten und die dazugehörige Infrastruktur auf über eine Billion US-Dollar pro Jahr; Gewährleis-

tung des Zugangs zu sauberer Energie in allen Ländern und Schutz der Schwächsten vor Energiearmut.

Man kann diesem neuen Bericht an den Club of Rome vorhalten, er komme spät und resümiere bereits Bekanntes. Aber er tut es gut abgestützt, markant und nimmt die Politik ausdrücklich in die Verantwortung. Die Realisierung des Gesamtdispositivs (fünf Schwerpunkte, fünfzehn Hauptmassnahmen) ist eine vielversprechende Bedingung dafür, die Klimakatastrophe zu begrenzen – dass sie ganz ausbleibt, kann niemand mehr hoffen, sie hat bereits begonnen. Die jetzige Grundlogik der kapitalistischen Entwicklung (Wachstums- und Technikfetischismus, Flucht nach vorn) ist mit diesem Dispositiv nicht vereinbar, seine Realisierung würde zu deren schrittweiser Überwindung führen. 🍷



René Levy

ist emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Lausanne, hat vor allem über soziale Ungleichheiten, Genderbeziehungen und Lebensläufe geforscht und ist Mitglied der Regionalgruppe Romandie des Denknets.



Ist die integrative Schule am Ende?

Die integrative Schule ist schweizweit unter Druck. Lehrpersonen und Eltern erhoffen sich von der Rückkehr zu separativem Unterricht bzw. Kleinklassen eine Entlastung. Was in der öffentlichen Diskussion meist ausgeblendet wird, ist der systemisch angelegte Widerspruch zwischen Segregation und Konkurrenzorientierung einerseits, Integration andererseits. Dieser unauflösbare Widerspruch prägt den Schulalltag und liegt vielen Schwierigkeiten, mit denen sich das Schulpersonal, Eltern und Schüler:innen in der heutigen Volksschule konfrontiert sehen, zugrunde.

Der **Tagesanzeiger** titelte am 19. Januar 2023: «Wählerschaft wünscht sich Kleinklassen zurück». Seit einigen Jahren ist es ein immer wiederkehrendes Thema in Presse und Öffentlichkeit: Die integrative Schule überfordere Lehrpersonen und Kinder; sie scheitere an der zu grossen Heterogenität der Klassen und den vielen Schüler:innen mit Verhaltensproblemen. Die Gesellschaft habe sich gewandelt – Individualisierung und Selbstbezogenheit, das erzieherische Versagen der Familie, Fremdsprachigkeit und Migration werden als Ursachen schulischer Verhaltens- und Motivationsprobleme genannt. Berichtet wird auch von fehlender Motivation und verbreitetem Burn-out bei den Lehrpersonen. Eine Gruppe von Basler Lehrer:innen hat deshalb im vergangenen Jahr eine Volksinitiative lanciert. Verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche sollen niederschwellig in speziellen «Förderklassen» unterrichtet werden. In homogenen kleinen Lerngruppen könnten schwierige Schüler:innen besser gefördert werden und die Lehrpersonen würden durch das separate Angebot entlastet. Die Initiant:innen sammelten in kurzer

Zeit die notwendigen Unterschriften. Die Stimmberechtigten werden voraussichtlich 2024 an der Urne darüber befinden.

In meinem Beitrag bestreite ich erstens, dass wir, um beim Beispiel Basel-Stadt zu bleiben, eine wirklich integrative Schule haben. Darum ist die Annahme, dass die integrative Schule am Ende sei, nicht richtig. Ich behaupte zweitens, dass die Schule durch frühe Selektion und die entsprechende Segregation sowie das den Schulalltag durchdringende Konkurrenzdenken zu den Problemen beiträgt, unter denen sie leidet. Ich zeige drittens auf, warum ich die Rückkehr zum System der Sonder- und Kleinklassen für einen Irrweg halte. Und ich begründe viertens, warum wir den integrativen Gedanken nicht nur beibehalten, sondern weiterentwickeln sollten – und welches die bildungspolitischen Schlussfolgerungen sind.

Warum ist die Behauptung, die integrative Schule sei am Ende, nicht richtig?

Die Entwicklung hin zu einer inklusiven Schule wurde durch

die UNESCO-Konferenz von Salamanca (1994) angestossen, in deren Schlusserklärung eine «Schule für alle», auch für die Kinder mit «besonderen Bedürfnissen», gefordert wurde. Das Übereinkommen der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen bildete eine zweite Wegmarke auf dem Weg zur inklusiven Schule. 2006 wurde in New York die Behindertenrechtskonvention verabschiedet. Inklusive Bildung wurde als Menschenrecht deklariert. 2014 wurde die Konvention durch die Schweiz ratifiziert. Die Schweiz übersetzte den englischen Begriff «inclusive» dabei mit «integrativ». Schule soll so weit wie möglich inklusiv sein. Separate Unterrichtsformen sollen, wenn nötig – als Ausnahme –, weiterhin ihren Platz haben.

Was aber kennzeichnet eine integrative Schule? Im allgemeinen Verständnis ist es eine Schule, in der Kinder «mit besonderem Bildungsbedarf» zusammen mit nichtbehinderten Kindern gemeinsam unterrichtet werden. Ein gemeinsamer Unterricht allein macht jedoch keine integrative

“ 2006 wurde in New York die Behindertenrechtskonvention verabschiedet. Inklusive Bildung wurde als Menschenrecht deklariert. ”

Schule aus. Der Idee der inklusiven Schule liegt der Gedanke der Freiheit, der Selbstwirksamkeit und der Würde aller Menschen zugrunde. Jedes Kind soll individuell gefördert werden, es soll sein individuelles Potenzial bestmöglich ausschöpfen können und es soll darum an seinen eigenen Möglichkeiten gemessen werden – nicht an einer Norm, nicht primär im Vergleich mit anderen. Die integrative Schule ist ein partizipatives Projekt: Lernen wird als Lernen in Gemeinschaft und für die Gemeinschaft mit anderen verstanden. Entscheidend ist: Kein Kind soll ausgeschlossen und damit beschämt werden.

Wenn wir den Blick auf Basel-Stadt richten, dann sehen wir ein leistungs- und konkurrenzorientiertes Schulsystem mit einer frühen Selektion. Bereits im sechsten Primarschuljahr wird festgelegt, welches Kind in welchen der drei Leistungszüge der Sekundarschule kommt, was wiederum den weiteren Weg in Richtung Gymnasium oder Berufslehre vorspart. Konkurrenzdruck und Versagensängste vieler Eltern und Kinder prägen den Unterricht also bereits auf der frühen Primarschulstufe. Die Angst der Angehörigen, dass ihr Kind in den mittleren oder gar den tiefsten Leistungszug eingeteilt werden könnte, ist verständlich, da mit der Zuteilung zugleich Lebenschancen vergeben werden.

Entscheidend ist nicht, wie viele Kinder «mit besonderem Bildungsbedarf» integrativ unterrichtet werden. Die Frage ist vielmehr, wie inklusiv die Schule als Ganzes ist. Die schweizerische

Volksschule versteht sich offiziell als integrative Schule. Eine frühselektionierende, segregierende und konkurrenzorientierte Schule und die Idee der integrativen Schule sind jedoch ein unauflösbarer Widerspruch.

Die Schule ist für die Verhaltens- und Motivationsprobleme mitverantwortlich

Der systemische Aspekt wird in der aktuellen Diskussion tendenziell ausgeblendet. Das Problem, heisst es, seien primär die verhaltensauffälligen Kinder bzw. der familiäre Kontext und die kulturelle Herkunft. Die Schule als gesellschaftlich bedeutsame Institution jedoch wird zu wenig selbst zum Objekt der Analyse gemacht. Die im Vergleich zu anderen Ländern frühe Selektion und die damit verbundene Segregation sowie die allgegenwärtige Tendenz, sämtliche Leistungen in sämtlichen Fächern zu messen und zu bewerten, trägt wesentlich zu den Verhaltens-, Lern- und Motivationsproblemen bei, unter denen die Schule leidet. Das vom Wettbewerbs- und Konkurrenzgedanken durchdrungene Schulsystem kennt Gewinner:innen und es kennt deshalb immer auch Verlierer:innen: Kinder also, die Probleme haben, und Kinder, die Probleme machen. Es gibt ein hohes Ausmass an strukturell bedingter Exklusion – ein Nährboden für Neid, Scham, Resignation und nicht zuletzt Aggression.¹

Die Rückkehr zum System der Kleinklassen ist ein Irrweg

Welches wären die Konsequenzen, wenn die Forderungen der Basler Volksinitiative umgesetzt würden? Wir hätten auf der Stufe Sekundarschule insgesamt fünf Leistungsniveaus: einen progymnasialen Zug mit den leistungsstärksten

Schüler:innen; einen mittleren Zug für Schüler:innen, die auf eine anspruchsvolle Berufslehre oder eine Fachmittelschule vorbereitet werden; einen Zug für leistungsschwächere Kinder und Jugendliche, für die der Aufstieg in den mittleren oder gar den leistungsstärksten Zug schwierig oder fast unmöglich ist; wir hätten neu die niederschwellig konzipierten Förderklassen mit einer Konzentration von Kindern mit Verhaltensproblemen, die meisten mit Migrationshintergrund; und wir hätten die jetzt schon bestehenden «Spezialangebote» für die Gruppe der schwierigsten Kinder. Bei drei von fünf Stufen würde der Aspekt der Aussonderung und Stigmatisierung im Vordergrund stehen. Noch mehr Schüler:innen als heute würden in nur scheinbar homogenen² kleinen Lerngruppen unterrichtet. Die Gefahr besteht, dass viele dieser Klassen der Konzentration schwieriger Kinder wegen nicht führbar sein werden. Es könnten vor allem jüngere und unerfahrene Lehrpersonen sein, die den ungeliebten Unterricht in diesen Klassen übernehmen müssten – mit der Folge, dass viele Lehrpersonen scheitern, krank werden oder den Beruf wechseln.

Und jetzt?

Die Schule von heute muss sich mit der Heterogenität der Gesellschaft auseinandersetzen. Heterogenität ist eine gesellschaftliche Wirklichkeit und wird es auch in Zukunft sein. Der Wunsch der Lehrpersonen nach einem Unterricht in homogeneren Gruppen ist nachvollziehbar. Leistungshomogene Klassen sind jedoch eine Illusion. Die Förderklassen-Initiative stützt diese Illusion.

Für die Weiterentwicklung der integrativen Schule sprechen nationale und internationale Forschungsergebnisse, die zeigen, dass der integrative dem separativen Unterricht in der Regel vorzuziehen ist. Kinder, die leistungs-

“ Die Schule von heute muss sich mit der Heterogenität der Gesellschaft auseinandersetzen. ”

schwächer sind, lernen durch das Vorbild leistungsstarker Kinder. Sie fühlen sich weniger ausgeschlossen, sie sind eher motiviert zu lernen und Regeln des Miteinander anzunehmen, sie haben, nicht zuletzt, bessere berufliche Chancen. Kinder mit «herausforderndem Verhalten» brauchen den Kontakt mit und die Vorbildwirkung von sozial integrierten Kindern. Auch leistungsstarke Schüler:innen profitieren von heterogen zusammengesetzten Klassen.³

Mit diesem Hinweis auf die Wissenschaft ist einer Lehrperson, die ein Gefühl der Überforderung und Ohnmacht empfindet, allerdings nicht gedient. Sie braucht konkrete Hilfe. Benötigt sie mehr Ressourcen? Mehr Geld, mehr Assistenzpersonen? Was die Ressourcen betrifft: Es braucht tatsächlich kleinere Klassen, zum Beispiel mit konsequentem Team-Teaching durch zwei Lehrpersonen. Was es aber vor allem braucht, sind strukturelle Veränderungen: Basel-Stadt sollte sich, und das gilt für die schweizerische Volksschule generell, für ein integriertes Sekundarschul-Modell entscheiden,

1 Sagelsdorff, Rebekka/Simons, Augustus: Schule als Stigma, in: Widerspruch 76 (2022), S. 19–29; Crain, Fitzgerald: Die Ausgegrenzten des A-Zugs und das Versprechen der integrativen Schule, in: Widerspruch 76 (2022), S. 11–17.

2 Sagelsdorff/Simons: Schule als Stigma.

3 Ebd.

wie es zum Beispiel einige Kantone der französischen Schweiz kennen. Damit würde der Selektionsentscheid erst nach neun statt nach bereits sechs Jahren gefällt.⁴ Damit würde auch die Primarschule entlastet. Es wäre ein machbarer Schritt hin zu einer integrativeren und sozial gerechteren Schule.

In einer integrativen Schule hat der Wettbewerb unter den Kindern durchaus seinen Platz. Fragwürdig ist das alles durchdringende Konkurrenzsystem, fragwürdig sind die allgegenwärtigen vergleichenden Leistungsmessungen⁵, die stark reduziert werden müssten.

Unterricht. Der Inklusionsgedanke schliesst separative Angebote wie Schulinseln und andere schulhausinterne Möglichkeiten zur temporären Separation sowie vereinzelte Sonderschulklassen nicht aus. Es ist aber ein entscheidender Unterschied, ob separativer Unterricht Teil eines Schulsystems ist, das auf Aussonderung hin angelegt ist, oder ob es sich um eine integrative Schule handelt, die sich der Grenzen des inklusiven Unterrichts bewusst ist, ohne die Grundidee der Inklusion aufzugeben.

Ich interpretiere die heute verbreitete Forderung nach einer Rück-

kehr zum System der Kleinklassen als Anzeichen einer allgemeinen Resignation im Angesicht einer Welt, in der Krisenmodus und Zukunftsangst dominieren. Die moderne Soziologie beschreibt die zunehmende globale Ungleichheit, die Rückkehr zu einer Klassengesellschaft, die Angst vor dem sozialen Abstieg.⁶ Viele Menschen verfügen über schlechtere oder keine Bildungsabschlüsse, sie gehen schlecht bezahlten Tätigkeiten nach, ohne sozial abgesichert zu sein. Ihre Lebensperspektive ist eingeschränkt. Es sind die Ausgegrenzten, tendenziell die «Überflüssigen» der Moderne.⁷ Dieser Entwicklung muss die Bildungspolitik ihren inklusiven Ansatz entgegensetzen. Politische Bestrebungen wie die Förderklassen-Initiative verstärken die Tendenz der Exklusion.

genutzt werden könnte. Nicht zuletzt kommt der Schule gerade in einem städtischen Umfeld mit grossem sozialem Gefälle eine wichtige integrative Funktion zu. Diese gesellschaftliche Chance würde bei zunehmender Aussonderung ver-



Im idealen Fall würde man auf sie verzichten.

Aber auch mit strukturellen Massnahmen würde keine ideale Schulwelt geschaffen. Schwierige Unterrichtssituationen und Kinder, die den Rahmen eines integrativen Unterrichts sprengen, wird es immer geben. Vielleicht braucht es tatsächlich mehr separativen

Unterricht. Der Inklusionsgedanke schliesst separative Angebote wie Schulinseln und andere schulhausinterne Möglichkeiten zur temporären Separation sowie vereinzelte Sonderschulklassen nicht aus. Es ist aber ein entscheidender Unterschied, ob separativer Unterricht Teil eines Schulsystems ist, das auf Aussonderung hin angelegt ist, oder ob es sich um eine integrative Schule handelt, die sich der Grenzen des inklusiven Unterrichts bewusst ist, ohne die Grundidee der Inklusion aufzugeben.

Die Abkehr vom Ideal der integrativen Schule ist ein Irrweg. Es ist ein sozialer Irrweg, da Menschen vermehrt ausgegrenzt würden. Es ist vom Gedanken der Humanität aus gesehen ein Irrweg, da viele junge Menschen ihrer Lebenschancen beraubt würden. Es ist wirtschaftlich gesehen ein Irrweg, da ein grosses Potenzial an Fähigkeiten nicht produktiv



Fitzgerald Crain Kaufmann

ist ehemaliger Dozent an der Universität Basel und Professor an der FHNW. Er ist Mitglied der Gruppe Bildung im Denknetz und Mitglied der SP Basel.

4 Die Folge der frühen Selektion ist, dass die soziale Mobilität tief ist und dass vor allem Kinder mit Migrationshintergrund benachteiligt sind.

4 Die Folge der frühen Selektion ist, dass die soziale Mobilität tief ist und dass vor allem Kinder mit Migrationshintergrund benachteiligt sind. Siehe z.B. Soziale Mobilität nimmt ab: So schwer ist der Aufstieg in der Schweiz, in: Tagesanzeiger vom 3. 8. 2021.

5 Wie die «Checks» genannten standardisierten Leistungstests im Bildungsraum Nordwestschweiz.

6 Siehe z.B. Reckwitz, Andreas: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin 2020.

7 Bauman, Zygmunt: Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne, 2. Aufl., Hamburg 2006.

Zeit für den Totalumbau der 2. Säule

Die Parlamentsmehrheit hat den vom Bundesrat mitgetragenen Sozialpartnerkompromiss zur Reform der 2. Säule verworfen. Herausgekommen ist eine inakzeptable Vorlage, die für viele Versicherte mit tiefen Einkommen, das heisst insbesondere für Frauen, höhere Lohnabzüge und tiefere Renten bringt. Neben dem Referendum gegen diese Revision muss nun der Totalumbau der 2. Säule in die Hand genommen werden.

Die 2. Säule ist in der Schweiz seit 1984 obligatorisch. Basis ist das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG). Die Versicherten sind verpflichtet, während des Erwerbslebens ab dem 26. Lebensjahr Beträge für ihr Alterskapital anzusparen. Das Alterskapital wird von den Vorsorgeeinrichtungen auf den Finanzmärkten angelegt. Mit der Pensionierung kann das Guthaben ausbezahlt oder per Umwandlungssatz in eine lebenslange Rente überführt werden. Der Satz beträgt momentan 6.8 Prozent, er gilt allerdings nur für das «Obligatorium» von derzeit 88.200 CHF abzüglich des Koordinationsabzugs von 25.725 CHF, also für maximal 62.475 CHF pro Jahr. Es steht den Pensionskassen frei, für darüber hinausgehende Guthaben niedrigere Umwandlungssätze anzuwenden. Bindend ist der gesetzliche Umwandlungssatz also nur bei Versicherten ohne «Überobligatorium»; das sind aktuell gut 30 Prozent aller BVG-Versicherten.

Michael Graff: Das Schweizer System der Altersvorsorge auf denknetz.ch/altersvorsorge/

Die berufliche Vorsorge erschien bei ihrer Einführung zunächst als attraktive Ergänzung der AHV. Die Anlagen der Kassen rentierten, die Handelswerte von Immobilien und von Wertpapieren stiegen verlässlich und damit auch die BVG-Renten. Die Umwandlungssätze lagen zunächst bei 7.2 Prozent. Doch nach der grossen Rezession 2008/09 sanken die Sätze und damit die Renten innerhalb weniger Jahre um 20 Prozent und mehr. Seitdem geht die grosse Mehrheit der Versicherten mit Umwandlungssätzen von rund 5 Prozent in den Ruhestand. Jetzt treten die Nachteile der Kapitaldeckung deutlich hervor. Im Grunde waren die Rentenversprechen nie solide gedeckt, sie hingen immer von historisch hohen Kapitalmarktrenditen ab. Mittlerweile machen sich auch die hohen Verwaltungs- und Anlagegebühren, die von den Versicherten an die Finanzwirtschaft fliessen, schmerzlich bemerkbar. Schliesslich schreibt das Zwangssparen in der beruflichen Vorsorge die Ungleichheiten während des Erwerbslebens im Ruhestand ein zu eins weiter. Für die Bürgerlichen ist dieser Punkt entscheidend – die 2. Säule soll auf individuellem Sparen beruhen, Umlagekomponenten oder beitragslose Gut-

“ Im Grunde waren die Rentenversprechen nie solide gedeckt. ”

schriften, zum Beispiel für Erziehungszeiten, sind tabu.

Revision BVG 21: Die Entscheide der eidgenössischen Räte

Der Hauptpunkt der in den eidgenössischen Räten beschlossenen Reform der 2. Säule ist die Senkung des Umwandlungssatzes von 6.8 auf 6.0 Prozent. Das entspricht einer Senkung der

Renten um 12 Prozent. Streitpunkt war die Frage, wie diese Rentensenkung kompensiert werden soll. Der von den Sozialpartnern ausgehandelte und vom Bundesrat übernommene Vorschlag lautete, dass neue BVG-Rentner:innen unabhängig von ihrer finanziellen Situation lebenslange Zuschläge erhalten: die ersten fünf Jahrgänge nach Inkrafttreten 200 CHF pro Monat, die nächsten fünf Jahrgänge 150 CHF und die letzten fünf Jahrgänge 100 CHF, mit der Option, diese Zuschläge auch längerfristig laufen zu lassen. Finanziert werden sollte dies durch einen Beitrag von 0.5 Prozent auf dem AHV-pflichtigen Jahreseinkommen bis 853.200 CHF. Das gefiel den Bürgerlichen gar nicht. Stattdessen einigten sie sich darauf, die Zuschläge strikt auf 15 Jahrgänge zu begrenzen. Dabei sollten diese Zuschläge abgestuft erfolgen: Wer über ein Altersguthaben von bis zu 215.100 CHF verfügt, hat Anrecht auf einen Zuschlag von monatlich 200 CHF. Von 215.100 CHF bis 430.200 CHF ist der Zuschlag degressiv. Wer über ein noch höheres Altersguthaben verfügt, erhält keine Kompensation, was für etwa die Hälfte der Übergangsgeneration zutrifft.



Ein zweites wichtiges Element dreht sich um die Eintrittsschwelle und den Koordinationsabzug. Die erklärte Absicht ist, auch Bezüger:innen geringer Einkommen in der beruflichen Vorsorge zu versichern, was vor allem Frauen mit Teilzeitbeschäftigung betrifft. Damit – so das Anliegen – würden zukünftig mehr Bezüger:innen geringer Einkommen als bisher BVG-Renten erhalten. Für die tieferen Einkommensklassen bleiben aber die neuen Renten per Saldo für das Alterseinkommen für viele, vor allem Alleinstehende,¹ wirkungslos, da sich die Ergänzungsleistungen in gleicher Höhe verringern. Diese Personen müssten während des Erwerbslebens also neu Beiträge an ihre Pensionskasse leisten, ohne dass sich damit ihre finanzielle Situation im Alter verbessert.

Jetzt braucht es eine fundamentale Kehrtwende

Mit der von der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments verabschiedeten Reform der 2. Säule sollen viele Beschäftigte jetzt mehr einzahlen, aber später dennoch weniger Rente erhalten. Weiter wird dem teuerungsbedingten Kaufkraftverlust der Renten nichts entgegengesetzt. Dazu kommt das Frauenopfer: Die AHV-Rentenreform, die das Frauenrentenalter von 64 auf 65 Jahre erhöhte, wurde im September 2022 mit 50.6 Prozent Ja-Stimmen äusserst knapp angenommen. Den Frauen, die

mehrheitlich mit Nein gestimmt hatten, wurde eine Kompensation dieses Frauenopfers im Rahmen der Revision der 2. Säule versprochen. Davon ist jedoch nichts zu sehen.²

Überdies zeigen Untersuchungen, dass bedeutende Vorsorgegelder zu den Finanzdienstleistern abfliessen. Auch hier verpasst es die Reform, Gegensteuer zu geben. Hier braucht es ein entschlossenes Eingreifen des Gesetzgebers: Eine Verpflichtung auf eine passive Anlagestrategie, ein Verbot von überhöhten Gebühren und stärkere Aufsichts- und Kontrollinstrumente.³

Ruth Gurny: [Das Renten-debakel eine Zusammenfassung des Buches und 10 Fragen an Autor Danny Schlumpf auf denknetz.ch/altersvorsorge/](https://denknetz.ch/altersvorsorge/)

Die Gewerkschaften und die SP haben das Referendum gegen die inakzeptable Reform ergriffen. Parallel dazu braucht es nun aber ein offensives fortschrittliches Projekt für die Zukunft der 2. Säule. Damit kommt das Denknetz-Modell für eine BVG-Totalrevision ins

Spiel. Sein Kern: Die Versicherten zahlen ihre Beiträge an eine neue Zentralstelle und erhalten im Gegenzug ihre Renten zum garantierten Satz von 6.8 Prozent von ebendieser Stelle. Die bisher angesparten Alterskapitalien bleiben vollumfänglich erhalten. Verwaltet werden diese bisherigen Kapitalien von den heutigen Kassen, allerdings bei deutlich verbesserter Kontrolle und mit klaren Auflagen betreffend Anlagestrategien. Die neu einbezahlten Sparbeiträge hingegen werden von einer neuen Zentralstelle betreut, analog zum heutigen AHV-Ausgleichsfonds. Sämtliche Guthaben werden dabei nach strikten ökologischen und sozialen Kriterien angelegt.

Gleichzeitig sind dank der neuen Zentralstelle jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen, auch in der 2. Säule Betreuungsgutschriften einzuführen und auch damit vor allem die Renten der Frauen erheblich zu erhöhen. Die Rentenanteile, die auf solchen Gutschriften beruhen, werden aus allgemeinen Steuermitteln finanziert.

Der Reformvorschlag soll vorerst für den Bereich des Obligatoriums gelten. Mit Ausnahme der Betreuungsgutschriften werden die Rentenansprüche nach wie vor basierend auf den kumulierten Beiträgen und Kapitalerträgen berechnet, um bestehende Rentenansprüche zu garantieren. 🍷

Eine genauere Beschreibung des Modells findet sich auf der Denknetz-Site, Schwerpunkt Altersvorsorge:

Das Denknetzmodell für eine BVG-Totalrevision



Michael Graff

ist Soziologe und Ökonom und Professor für Volkswirtschaftslehre an der ETH Zürich.



Ruth Gurny

war bis zu ihrer Pensionierung Professorin für Soziologie und Sozialpolitik an der ZHAW und ist in der Denknetz Fachgruppe Sozialpolitik, Arbeit und Care aktiv.



Beat Ringer

ist Publizist und Autor und in der Fachgruppe Politische Ökonomie des Denknetz aktiv.

© 2023 Denknetz. Alle Rechte vorbehalten. Druck: Druckerei...

1 In Paarhaushalten werden die Einkommen zusammengezählt und liegen damit häufig über der EL-Grenze.
 2 Der Unterschied in den durchschnittlichen Renten aus der Altersvorsorge (AHV und berufliche Vorsorge) von Männern und Frauen ab 65 Jahren beträgt 34.6 Prozent (Bundesamt für Statistik, Faktenblatt Gender Pension Gap, 7.9.2022). Frauen haben also im Durchschnitt eine Altersrente, die ein Drittel tiefer ist als die der Männer.
 3 Siehe dazu auch <https://www.tagesanzeiger.ch/eine-kluge-wahl-kann-mehrere-10000-franken-ersparnis-bringen-393149625950>

Schwierige Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit

Der Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz (AvenirSocial) sieht akuten Handlungsbedarf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Bereich der Sozialen Arbeit. Dafür braucht es Einsatz auf allen Ebenen – Fachpersonen, Führungskräfte und politische Entscheidungsträger:innen sind gefordert, für zukunftsorientierte Bedingungen einzustehen.

Der Fachkräftemangel in der Schweiz ist in aller Munde. Auch Institutionen im Bereich der Sozialen Arbeit kämpfen damit, genügend qualifizierte Fachkräfte zu finden. Bereits 2016 wurde festgehalten, dass für 2024 in verschiedenen Bereichen der Sozialen Arbeit mit Schwierigkeiten in Bezug auf die Fachkräftesituation zu rechnen sei.¹ Um diesen entgegenzuwirken seien einerseits zusätzliche Bildungsanstrengungen und andererseits Massnahmen zum Personalerhalt nötig.² Heute präsentiert sich die Situation wie folgt: Es stehen insgesamt zu wenig ausgebildete Fachpersonen für alle Stellen zur Verfügung und im Vergleich zu anderen Arbeitsbereichen haben die arbeitsrechtlichen Bedingungen in der Sozialen Arbeit Nachholbedarf.

Neben den gesetzlichen Vorgaben im Obligationenrecht, im Arbeitsgesetz und je nach Arbeitsverhältnis in den kantonalen Gesetzgebungen, ist es den einzelnen Institutionen überlassen, inwiefern sie die Arbeitsbedingungen ausgestalten. Es ist möglich, diese für die Arbeitnehmenden besser auszulegen als gesetzlich vorgegeben. In der Schweiz ist das politisch so gewollt. Damit sollen sich Organisationen, im Sinne der Marktlogik, als attraktive Arbeitgebende positionieren können, um sich im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte einen Vorteil zu verschaffen. Ein aktuelles Beispiel ist der 2021 eingeführte Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen. Es gibt Arbeitgebende, die eine längere und gesellschafts-

politisch wünschenswerte Vaterschaftspause vorsehen. Dies muss man sich als Institution aber erst einmal finanziell leisten können. Insbesondere für Arbeitgebende, die abhängig sind von staatlichen Leistungsaufträgen stellt sich das als schwierig heraus.

Arbeitsbedingungen sind zu einem grossen Teil abhängig davon, wie viele finanzielle Ressourcen einer Institution zur Verfügung stehen. Denn Veränderungen von Arbeitsbedingungen wie höhere Löhne, tiefere Wochenarbeitszeiten oder voller Lohn für Piktetdienste kosten Geld. Wie viel Geld den Institutionen der Sozialen Arbeit zur Verfügung steht, ist meist eng mit politischem Willen und Entscheidungen verknüpft.

Der Berufsverband sieht Handlungsbedarf

Welche Arbeitsbedingungen Fachpersonen der Sozialen Arbeit haben, ist also hauptsächlich abhängig von den politisch definierten arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen und den entsprechend knappen Ressourcen, die den Institutionen zur Verfügung stehen. Trotzdem besteht noch ein gewisser Handlungsspielraum, wie diese auf institutioneller Ebene umgesetzt werden.

Aus dieser Dynamik heraus entsteht für AvenirSocial grosser Handlungsbedarf. Wie bereits in seiner Kampagne zur Ausbildung in der Sozialen Arbeit 2017 gefordert, braucht es zur Sicherung der Qualität der geleisteten Arbeit, ausgebildete Fachpersonen.³ Dabei erhöhen ungenügende Arbeitsbedingungen die Gefahr massiv, dass in Zukunft eher wieder mehr unausgebildetes Personal eingestellt wird, anstatt sich auf die weiterhin notwendige Professionalisierung zuzubewegen. Es reicht nicht, nur qualifiziertes

1 IWSB: Fachkräfte- und Bildungsbedarf für soziale Berufe in ausgewählten Berufsfeldern des Sozialbereichs, Schlussbericht 14.6.2016, S. 62, https://savoirsocial.ch/wpcontent/uploads/2017/09/Fachkr%C3%A4ftestudie_D.pdf

2 Ebd.

3 AvenirSocial: Die nationale Kampagne von AvenirSocial: Eine Ausbildung in Sozialer Arbeit bürgt für Qualität, Verbandsbroschüren AvenirSocial, 2017, S. 42, https://avenirsocial.ch/wpcontent/uploads/2018/12/Grundlagendokument_Ausbildungskampagne_AvenirSocial_2017_DE_web.pdf

Es stellen sich viele Fragen

Institutionen im Bereich der Sozialen Arbeit zeichnen sich durch eine grosse Diversität an Organisationsformen, Herkunft ihrer Finanzen und entsprechender Abhängigkeit von Trägerschaften aus. Es stellen sich diverse Fragen:

Wo soll man ansetzen und welcher Handlungsbedarf besteht, um die Arbeitsbedingungen in der Organisation zu verändern? Müssen sich Mitarbeitende vermehrt organisieren? Sollen Führungspersonen mehr Verantwortung übernehmen und den Spielraum, den sie haben, mehr nutzen? Muss man von Mitarbeitenden mehr politisches Engagement fordern und wie ist das mit knappen Ressourcen möglich?

Meist wird bei solchen Fragen zuerst versucht, Veränderungen von Arbeitsbedingungen auf institutioneller Ebene anzustreben. Strukturelle Gründe für unzureichende Arbeitsbedingungen, wie gesetzliche Grundlagen und moralische Vorstellungen von «guter» Sozialer Arbeit, sind für Institutionen schwerer zu erkennen und zu verändern.⁵

Deshalb sind die Antworten auf die oben gestellten Fragen so simpel wie schwierig, weil sehr aufwendig und komplex: Sie müssen auf allen Ebenen gleichzeitig angegangen werden.

Lösungsansätze müssen auf allen Ebenen gefunden werden

AvenirSocial unterstützt dies, indem Fachpersonen umfangreiche Dokumentationen zu ihren Rechten zur Verfügung gestellt werden.⁶ Nur wer weiss, was arbeitsrechtlich gilt

oder eben nicht gilt, kann sich für deren Veränderungen einsetzen.

Der Berufsverband stellt den Fachpersonen alle Informationen zu Löhnen und arbeitsrechtlichen Regelungen zur Verfügung und zeigt ihnen die berufsethischen Grundsätze auf, mit denen sie für die Qualität der Arbeit einstehen können. Wenn Fachpersonen vermehrt beginnen sich zu organisieren, Löhne transparent machen und ihr Umfeld darüber aufklären, dass sie von den Regelungen im Arbeitsgesetz ausgenommen sind, wird der Druck auf Politik und Institutionen steigen.


Neben dem Engagement für die Arbeitnehmenden will AvenirSocial auch Fachpersonen in Kaderpositionen in die Verantwortung nehmen. Organisationen im Bereich der Sozialen Arbeit und insbesondere ihre Leitungspersonen müssen daran erinnert werden, dass sie als Fachpersonen vom Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz aufgefordert sind, die gesetzlichen Rahmenbedingungen auszunutzen zum Wohle der Adressat:innen und somit auch für die Bedingungen der Fachpersonen, die mit ihnen arbeiten.⁷ Es gibt einen Handlungsspielraum für Institutionen bei der Ausgestaltung von Arbeitsbedingungen. Er ist nicht immer gleich und einfach zu nutzen, sollte aber in jedem Fall berücksichtigt werden – sei dies, die Planung der Arbeit von den betroffenen Angestellten selbst gestalten zu lassen, gemeinsame Pausen durch die Neugestaltung von Schichten zu ermöglichen oder durch gutes Argumentieren, mehr finanzielle Ressourcen zu erhalten. Die Umsetzung ist entscheidend abhängig vom Willen,

Personal auszubilden, sondern es braucht auch gute Arbeitsbedingungen, um dieses Personal in den Institutionen zu halten.

Um dies zu erreichen, engagiert sich der Berufsverband der Sozialen Arbeit gemeinsam mit Gewerkschaften und Fachverbänden auf unterschiedlichen Ebenen.

Fachpersonen müssen befähigt werden, sich für ihre Rechte als Arbeitnehmende einzusetzen. Aber es braucht mehr Unterstützung für die Leitungspersonen in Institutionen, damit sie sich mit fachlichen Argumenten gegenüber der Trägerschaft einsetzen können. Zusätzlich muss die Art und Weise, wie Organisationen im Bereich der Sozialen Arbeit finanziert werden, hinterfragt werden. AvenirSocial will mit seinem 2021 veröffentlichten Diskussionspapier zur Finanzierung von Organisationen im Bereich der Sozialen Arbeit genau diese übergeordnete Ebene mehr in den Fokus rücken.⁴

anstatt nach «unten» vor allem nach «oben» zu kämpfen.

Und schlussendlich müssen eben auch die gesetzlichen Grundlagen verbessert werden. Um dies zu tun, kann an verschiedenen Orten angesetzt werden. Es muss angestrebt werden, dass Artikel 3, Buchstabe e des Arbeitsgesetzes (ArG), der Sozialpädagog:innen in Heimen immer noch zu grossen Teilen von den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes ausschliesst, gestrichen wird.⁸ Der aus diesem Grund erstellte Normalarbeitsvertrag (NAV) von 1985 muss modernisiert werden und die kantonalen Personalgesetze, die grundlegend für viele öffentlich-rechtlichen Arbeitsverträge sind, müssen überarbeitet werden. Diesen Zielen kommen wir näher, wenn sich mehr Fachpersonen berufspolitisch bei AvenirSocial und in Gewerkschaften engagieren. Denn es gehört zum professionellen Auftrag jeder Fachperson der Sozialen Arbeit, genau dies zu tun. 



- 4 AvenirSocial: Diskussionspapier zur Finanzierung von Organisationen im Bereich der Sozialen Arbeit in der Schweiz, Positionspapiere AvenirSocial, 2021, S. 3, https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2021/09/2021_Diskussionspapier_Finanzierung_Organisationen_Soziale_Arbeit_DEF.pdf
- 5 AvenirSocial: Diskussionspapier Qualität in der Sozialen Arbeit, Positionspapiere AvenirSocial, 2015, S. 2, https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2018/12/AG_Qualitaet_DEF_D_1.pdf
- 6 In der überarbeiteten Broschüre von 2023 werden alle gültigen gesetzlichen Grundlagen aufgezeigt; AvenirSocial: Arbeitsrechtliche Grundlagen für die Soziale Arbeit in der Schweiz, Verbandsbroschüren AvenirSocial, 2023, https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2023/01/Arbeitsrechtliche-Grundlagen_180123.pdf
- 7 AvenirSocial: Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz, Verbandsbroschüren AvenirSocial, 2010, S. 14, https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2018/12/SCR_Berufskodex_De_A5_db_221020.pdf
- 8 24 Kriso: Arbeitsbedingungen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe, News, 31.10.2022, S.4, <https://www.kriso.ch/wp-content/uploads/Broschu%CC%88re-31.10.22.-Online-Version.pdf>



Tobias Bockstaller
arbeitet seit 2019 als Verantwortlicher Fachliche Grundlagen beim Berufsverband AvenirSocial.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

80

Ukraine, Krieg, linke Positionen

L. Brangsch, F. Cavalli,
R. Dillmann, I. Georgiev,
M. Graff, M. Heiniger, R. Herzog,
R. Hürtgen, W. Ischtschenko,
D. Iten, E. Kasakow, D. Klein,
T. Konicz, U. Mäder,
H. Perekhoda, B. Ringger,
M. Roberts, D. Salomon,
A. Sancar, P. Schadt, H. Schächli,
A. Speth, A. Ulyanov, N. Weis

Wie agieren Grossmächte in Zeiten geopolitischer Umbrüche – und: Wie können sich linke Kräfte im Klima allseitiger Aufrüstung behaupten? Hilfe für die ukrainische Bevölkerung tut not, und Russlands Krieg ist falsch. Doch sind deswegen die Waffen des Westens richtig?



Ukraine, Krieg, linke Positionen

Wie agieren Grossmächte in Zeiten geopolitischer Umbrüche – und: Wie können sich linke Kräfte im Klima allseitiger Aufrüstung behaupten?

Hilfe für die ukrainische Bevölkerung tut not und Russlands Krieg ist falsch. Doch sind deswegen die Waffen des Westens richtig?

ISBN 978-3-85869-994-7, Fr. 25.–

Jahresabonnement (2 Hefte) Fr. 40.–

Förder-Abonnement (2 Hefte) Fr. 150.–

Gönner:innen mindestens Fr. 500.– pro Jahr

IBAN: CH98 0900 0000 8005 6062 5

Infos zu Abos und Hefte: widerspruch.ch

**Bei unserer Arbeit als
unabhängige Zeitung helfen
uns mächtige Verbündete:
26 Buchstaben. Und Sie.**



Jetzt Probeabo
bestellen.



Jede Woche der Zeit voraus.

MITTWOCH
31. MAI 2023
20 UHR
HOTEL BERN
BERN

HERAUS- FORDER- UNGEN UND PERSPEKT- IVEN FÜR DIE LINKE



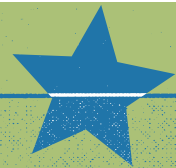
WAHLEN 23

Im Oktober wählt die Schweiz ein neues Parlament. Wir diskutieren über Herausforderungen und Perspektiven für die Linke in der kommenden Legislatur und darüber hinaus: Will die Linke Genderstern oder Umverteilung? Ist das überhaupt ein Dilemma für die Linke? AHV, BVG, EU – in welchen Dossiers sollte es vorwärts gehen? Wie? Was bedeutet die grünliberale Herausforderung für die Linke? Und was wünscht sich eigentlich die aktivistische von der parlamentarischen Linken?

Es diskutieren
Jon Pult (Nationalrat SP),
Franziska Ryser (Nationalrätin Grüne),
Denise Traber (Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Basel) und **Jakub Walczak** (Präsident:in JUSO Stadt Bern und Aktivist:in)

Gesprächsleitung durch
Nadja Mosimann (Denknetz)

ONLINE-REIHE



Ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert?

In den Debatten um gesellschaftliche Alternative taucht in den letzten Jahren wieder vermehrt ein alter Bekannter auf: der Sozialismus. Doch was könnte das heute, nach den leidvollen Erfahrungen mit den totalitären Regimen unter sozialistischer oder kommunistischer Flagge, heissen? Welche Lehren gilt es aus der Geschichte zu ziehen und wie lässt sich Sozialismus neu entdecken? Wie könnte ein tatsächlich emanzipatorischer, demokratischer und ökologischer Sozialismus aussehen? Lohnt es sich für die Linke also, sich auf den alten Bekannten einzulassen? Diesen Fragen geht die vom Denknetz und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung organisierte Online-Reihe «Ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert?» nach. Drei Termine. Drei Denker:innen. Viel zu besprechen.

Anmeldung:
info@denknetz.ch



24. Mai 2023 | 19:30-21:00 Uhr | mit **Klaus Dörre** (Universität Jena)
8. Juni 2023 | 19:30-21:00 Uhr | mit **Lisa Herzog** (Universität Groningen)
Angefragt | **Bini Adamczak**

Die Profitrate in der Schweiz sinkt

Die Profitrate, also das Verhältnis der erzielten Gewinne zum eingesetzten Kapital, schwankt in der Schweiz stark je nach Verlauf der konjunkturellen Zyklen. Längerfristig gesehen ist diese Kennziffer aber seit einigen Jahrzehnten rückläufig. Hatte Marx also recht und schafft sich der Kapitalismus mit der Zeit selbst ab? Wie kann die Profitrate richtig berechnet werden und was bedeuten deren Höhe und Verlauf für die Wirtschaftsentwicklung?

Die Profitrate kann als Steuerungsgrösse einer Unternehmung oder einer Volkswirtschaft verstanden werden. Sie bestimmt also zum Beispiel darüber, ob und wie viel investiert wird, und gilt auch als Massstab für die Verwertungsbedingungen des Kapitals. Die Mehrwertrate hingegen bezeichnet das Verhältnis der Profite zu den Löhnen und ist ein Mass für die Verteilung der Wertschöpfung zwischen Kapital (Profite) und Arbeit (Löhne).¹

Umverteilung geht weiter

Tendenziell ist die Profitrate in den letzten Jahrzehnten gesunken, das zeigen unsere Daten. Bereits Marx erwähnte zahlreiche Faktoren, mit denen es dem Kapital gelingen kann, den Fall der Profitrate aufzuhalten oder rückgängig zu machen, wie die Erhöhung der Mehrwertrate durch Rationalisierung, die Verbilligung der Arbeitskosten etwa durch Globalisierung oder die «Verwohlfeilerung des Kapitals», das heisst Kapital sparenden technischen Fortschritt. Besonders die beiden letzten Faktoren dürften dazu geführt haben, dass sich die Profitrate in den letzten Jahrzehnten etwas stabilisiert hat – auch

wenn sie weiter leicht rückläufig ist. Die Masse an Profiten und Vermögenseinkommen können auch durchaus zunehmen, während die Profitrate fällt. Dies war ab den 1950er-Jahren der Fall und trifft auch für die Schweiz zu: Die absolute Profitmasse hat kräftig zugenommen, mindestens im gleichen Ausmass wie die Summe aller Lohnbestandteile. Bis zur neoliberalen Wende hin zur Doktrin des Shareholder-Value orientierten sich viele Unternehmen offenbar eher an der Entwicklung der Profitmasse als an der reinen Kapitalrentabilität.

Ein Rückgang der Profitrate bedeutet auch keinesfalls, dass sich in der Verteilung zwischen Kapital und Arbeit oder gar bei der Einkommens- und Vermögensverteilung eines Landes etwas positiv zugunsten der Lohnabhängigen verändert. Obwohl in den letzten Jahrzehnten nicht nur die Profitrate, sondern auch die Mehrwertrate leicht gesunken ist, ging dies mit einer deutlichen Umverteilung von Arm zu Reich einher. Die Einkommensschere hat sich geöffnet und vor allem die Vermögensverteilung hat sich massiv zugunsten der Reichsten und Allerreichsten verschoben.

Unvollständige und widersprüchliche Daten

Die theoretische Erfassung und Erklärung von Profit- und Mehrwertrate gehen auf die klassischen Ökonomen von Adam Smith bis David Ricardo, insbesondere aber auf Karl Marx zurück. Die empirische Ermittlung der beiden Raten und die darauf aufbauende Interpretation von deren Bedeutung für die Schweiz stehen aber erst am Anfang und müssen breiter diskutiert werden. Zu erwähnen ist die im Denknetz-Jahrbuch jeweils ausgewiesene und bis ins Jahr 1992 zurückberechnete Mehrwertrate sowie unsere Kalkulation der Profitrate für die Jahre 1948 bis 2021.² Hinzu kommen Berechnungen und grafische Darstellungen im Rahmen von Forschungsprojekten an den Universitäten Groningen (Niederlande) und Amherst (USA).

Ältere Zahlen zur Profitrate einiger grosser Volkswirtschaften und deren Zusammenfassung für eine globale Profitrate liegen über den langen Zeitraum seit Mitte des 19. Jahrhunderts vor. Seit Ende der 1940er-Jahren hat sich die Datenglage stark verbessert, insbesondere weil die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) interna-

tional harmonisiert wurde. In den Penn World Tables (PWT) werden ab 1950 rund 30 Variablen aufgelistet und eine «Internal Rate of Return» als Profitrate präsentiert, die für über 180 Staaten vergleichbar ist, inklusive der Schweiz. Die verschiedenen Ansätze zur Operationalisierung der Profitrate ergeben allerdings auch unterschiedliche Resultate, die vor allem bezüglich der absoluten Höhe der Profitrate weit auseinanderliegen. Bei Dynamik und zeitlichen Tendenzen bestehen hingegen viele Parallelen.

Grundsätzlich gibt es zwei Ansätze zur Berechnung der Profitrate: Die Errechnung der Profitrate als Verhältnis einer Stromgrösse (jährliche Profite) zu einer Bestandsgrösse (Kapitalstock) und die Berechnung, die auch im Nenner für das konstante Kapital eine Stromgrösse verwendet, wie wir das mittels der VGR-Daten gemacht haben. Eingesetzt werden mithin die Bruttoinvestitionen während eines Jahres. Bei den Berechnungen für die Schweiz seit 1948 gibt es allerdings wegen diverser Revisionen der VGR einige Brüche. Ein weiterer, gewichtiger Kritikpunkt relativiert zudem alle Modelle, die mit der VGR oder davon abgeleiteten Daten arbei-

ten: Die VGR basiert immer auf Marktpreisen, also nicht auf den Begriffen der Arbeitswerttheorie von Marx. Zudem klammert die VGR den unbezahlten (Care-)Sektor und somit eine riesige Menge von unbezahlten Arbeitsstunden, die vor allem von Frauen geleistet werden, aus.³ Dasselbe gilt für die Zusammenhänge zwischen dem wirtschaftlichen und dem ökologischen Kreislauf und der damit einhergehenden Vernichtung des «Kapitalstocks» an natürlichen Ressourcen, inkl. der massiven Klimaerwärmung durch die Verbrennung fossiler Energievorräte.

Profitrate halbiert

In der Grafik werden die Resultate von zwei verschiedenen Berechnungsmethoden verglichen. Dabei zeigt sich, dass die aktuelle

Profitrate gemäss Berechnungen aus Amherst (EPWT) ca. 3 Prozent beträgt, gemäss den Denknetz-Berechnungen liegt sie aber bei rund 20 Prozent. Dieser Unterschied liegt auf der Hand, da der akkumulierte Kapitalstock einer Volkswirtschaft im Nenner viel grösser sein muss als die Abschreibungen plus Nettokapitalbildung (Nettoinvestitionen) während der Periode eines Jahres, mit dem das Denknetz-Modell aufgrund der VGR-Daten rechnet. Würde als massgebende Periode zum Beispiel fünf Jahre anstatt einem Jahr gewählt, wäre der Unterschied bedeutend kleiner. Uns scheint aber das Denknetz-Modell eher dem marxischen Verständnis der Profitrate zu entsprechen.

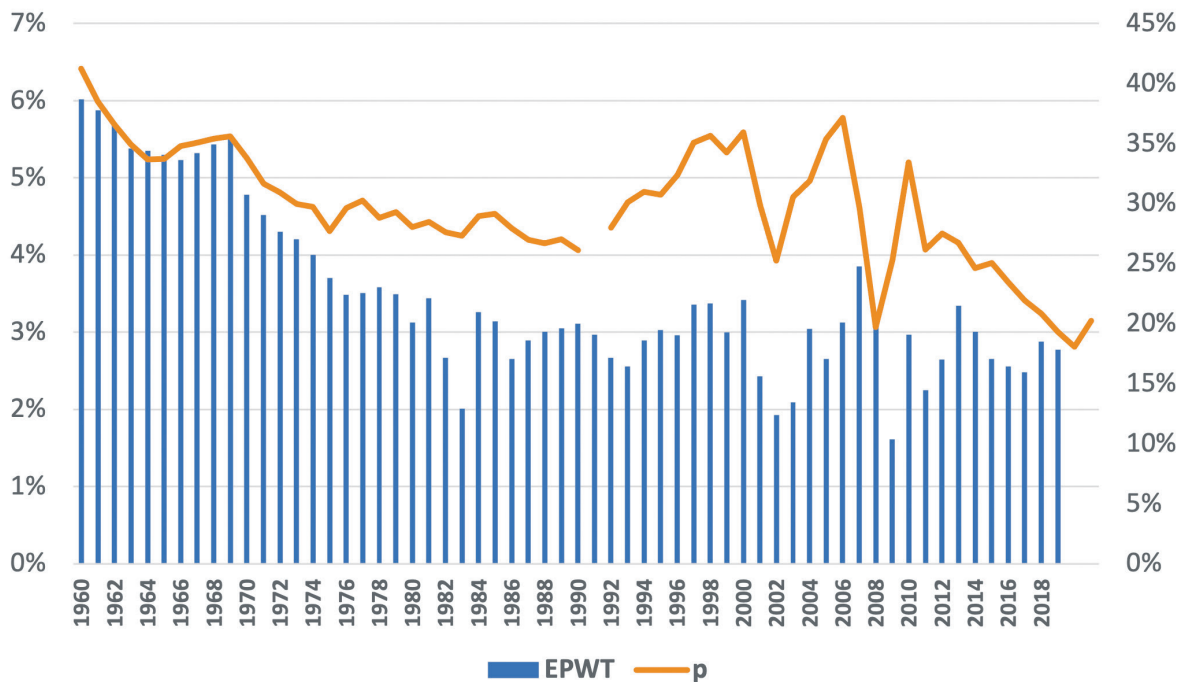
Bezüglich der *relativen* Veränderung der Profitrate sind die Ergebnisse im Zeitverlauf sehr ähnlich, was die Grafik verdeutlicht. Die Profitrate nahm in der Nachkriegszeit ab den 1950er-Jahren bis zum Beginn

der 1980er-Jahre stark ab, von über 40 Prozent auf rund 26 Prozent (Denknetz-Daten). Diese «sozialdemokratische» Periode war in ganz Europa gekennzeichnet durch starkes Wachstum, Systemkonkurrenz sowie Reformen im Arbeitsrecht und der Sozialversicherung. Mit der neoliberalen Wende in den 1980er-Jahren stabilisierte sich die Rate und nahm, unterbrochen von der Dotcom-Krise, wieder leicht zu bis zur Finanzkrise 2008, danach ging sie wieder leicht zurück. Über die gesamten 60 Jahre gesehen, ergab sich ziemlich genau eine Halbierung der Profitrate, und zwar gemäss beiden Berechnungsmodellen. Gemäss EPWT ist dieser Verlauf in der Schweiz ähnlich wie in den meisten anderen Industrieländern. Er entspricht durchaus der marxischen These des tendenziellen Falls der Profitrate durch die veränderte «organische Zusammensetzung» des Kapitals, also dem immer höheren Anteil des

fixen Kapitals (zum Beispiel Maschinen und Gebäude) am gesamten, für eine Periode eingesetzten Kapital. Einen Hinweis darauf, wie sich die organische Zusammensetzung des Kapitals verändert hat, ergibt sich auch aus der VGR: Während bis zu den 1980er-Jahren die Abschreibungen in der Schweiz nur einen Bruchteil der Summe aller Lohn- und Sozialleistungen ausmachten, übersteigen allein die Abschreibungen (noch ohne Nettoinvestitionen) heute die Gesamtsumme aller Lohnbestandteile.

Offenbar ist es in den letzten Jahrzehnten, trotz massiver Rationalisierungen, Globalisierung, Finanzialisierung usw., schwieriger geworden, Kapital rentabel zu verwerten. Grundsätzlich muss aber eine *allgemeine* Tendenz der Profitrate auch kritisch hinterfragt werden, kommt es doch immer auch auf die gewählten Referenzwerte und auf die Länge der betrachteten Periode an. Denkbar ist auch, dass die Profitrate wieder steigt und es wäre aufschlussreich, die jeweiligen Phasen genauer zu untersuchen. Hier steht noch einiges an analytischer Arbeit an. 🐦

Vergleich Profitrate EPWT und Profitrate aus VGR (p) Schweiz 1960-2020



Quellen: EPWT, <https://dbasu.shinyapps.io/World-Profitability/>, BFS VGR, eigene Berechnungen



Hans Schächli

ist Historiker, pensionierter Gewerkschaftssekretär und in der internationalen Solidaritätsarbeit aktiv.



Roland Herzog

ist Ökonom und Soziologe sowie ehemaliger Leiter Unia Sektion Bern.



Hans Baumann
ist Ökonom, Publizist und Autor.

1 Die Profitrate ist definiert als $p = m/c + v$, wobei m = Mehrwert, c = konstantes Kapital und v = variables Kapital. Die Mehrwertrate ist definiert als m/v .

2 Gleichheitsmonitor, in: Denknetz-Jahrbuch 2022.

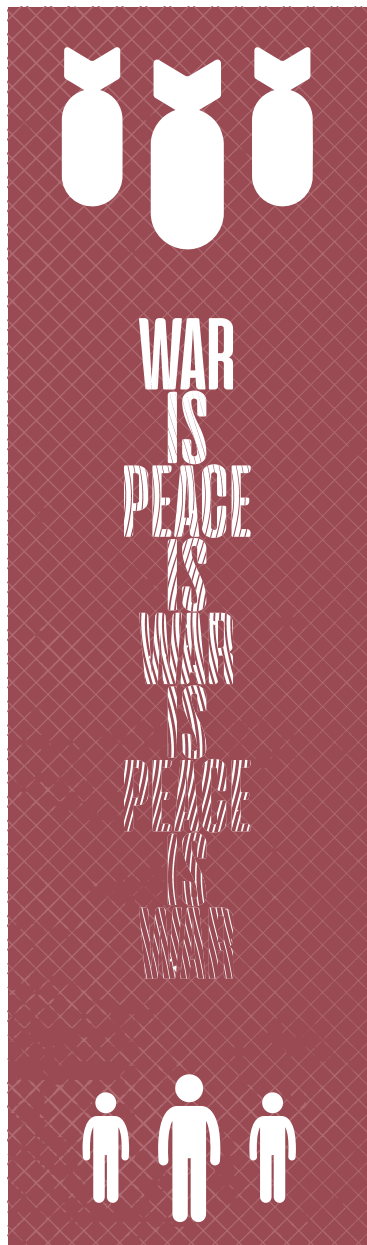
3 Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich beim Begriff des «Arbeitnehmerentgelts», also der Gesamtheit aller Lohnbestandteile in der VGR. Darin sind auch die höchsten Managergehälter inkl. Boni etc. enthalten. Würden diese korrekterweise zum Teil den Profiten zugezählt, wäre die Lohnsumme etwas tiefer, die Profite höher. 2018.

Putins Krieg und der Westen

Putins Krieg wurde nicht durch westliche Ausgrenzung Russlands provoziert. Die russische Teilnahme am «Krieg gegen den Terror», mit der Putin seine Macht stabilisierte, und die Synergie des KGB-Kapitalismus mit dem westlichen Fossil- und Finanzkapital waren viel bedeutender.

Als **Wladimir Putin**, der kurzfristig abgesagt hatte, am 12. Oktober 2002 im Zuger Casino von Michail Gorbatschow ein Friedenspreis verliehen wurde, war der US-Botschafter Mercer Reynolds unter den geladenen Gästen. Die vom russischen Nuclear Disarmament Forum (NDF) organisierte Veranstaltung stand im Zeichen des ein Jahr zuvor von Präsident George W. Bush gestarteten «War on Terror».

Der Firmenchef Andrej Bykow, der vor seinem Umzug von Moskau nach Zug einer der vier wichtigsten Wirtschaftsberater Putins gewesen war, begründete den Preis mit folgendem Hauptargument: «Er hat sich kompromisslos der globalen Antiterrorcoalition angeschlossen – trotz massiver Vorbehalte und Kritik in Russlands politischer Elite.» Auf den Krieg in Tschetschenien angesprochen antwortete Bykow: «Dort sind Terroristen und nicht Widerstandskämpfer am Werk.» Und auf die Frage «Putin ist also ein Friedensengel?» antwortete Bykow: «Bitte bedenken Sie, dass das Schicksal, vielleicht auch die Entscheidung Gottes Putin in diese Position gebracht haben.» (Zuger Zeitung, 14.10.2002)



Putins «Krieg gegen den Terror»

Auf Bushs «Krieg gegen den Terror» war Putin durch den Konflikt mit dem muslimischen Tschetschenien bestens vorbereitet. Ideologisch, weil er seit Kriegsbeginn im August 1999 alles unternommen hatte, um einen territorialen Konflikt als religiösen zu definieren. Politisch, weil er schon vor 9/11 die westliche Kritik an der Verletzung nationaler und individueller Rechte in Tschetschenien mit dem Wortpaar «Terrorismus» und «Islamismus» gekontert hatte. Am 5. Dezember 2001 sagte Putin in einem Interview mit griechischen Medien, 9/11 beweise, «dass der Westen die neuen Gefahren der modernen Welt» unterschätzt habe. Die westliche Kritik an den massiven Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien verstummte. Putin wurde in den «War on Terror» eingemeindet.

Putin selbst ging in seiner Unterstützung der völkerrechtswidrigen US-Operation «Enduring Freedom» in Afghanistan sehr weit. Er schuf die Verbindung zwischen der Nordallianz und den USA, gab Geheimdienstinformationen weiter, lieferte den regionalen Verbündeten der USA aller Art

Waffen. Er stellte sein Eisenbahnnetz für Waffentransporte zur Verfügung, obwohl das zur Präsenz eines grossen US-Kontingents auf russischem Boden führte. Vor allem erlaubte er den zentralasiatischen Republiken, der US-Armee Überflug- und Landrechte und sogar militärische Stützpunkte zu gewähren. Lilia Shevtsova schreibt in ihrem 2003 veröffentlichten Buch «Putin's Russia»: «Es war das erste Mal in der jüngeren Geschichte, dass Russland eine andere Grossmacht in einem Gebiet willkommen hiess, das gemeinhin als die ‚nähere Umgebung‘ gilt.»¹

«Frankreich bestrafen, Russland verzeihen»

Ein Teil der russischen Militärs war über die starke US-Präsenz an der Südgrenze sehr wohl beunruhigt. Aber Putins Priorität war die innenpolitische Festigung der eigenen Macht. Diese erheischte zuallererst den Sieg über den tschetschenischen Widerstand. Dafür war der «Krieg gegen den Terror» höchst hilfreich. Dazu gehörte des Weiteren die demonstrative und riskante Enteignung und Verbannung des unbotmässigen Oligarchen Michail Chodorkowsky (2003). Schliesslich ging es darum,

Taliban und andere fundamentalistische Kräfte gestärkt hat. Er hat Putins Kriege im Kaukasus und in Syrien legitimiert und seine autoritäre Macht stabilisiert.

Der KGB- und der Fossil-Kapitalismus

Obwohl der Zuger Friedenspreis wegen der Boykottkampagne ein mediales Fiasko war, wirkte er als Signal für russische Konzerne und Oligarchen. Nachdem Gazprom und die Moskauer Alpha-Gruppe bereits in Putins ersten beiden Jahren als Minister- und Staatspräsident nach Zug gekommen waren, folgte 2003 die wichtige RosUkrEnerg, die im Gashandel zwischen der Ukraine und Russland aktiv und dabei ein Motor des Wirtschaftskriegs gegen die Ukraine war. Ab Ende 2005 kam es zu einem massiven Zuzug von Firmen, Banken, Oligarchen, Kadern. Auffällig dabei war, dass die alte ostdeutsch-zugerische Stasi-Seilschaft reaktiviert wurde. So wurde die Nord Stream AG vom ehemaligen Stasi-Kader und Putin-Komplizen Matthias Warnig geführt. Wichtigster Verwaltungsrat wurde der ehemalige CVP-Politiker Urs Hausheer, früherer Verwaltungsrat einer Stasi-Beschaffungsfirma.

Dass Putin Zug auswählte, hatte drei Gründe: Erstens war Zug in den 1980er-Jahren eine Drehscheibe für die Beschaffung von Embargowaren für die Stasi gewesen. Bekanntlich setzte Putin in seiner wirtschaftlichen West-Offensive auf Stasi-Kader, und zwar auf jene, die sich im Kapitalismus auskannten. Dass ehemaliges Stasi-Gebiet auch KGB-Leuten vertrautes Terrain war, zeigt Catherine Belton in ihrem 700-seitigen Wälzer «Putins Netz» an einem Zuger Beispiel: «Er [der ukrainische Insider] fügte hinzu, dass stets der KGB hinter diesen Händlern stand und dass das im wohlhabenden Zug in der Schweiz registrierte Unternehmen RosUkrEnerg, in dem zwei von drei Geschäftsführern ehemalige KGB-Beamte waren, keine

Ausnahme darstellte.² »Zweitens hatte die Glencore, der grösste Rohstoffkonzern der Welt, seit jeher engste Verbindungen mit dem Osten. So hatte Marc Rich in den 1980er-Jahren das Apartheid-Regime mit sowjetischem Erdöl versorgt – trotz UNO-Embargo. Und drittens pflegt das bürgerliche Zug zusätzlich zum Steuerdumping eine Kultur der Willfährigkeit. Und diese kam und kommt dem «KGB-Kapitalismus» (Belton) sehr entgegen.

Zug ist ein Extrem-, aber kein Ausnahmefall. Der ökonomische Putinismus bekam auch andernorts grosses Gewicht: in Genf, im Tessin, auf dem Zürcher Bankplatz. Deutschland wurde völlig abhängig von russischem Gas. Das bedeutendste Beispiel in Westeuropa ist «Londongrad», wie Belton die City nennt. Beschleunigt wurde die Dreifach-Dynamik – Putins Machtsteigerung, die Expansion des ökonomischen Putinismus und der Aufstieg der Rohstoffkonzerne – durch die Erhöhung der Energiepreise seit 2001. Die Synergie von östlichem KGB-Kapitalismus und westlichem Fossil- und Finanzkapitalismus wird in ihrem Ausmass und in ihrer Bedeutung völlig unterschätzt.

Putins Fehleinschätzungen

Heute wissen wir, dass hinter dem Nuclear Disarmament Forum, das Putin vor gut 20 Jahren einen Friedenspreis verlieh, Putin selbst steckte. Die Firma verkörperte die beiden Hauptelemente des Putinismus und dessen Krieges: Grossrussischer Chauvinismus und Mafia-Kapitalismus – mit gigantischen Privatvermögen. Präsiert wurde das NDF vom ultranationalistischen Ex-Schwachweltmeister Anatoli Karpow, geführt von einem Pionier des ökonomischen Putinismus, verbunden war es mit westlichen «Nukleokraten» (Greenpeace).

Putin ging und geht es um die Erhaltung der eigenen Macht

“ Putin ging und geht es um die Erhaltung der eigenen Macht sowie der Vermögen seiner Oligarchen-Clique. ”

sowie der Vermögen seiner Oligarchen-Clique. In der ukrainischen Demokratie sah er eine Gefahr für seine Macht, im Krieg eine Chance für sie. Dabei hat er die Ukrainer:innen aus grossrussischer Arroganz völlig unterschätzt. Den Westen hat er falsch eingeschätzt aufgrund der Erfahrungen im «War on Terror» und des raschen Aufstiegs seiner Firmen, Banken und Oligarchen.



Jo Lang

ist Historiker, alt Nationalrat der Alternativ-Grünen Zug und GSoA-Vorstand.

die wirtschaftliche Präsenz im Westen auszubauen, auch um die Einnahmen aus dem Rohstoffhandel zu maximieren.

Wie gut die Beziehungen zwischen Putin und Bush waren, zeigte ausgerechnet der Irak-Krieg. Obwohl auch Russland diesen «War on Terror» ablehnte, verhielten sich die USA gegenüber Putin nachsichtiger als gegenüber Schröder und erst recht Chirac. Die Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice riet der Bush-Administration «to punish France, ignore Germany and forgive Russia» (Economist, 24.7.2003). Auch nach der völkerrechtswidrigen Krim-Annektion (2014) oder gegenüber der massiven Intervention der russischen Luftwaffe zugunsten Assads (2015–2021) verhielten sich die USA auffällig zurückhaltend. Nach dem Fall Kabuls im August 2021 waren die USA und die Nato schwer angeschlagen.

Der «War on Terror» erweist sich nicht nur als Katastrophe, weil er viele Opfer gekostet sowie die

1 Shevtsova, Lilia: Putin's Russia, Washington 2003, S. 207.

2 Belton, Catherine: Putins Netz, Hamburg 2022, S. 404.

Progressive Internationale und ForumAlternativo

Die Progressive Internationale (PI) ist eine internationale Organisation mit dem Zweck, progressive politische Kräfte weltweit unter einer gemeinsamen Vision zu vereinen, zu organisieren und zu mobilisieren. Seit September 2022 ist auch das ForumAlternativo als einzige Schweizer Organisation Mitglied der PI. Beide Organisationen verbindet vor allem ihre gesundheitspolitische Vision nach Vorbild des kubanischen Gesundheitswesens.

Die Idee und danach der Aufruf zugunsten der Gründung der Progressiven Internationalen erfolgte im Dezember 2018 nach einer gemeinsamen Veranstaltung der Bewegung «Demokratie in Europa» von Yanis Varoufakis und des US-amerikanischen Thinktanks Sanders Institute. In der Folge wurde im Mai 2020 die PI gegründet, in erster Linie, um dem «Erstarken des Nationalismus» entgegenzutreten. Im September 2020 fand sich der Rat der PI zu einem Eröffnungsgipfel in Reykjavik zusammen, wo Noam Chomsky eine programmatische Rede zu «Internationalismus oder Untergang» hielt.

Die PI umfasst zurzeit etwa 75 Organisationen, die ziemlich heterogen sind. Neben politischen Bewegungen wie Convergencia Social des chilenischen Präsidenten Gabriel Boric und Catalunya en Comú der Bürgermeisterin von Barcelona, Ada

Colau, findet man viele Graswurzelbewegungen vor allem ökosozialistischer Ausrichtung, aber auch marxistische Publikationen wie die US-amerikanische Zeitschrift Jacobin oder kooperative Gruppen und kulturelle Vereine. Die Mitglieder stammen aus fünf Kontinenten, zwei Drittel aber aus der südlichen Hemisphäre. Dieser Umstand erklärt auch, wieso der Hauptanteil der Aktivitäten von PI Länder des globalen Südens betrifft, was auch einige zum Teil kontroverse politische Stellungen von PI (z.B. den Krieg in der Ukraine betreffend) stark beeinflusst hat.

Die PI wird von einem achtköpfigen Kabinett (fünf Mitglieder aus dem globalen Süden, zwei aus Europa, eines aus Nordamerika) und einem Sekretariat geleitet. Das wichtigste Organ der Progressiven Internationalen ist aber ihr Rat, dem fast 100, zum Teil sehr bekannte Mitglieder wie Noam Chomsky, Jeremy Corbyn, Yanis

Varoufakis oder Naomi Klein angehören und auch Ex-Minister:innen wie Celso Amorim, Andrés Arauz, Álvaro García-Linera oder Fernando Haddad. Der Philosoph Slavoj Žižek, Schauspieler:innen wie John Cusack und Gael García Bernal, Aktivist:innen des globalen Südens wie Walden Bello, Menschenrechts-Staranwälte wie Baltasar Garzón Real oder die feministische Philosophin Silvia Federici sind ebenfalls im Rat der PI vertreten.

Kampagnen der PI

Die PI versucht vor allem, verschiedene Bewegungen auf nationaler und internationaler Ebene für gemeinsame Programme zu vernetzen. Die dominierende Linie innerhalb der PI ist klar internationalistisch und antiimperialistisch. Zurzeit hat die PI drei Kampagnen:

1. «Make Amazon pay» umfasst etwa 80 Bewegungen, vor allem gewerkschaftlicher Natur. Ziel ist die Organisation weltweiter

“ Die Mitglieder stammen aus fünf Kontinenten, zwei Drittel aber aus der südlichen Hemisphäre. ”

Streiks für höhere Löhne und von Protesten gegen umweltschädliche Aktivitäten Amazons. Ebenso wird angestrebt, Amazon zu verpflichten, endlich richtige Steuern zu bezahlen.

2. Bei der «New International Economic Order» geht es darum, internationale Handelsregeln so zu verändern, dass sie nicht immer nur zugunsten des globalen Nordens strukturiert werden. Das Projekt knüpft an schon länger bestehende Visionen an, die früher sogar von Willy Brandt vorgeschlagen worden waren.

3. Eine weltweite Kampagne auf dem Gebiet der Gesundheit, die während der Covid-Pandemie mit einer Kampagne für die Abschaffung der Impfstoffpatente begonnen hatte, jetzt aber auf eine neue Art von Weltgesundheitsorganisation abzielt. Diese neue Organisation soll unabhängig von den Interessen der Pharmaindustrie sein und weitgehend auf dem Modell der kubanischen Familienärzt:innen und der kubanischen medizinischen Struktur im Allgemeinen basieren.

Die Rolle des ForumAlternativo

Insbesondere die gesundheitspolitische Kampagne der PI ist sehr nahe an dem, was das ForumAlternativo schon länger als gesundheitspolitische Vision verfolgt. Das ForumAlternativo (FA) ist vor etwa acht Jahren im Tessin gegründet worden und dort besonders auf dem Gebiet des Gesundheitswesens aktiv. Damals reichte FA eine Volksinitiative ein, um eine kantonale Zahnarztversicherung zu realisieren, die die Kosten der zahnärztlichen Behandlungen decken sollte (die Initiative liegt seither in den Schubladen des Regierungsrates). Das FA kämpft auch hartnäckig dafür, damit das Tessin in Bern vorstellig wird, um die letzte, fatale KVG-Revision (Einführung der Finanzierung aufgrund der DRGs, Finanzierung der Privatkliniken) rückgängig zu machen. Momentan arbeitet es auch am PI-Programm für eine neue internationale Struktur des Gesundheitswesens mit, da einige Exponent:innen des FA seit Jahren mit Kuba kooperieren. Als Präsident der Hilfsorganisation mediCuba-Europa und als langjähriges Mitglied verschiedener Arbeitsgruppen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kenne ich das Thema besonders gut. Das FA und die PI haben sowohl

wissenschaftlich als auch materiell zur Entwicklung der erfolgreichen kubanischen Impfstoffe gegen Covid beigetragen. Derzeit bestehen Kontakte mit dem kubanischen Gesundheitsministerium, um gemeinsam den Inhalt und die Struktur der neu anvisierten Weltgesundheitsorganisation zu definieren.

Gründungsmitglieder des FA waren vor allem Genoss:innen aus dem linken Flügel der SP und aus der Gewerkschaft UNIA. Man wollte die damals sehr zentristische Ausrichtung der kantonalen SP überwinden, indem man eine pluralistische Bewegung in die Welt rief, die für alle linken Strömungen offen war. Deswegen sehen die Statuten des FA vor, dass seine Mitglieder gleichzeitig auch anderen linken politischen Organisationen angehören können. Das FA hat zurzeit fast 400 Mitglieder und publiziert jeden zweiten Monat ein Heft (Quaderni del Forum), in dem neben der kantonalen und nationalen Politik vor allem internationale Beiträge von Korrespondenten der italienischen kommunistischen Zeitung Il Manifesto zu lesen sind, weswegen man bei uns gelegentlich etwas übertrieben von einer «kleinen Tessiner Monde Diplomatie»

spricht. Bei den eidgenössischen Wahlen 2019 gelang es dem FA, alle Kräfte von der KP bis zu den Grünen zu binden, sodass die Linke einen Sitz im Nationalrat auf Kosten der Lega gewinnen konnte und Marina Carobbio Guscetti Ständerätin wurde (womit die Tessiner Linke zum ersten Mal im Ständerat vertreten war). Die ideologische Grundausrichtung des FA (pluralistisch, aber auf eine faktische Einheit abzielend; internationalistisch, antiimperialistisch) ist derjenigen der PI sehr ähnlich, weswegen wir entschieden haben, ein Aufnahmegesuch zu stellen, das vom PI-Kabinett im letzten Sommer angenommen wurde. 🐦



Franco Cavalli

ist ehemaliger Fraktionschef der SP im Bundesparlament, emeritierter Onkologieprofessor und Gründungsmitglied des ForumAlternativo.

Denknetz-Mitgliederversammlung

31. Mai 2023 | Hotel Bern | Zeughausgasse 9 | Bern

18.30 Uhr – 20.00 Uhr

Traktanden:

- Jahresbericht 2022/2023
- Jahresrechnung
- Informationen zum Budget
- Décharge Vorstand
- Wahl der Mitglieder des Vorstands und des Präsidiums

Die Umsetzung der «Thesen zur Demokratisierung der Wirtschaft»

Die Denknetz-Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie verfolgt das Ziel, den Aufbau, die Förderung und die Weiterentwicklung aller Formen von solidarischem und demokratischem Wirtschaften zu unterstützen. Ein wichtiges Mittel dazu sind die von der AG erarbeiteten «Thesen zur Demokratisierung der Wirtschaft».

Wie 2007/08 stehen die Signale in der Weltwirtschaft erneut auf Sturm. Die Wende in der Zinspolitik, von der Federal Reserve in den USA eingeleitet und von den Zentralbanken anderer Länder nachvollzogen, wird früher oder später dramatische Folgen in der Unternehmenswelt bewirken. Zahlungseingänge und -ausfälle bei grossen Firmen können jederzeit Zusammenbrüche an den Börsen auslösen, wo seit Monaten ohnehin ein nervöses Auf und Ab zu beobachten ist. Kettenreaktionen über den ganzen Globus drohen dann, wie frühere Erfahrungen gezeigt haben, das Vertrauen in das herrschende Finanzsystem vollends zu erschüttern.

Im Zusammenhang mit der 2020 ausgebrochenen Pandemie und dem zwei Jahre danach entfesselten Ukraine-Krieg sind noch einmal Unmengen von Geld in die Weltwirtschaft gepumpt worden. Noch im selben Jahr 2022 beginnt sich die verhängnisvolle Preisspirale zum Schaden der Lohnabhängigen zu drehen. In einigen Ländern wie Argentinien und der Türkei entgleitet die Inflation zusehends der Kon-

trolle lokaler und internationaler Behörden.

Die Inflation trifft die Armen und zerrüttet die Wirtschaft

Wir sehen die Merkmale und Mahnmale dieser Entwicklung, in der sich mehrere Krisen überlappen und gegenseitig verstärken: die explosive Verschuldung von Regierungen, Unternehmen und privaten Haushalten, zügellose Spekulation ohne jeden Nutzen für die Allgemeinheit, anhaltende Verelendung grosser Bevölkerungsteile, vielfältige Umweltprobleme, Rufe extremer und teils fanatisierter Kreise nach einer Politik der harten Hand, womit diese Krisen angeblich überwunden werden sollen. Wir sehen diese Anzeichen eines schweren Unwetters und fragen uns, wohin solche Fehlentwicklungen führen werden.

Unser Ziel ist keine revolutionäre Umwälzung im herkömmlichen Sinn, die «ihre eigenen Kinder frisst» und dabei ihre Ideale verrät. Vielmehr suchen wir den Weg zu jener Utopie, die von den Konservativen in aller Welt stets als reine Illusion abgetan wird. Wir glauben an einen Wandel des

Bewusstseins, der das Verständnis der grossen Zusammenhänge in der Geschichte fördert und entfaltet: das Bewusstsein, dass der von menschlicher Hand geschaffene Reichtum gerechter verteilt werden muss, wenn er soziales Gleichgewicht ermöglichen und damit Frieden stiften soll.

Weltweit gibt es Tausende von politischen, sozialen und medialen Gruppen und Organisationen, die unsere Ideale teilen – oft ohne dass sie und wir selbst davon erfahren. Wir wollen Gleichgesinnte und ähnlich Motivierte finden und sie für gemeinsames Handeln gewinnen.

Die Gleich- oder Ähnlichgesinnten in aller Welt wollen weg vom nackten Kapitalismus, wie man ihn in den vergangenen Jahrzehnten erlebt hat. Sie denken an ein Wirtschaftsmodell, welches die Ideale der Solidarität und eines gesunden Ausgleichs in der Gesellschaft in den Mittelpunkt des politischen Geschehens stellt. Dieser Übergang von einer in immer wiederkehrenden, vielfältigen Krisen zerrütteten «Ordnung» zu einer neuen Realität ist in Wirklichkeit schon lange im Gang. Die solida-

“ Die Gleich- oder Ähnlichgesinnten in aller Welt wollen weg vom nackten Kapitalismus.



rische und demokratische Wirtschaft ist als humanere Alternative zum Kapitalismus mindestens so alt wie dieser selbst. Schon in früheren Jahrhunderten machten sich manche Philosophen – und auch einige sozial bewusste Fabrikanten – Gedanken über die Widersprüche und Ungerechtigkeiten des damals entstehenden wirtschaftlichen Systems.

Solidarität in der Krise

Wie kann man die Menschen mit dem Ziel des Aufbaus einer neuen Gesellschaft mobilisieren? Müssen wir dabei auf neue Katastrophenszenarien warten, wie sie

Deutschland beim Zusammenbruch des Dritten Reiches erlebt hat, ehe dort nicht nur linksgerichtete Politiker:innen Projekte zu einem radikalen Neubeginn formulierten, sondern auch Konservative und Liberale aus den Reihen der CDU (Ahlener Programm) und etwas später auch die FDP (Freiburger Thesen)? Sie entwarfen Pläne zu einem Umbruch, die heute noch als progressive Ansätze gelten können. Dass deren Autor:innen aber bald einmal von ihren damals geäußerten Überzeugungen abkamen, war vermutlich in erster Linie dem politischen Druck aus dem eigenen Lager zuzuschreiben.

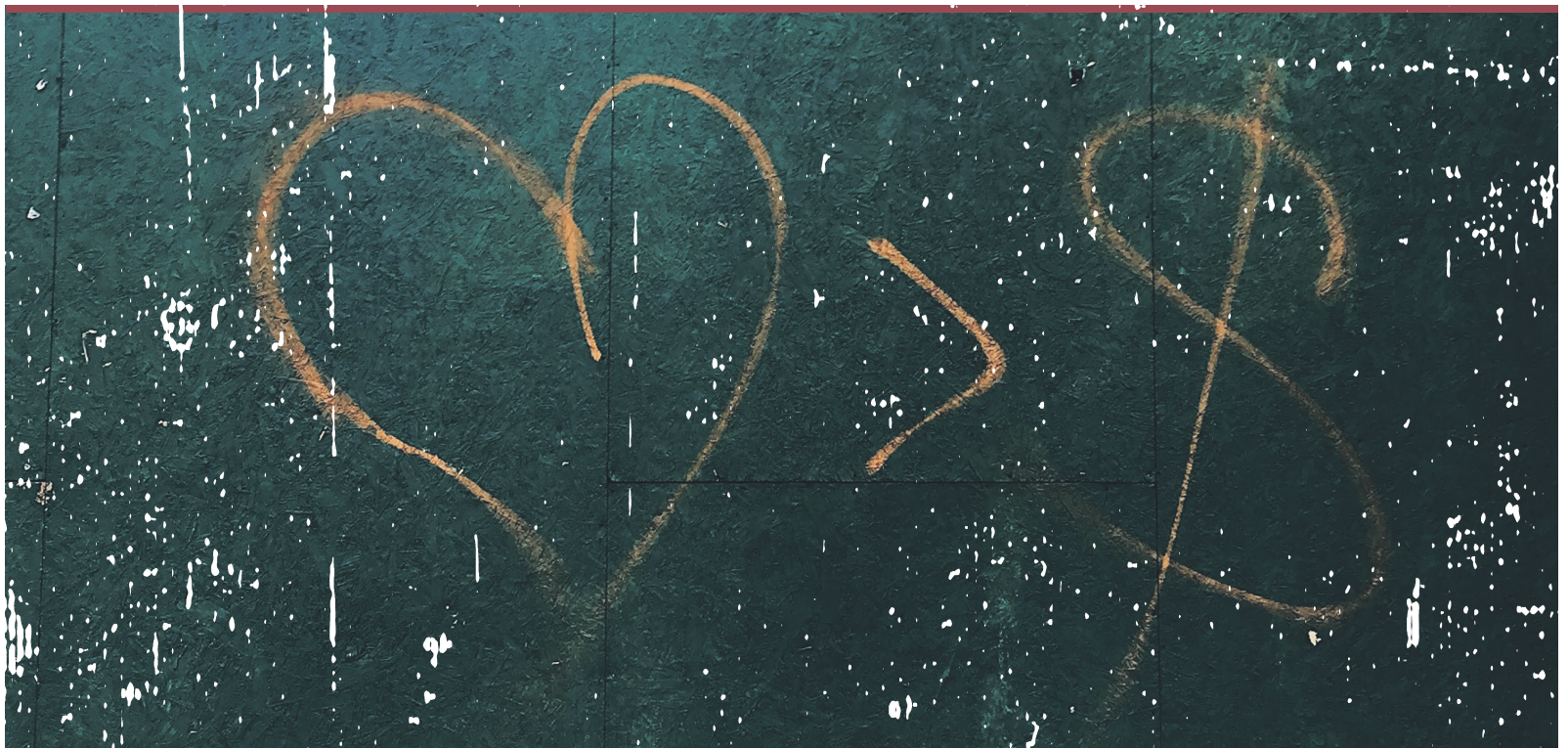
Auf die Realität in unserem eigenen Land übersetzt, stellt sich die Frage, ob auch wir auf ein katastrophales Ereignis warten müssen, das einen tiefgreifenden Wandel auslösen könnte. Warten, bis unsere sozialen Institutionen (die Alters- und Gesundheitsvorsorge, das Schulwesen) inmitten von Erschütterungen einer intern oder extern verursachten Krise schwer beschädigt werden? Warten auf

einen folgenschweren Mangel an Arbeitskräften in den Care-Berufen (Pflegepersonal)? Oder auf noch dramatischere Umbrüche im Klima? Oder auf den offenen Ausbruch von weiteren Handelskriegen um strategisch besonders wichtige Ressourcen?

Werden wir die Ursachen und Mechanismen solcher Krisen erkennen, um doch noch rechtzeitig Gegensteuer zu geben und eine solchermassen erschreckende Zukunft abzuwenden? Wird eine weltweit vernetzte Avantgarde von Engagierten und Sachverständigen aller relevanten wissenschaftlichen Disziplinen genügend Aktionskraft entfalten können, um wachsende Kreise der Gesellschaft von der Notwendigkeit radikaler Reformen zu überzeugen und in Bewegung zu setzen?

Für uns steht fest, dass im Kern eines solchen Wandels die Prinzipien der Solidarität, einer nachhaltigen, Mensch und Natur respektierenden Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Emanzipation (und das heißt Gleichberechtigung)

aller Menschen stehen müssen. Nur mit dieser grundsätzlichen Umorientierung, die wir mit den erwähnten «Thesen» definieren, wird unserer Überzeugung nach die Überwindung des bestehenden Systems möglich sein, das von der privaten Aneignung der Gewinne aus wirtschaftlicher Tätigkeit geprägt ist. An deren Stelle soll eine neue Ordnung treten, deren wichtigste Instrumente die Neutralisierung – und damit Demokratisierung – des Kapitals sowie eine solidarische, auf dem Prinzip starker Progression beruhende Steuerpolitik für Unternehmen und Individuen bilden.



desweiten Lebensmittelhandels von Genossenschaften geleistet. Kooperative Unternehmungen besetzen im Bankensektor und Versicherungswesen wichtige Positionen und im Kleingewerbe geht die Zahl solidarisch und selbstverwalteter Betriebe in die Tausende. Sie alle zeigen, dass das Geschwätz von «linken Träumereien», dessen sich bürgerliche Politik so gern bedient, um die Anhänger eines gründlichen, aber friedlichen Wandels in Verruf zu bringen, von der Realität ganz einfach widerlegt wird.

Wir sind uns bewusst, dass der Fächer von sozialen und wissenschaftlichen Institutionen, die sich für eine umfassende Wende einsetzen, extrem breit ist. Sie alle unter einen Hut zu bringen ist eine äusserst komplexe Sache. Klar ist für uns auch, dass die Aussicht auf einen «system change», also eine grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse in Gesellschaft und Wirtschaft, viele Menschen verängstigt, während die Vorstellung bei vielen anderen neue Hoffnung weckt. Diese Diskrepanz erschwert das Werk der radikalen Reformist:innen und erleichtert die Umtriebe jener Kreise, die von

der bestehenden Ordnung mächtig profitieren und darum jede wesentliche Veränderung verhindern wollen. Ihre Macht beruht vor allem auf systemischer Vernetzung, einem Verbandswesen mit bestorganisierten Lobbys und auf ihrer weitgehenden Kontrolle der Massenmedien.

Mit dem geduldrigen Aufbau paralleler Strukturen und der allgemein verständlichen Formulierung alternativer Ziele der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung – Solidarität, Nachhaltigkeit, Demokratie und Emanzipation – muss es, so unsere Überzeugung, möglich sein, die Widersprüche und Schwächen des bestehenden Systems sichtbar zu machen und die Notwendigkeit eines alternativen Wegs einleuchtend darzustellen. Erfolgreich kann ein solcher Wandel dann sein, wenn sich Organisationen von Menschen in aller Welt, die für tiefgreifende Reformen eintreten, auf die zentralen Aspekte ihres Projekts einigen. Die «Thesen» der Denknetz-Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie sind der Versuch, übergreifende Eckpunkte eines solchen alternativen Modells zu definieren. ♡

Wir postulieren eine vernünftige und gesunde Mischung von kreativem Unternehmertum unter strikter Beachtung der neuen Prinzipien, womit eine unsoziale Konzentration des Reichtums und fragwürdige Machtballung in den Händen einer absoluten Minderheit in Zukunft verhindert werden soll.

Aus der eigenen Geschichte lernen

Die Schweiz geniesst das Privileg von historischen Voraussetzungen, die das Entstehen von Bereichen solidarischen und demokratischen Wirtschaftens ermöglicht haben. Dazu gehören Institutionen und Betriebe, die seit Jahrhunderten das Gemeinwohl über die individuellen Interessen stellen und in der Gegenwart immer noch Bestand haben. Heute werden gut vier Fünftel des lan-



Romeo Rey

ist pensionierter Journalist und Buchautor; er wirkt in der Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie des Denknetz mit.



Johannes Wickli

ist Volkswirtschaftler; aktiv in der Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie des Denknetz.



Wie die Basler Wohnpolitik in Bewegung geriet

Die Wohnfrage ist in Basel-Stadt politisiert. In neun Abstimmungen seit 2016 konnten bedeutende wohnpolitische Errungenschaften erreicht werden. Basis dafür war ein breit abgestütztes Bündnis, eine sehr aktive Mieter:innen-Lobby und eine SP mit klarem wohnpolitischen Fokus.

Einer der versiertesten Basler Politikkommentatoren, Peter Knechtli, schrieb 2021 unter dem Titel «Die Habenden und die Nicht-Habenden» in einer Bilanz zur Wohnpolitik in Basel-Stadt: «Der Mieter-Lobby ist es in den letzten Jahren gelungen, den Status der Wohnungsmietenden [...] als soziale Frage zu thematisieren. In der Bevölkerung scheint sich die Einsicht durchzusetzen, dass die systemisch bedingte Abhängigkeit der Mietenden von den Besitzenden im Sinne eines sozialen Ausgleichs einen Schutzanspruch rechtfertigt.»¹ Wie ist es so weit gekommen?

Basel-Stadt verzeichnete vergleichsweise erst spät wieder einen Bevölkerungszuwachs. Eine kantonale Wohnpolitik war inexistent, abgesehen vom Programm «Logis Bäle», mit dem hochpreisiger Wohnraum für gute Steuerzahler:innen geschaffen wurde. Einen ersten Wendepunkt brachte das neue Wohnraumförderungsgesetz (WRFG). Seitdem ist die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus zur Kostenmiete auch in Basel-Stadt wieder kantonal verankert. Ein Erfolg für den Regionalverband der gemeinnüt-

zigen Wohnbauorganisationen und die SP, welche das WRFG prägten. Allerdings wurde dabei zum Leidwesen des lokalen Mieterinnen- und Mieterverbandes (MV) der Abbruchschutz über Bord geworfen, statt mit einem Wohnschutz ergänzt.

Die Basler Wohngenossenschaften schlummerten während Jahrzehnten politisch unbeachtet im Dornröschenschlaf und verwalteten rund 10 Prozent der Wohnungen im Kanton. Ab den 2010er-Jahren kam ein neuer Wind auf und der Kanton begann dem gemeinnützigen Wohnungsbau wieder Flächen im Baurecht zur Verfügung zu stellen. Bis heute sind rund 1500 neue gemeinnützige Wohnungen entstanden. Die private Stiftung Habitat unterstützte diese gemeinnützige Wohnungsbau-Pionierphase mit eigenen Arealentwicklungen, teilweise in enger Kooperation mit jungen Wohngenossenschaften. Politisch engagierte sich die Stiftung bei der breit abgestützten Bodeninitiative, welche dazu führte, dass die Bodenflächen im öffentlichen Eigentum in Basel-Stadt nicht kleiner werden dürfen.

“ Mit der Massenkündigung 2016 an der Mülhauserstrasse im St.-Johann-Quartier erhielt die Gentrifizierung ein Gesicht. ”

Eine wohnpolitische Bewegung der Bewegungen entsteht

In den 2010er-Jahren zeigten sich die verheerenden Folgen einer politisch unregulierten Stadtaufwertung. Der alleinige Fokus auf Neubau konnte die Verdrängung aus den noch bezahlbaren Wohnungen logischerweise nicht bremsen. Das Bevölkerungswachstum traf unvermittelt mit dem internationalen Trend der Finanzialisierung im Immobiliensektor zusammen. Renditeorientierte Immobilienkonzerne weiteten ihre Bestände aus und sanierten diese in reiner Rendite-logik. Das führte zu Massenkündigungen und steigenden Mieten. Mit der Massenkündigung 2016 an der Mülhauserstrasse im St.-Johann-Quartier erhielt die Gentrifizierung ein Gesicht. Angeführt von Bewohner:innen mit Rollator zog eine Demo vom St. Johann vor das Rathaus. Die Aufwertung des ehemaligen Arbeiterquartiers (durch Novartis-Campus und Verlegung des Strassenverkehrs in den Untergrund) führte zur beschleunigten Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum. Dass die kantonseigene Pensionskasse eine Renditesanierung in einem von eigenen Rentner:innen bewohnten Haus

¹ Siehe <https://www.onlinereports.ch/Kommentare.148+M53b2b9eeded.0.html>

schutzgesetzgebungen (Genf und Waadt) sollte nun erreicht werden, dass Wohnraum primär den Bedürfnissen der Menschen und nicht Renditeinteressen dient. Im Rahmen der 4xJa-Kampagne wurde in einem ersten Schritt ein Verfassungsartikel zum Schutz vor Verdrängung erreicht. Wegen der hartnäckigen Gegenwehr von Immobilienlobby und Behörden sahen sich der MV, die SP und Altersorganisationen gezwungen, mit einer Gesetzesinitiative zur griffigen Umsetzung nachzudoppeln, die 2021 mit 53 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde. Dieser dritte wohnpolitische Erfolg hat es in sich: Sanierungen können nur bewilligt werden, wenn die Wohnung in der gleichen Kategorie verbleibt. Leider hapert es bei der Umsetzung noch immer. Die Auseinandersetzung geht weiter.

Passiver Kanton und umkämpfte Neubauareale

2019 erreichte Basel eine Hiobsbotschaft. Das grösste Entwicklungsgebiet für neuen Wohnraum wurde von Novartis und BASF für einen astronomischen Kaufpreis von 1.2 Milliarden CHF an die Immobilienkonzerne Swiss Life und Rhystadt verkauft. Der Kan-

ton bekam vermutlich in Anbetracht dieses Bodenpreises und den ungeklärten Altlasten kalte Füsse und verpasste eine Jahrhundertchance. Schnell wurde klar, dass ohne weitere wohnpolitische Initiative die gemeinnützige Neubaustrategie ad absurdum geführt werden würde. Die baselstädtische Regierung stellte sich zwar im Umsetzungsbericht zum Verfassungsauftrag «Recht auf Wohnen» hinter die Zielgrösse von 25 Prozent gemeinnützigem Wohnanteil bis 2050. Auf den Transformationsarealen begnügte sie sich aber mit «preisgünstigem» Wohnraum, welcher in Abhängigkeit von Marktmieten definiert wird. Diese Abweichung vom gemeinnützigen Fördergrundsatz ist wohnpolitisch ein Fiasko. Mieten werden bei jeder Neuvermietung erhöht. Auch der Wohnschutz greift erst bei einer Sanierung, und das ist bei Neubauten in frühestens 25 Jahren der Fall.

Wiederum wurde ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Quartiersorganisationen, gemeinnützigen Wohnbauorganisationen und rotgrünen Parteien aktiv und reichte die Initiative «Basel baut Zukunft» ein. Diese fordert,

dass bei allen Wohnungsneubauten auf Transformationsarealen eine Mindestquote von 50 Prozent gemeinnütziger Kostenmiete erreicht werden muss. Diese Zahl ist nicht aus der Luft gegriffen, sondern entspricht in etwa dem Anteil der nötig ist, damit die Zielquote von 25 Prozent bis 2050 überhaupt noch erreicht werden kann. Die Immobilienkonzerne und ihre politischen Vertreter:innen in den bürgerlichen Parteien zogen alle Register und versuchten, die Initiative juristisch zu bodigen. Dieser Schuss ging kräftig nach hinten los. Das oberste Basler Gericht hielt fest, dass es kein Recht auf antizipierte Mieterträge gibt, welche erst durch eine Umzonung erreicht werden könnten. Viel eher ist die Überführung von einer Industrie- in eine Wohnzone ohnehin ein Mehrwert und dabei gilt es, das legitime öffentliche Interesse nach bezahlbarem Wohnraum entsprechend zu berücksichtigen. Aktuell lotet die Regierung einen Gegenvorschlag aus. Für das Initiativkomitee braucht es im Gegenvorschlag griffige Eckpunkte für eine zielführende gemeinnützige Neubaustrategie. Auch diese Auseinandersetzung ist in vollem Gange. 🍷



vornahm, machte die Absurdität des aktuellen Wohnungsmarktes auch für bürgerliche Wähler:innen sichtbar. In den nicht weniger als neun wohnpolitischen Abstimmungsvorlagen seither gab es Ja-Anteile deutlich über das linke Lager hinaus.

Mit Distanz lässt sich diese Umbruchszeit als Bewegung der Bewegungen beschreiben. Die verschiedenen Akteur:innen tauschten sich regelmässig aus. So konnte der gemeinnützige Wohnungsneubau nicht mehr gegen den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ausgespielt werden. Diese fruchtbare Bündnisarbeit kumulierte in der 4xJa-Kampagne, welche im Juni 2018 mit grosser Zustimmung zur kantonalen Verankerung eines ausgeprägten Wohnschutzes und einem Recht auf Wohnen führte. Dieser zweite wohnpolitische Grosseffort war nur möglich, weil sich Initiativen aus den Quartieren zusammen mit dem beharrlichen Mieterinnen- und Mieterverband, aktiven Altersorganisationen und sozialen Organisationen (von der Heilsarmee bis zur Gassenarbeit) gemeinsam mit den rotgrünen Parteien engagierten. Nicht zuletzt entfaltete das ambitionierte wohnpolitische Programm der kantonalen SP, welches 2017 verabschiedet wurde, seine Wirkung, weil darin in vielen Bereichen konkrete politische Massnahmen skizziert wurden.

Der lange Weg zum Wohnschutz

Der Basler MV wehrte sich in schier grenzenlosem Engagement auf der Grundlage bestehenden Rechts gegen Massenkündigungen. Er war aber auch immer politisch aktiv. Angelehnt an bestehende Wohn-



Ivo Balmer

ist Vorstand Wohnbaugenossenschaften NWCH.



Pascal Pfister

ist Vorstand Mieterinnen- und Mieterverband Basel 1891.

Wie gehabt: Finanzkrise und Banken- rettung durch den Staat

Nachdem die UBS die Credit Suisse geschluckt hat, ist eines klar: Die nächste Rettungsaktion in zigfacher Milliardenhöhe wird kommen, wenn der Bankensektor nicht in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt wird.

Das Ende der Credit Suisse (CS) mag für viele überraschend gekommen sein. Da jedoch die Zentralbanken auf der ganzen Welt seit etwas mehr als einem Jahr die Zinsen erhöhen und damit die Inflation zu bekämpfen versuchen, war klar, dass die Instabilität auf den Finanzmärkten zunehmen würde. Die Finanzinvestoren nutzten die vorangehende Phase ultratiefer Zinsen, um mit billigem Geld zu spekulieren und den dadurch verursachten Finanzblasen riesige Gewinne einzufahren. Die Zinserhöhungen setzten diesem Geschäftsmodell vorerst ein Ende.

Die Krisenerscheinungen haben sich nun bei den schwächsten Gliedern in den globalen Finanzverflechtungen bemerkbar gemacht. Bei der Silicon Valley Bank in den USA und der CS waren es schlechtes Risikomanagement bzw. ein nicht mehr funktionierendes Geschäftsmodell, welche letztlich die Kund:innen zum Abzug ihrer Bankguthaben veranlassten.

In einer solchen Situation ist es die Aufgabe der Nationalbank, als Kreditgeber letzter Instanz die notwendige Liquidität bereitzustellen. Daran ist per se nichts auszusetzen. Es zeigt sich dabei allerdings einmal mehr, dass Märkte sich nicht selbst regulieren, sondern regelmässig durch die Nationalbank und damit durch den Staat stabilisiert werden müssen. Zwar sind viele Details nicht bekannt. Da aber die CS Mitte März offensichtlich nicht mehr lebensfähig war, ist davon auszugehen, dass sie unter anderem mit dem (wohl verlustreichen) Verkauf ihrer Vermögenswerte, der aufgrund des Geldabflusses notwendig war, nicht nur ein Liquiditäts-, sondern auch ein Solvenzproblem hatte.

Soll der Staat in dieser Situation eingreifen? Ja, denn nichts zu tun wäre nicht besser, sondern es würde eine Finanzkrise ausgelöst. Abgesehen davon gibt es kaum eine schlechtere Lösung als jene des Bundesrats. Zwar hat er die Finanzkrise (vorerst!) verhindert. Doch nun haben wir ein privates



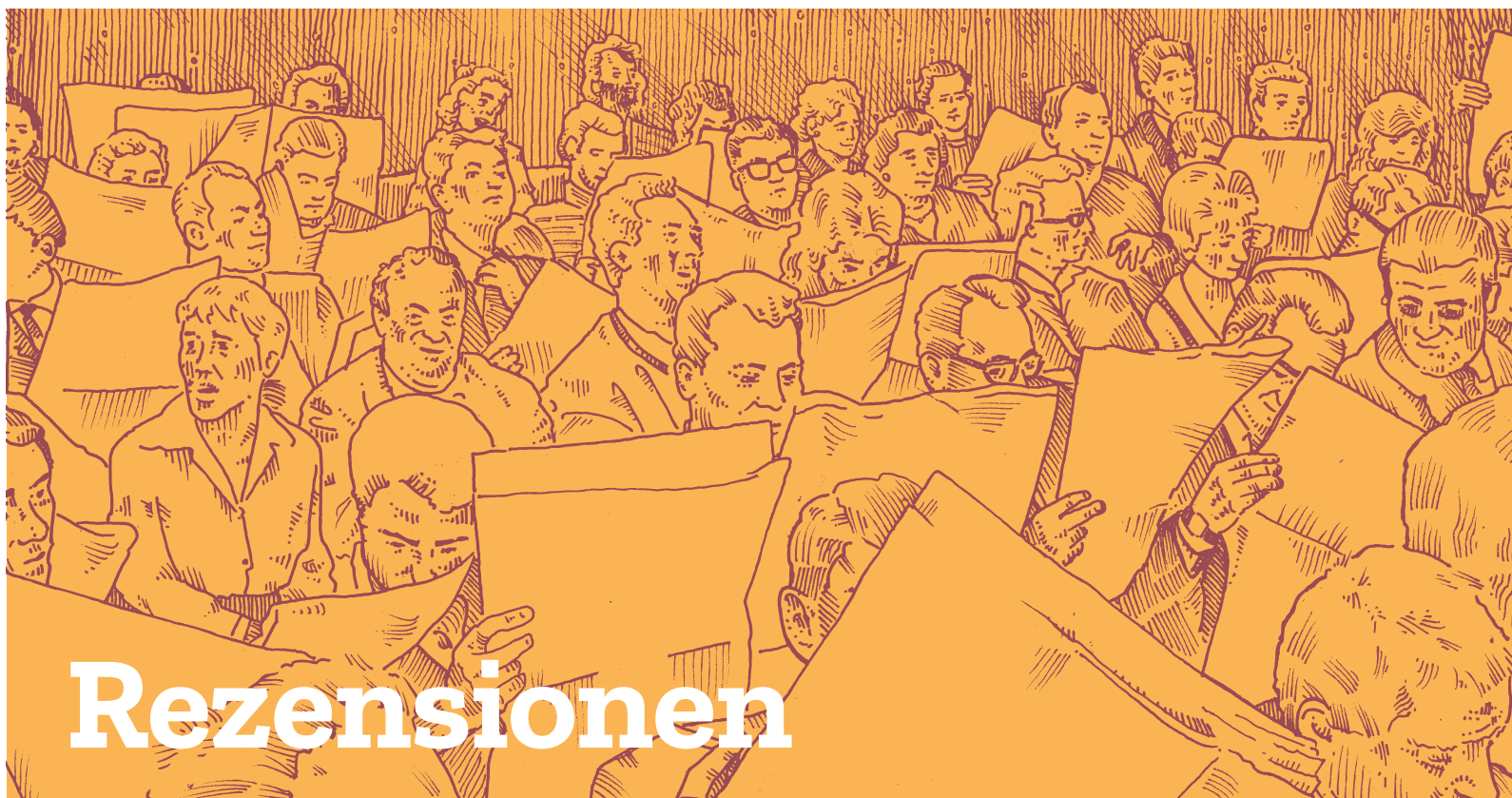
Monopol, das man im nächsten Krisenfall wohl wieder retten muss, um Schlimmeres zu verhindern. Die UBS zieht den um Finanzstabilität bemühten Staat über den Tisch und macht das lukrativste Geschäft, das man sich vorstellen kann, indem sie sich die CS zu einem Schnäppchenpreis einverleibt. Die Öffentlichkeit muss mit Garantien geradestehen, während Reiche noch reicher werden.

Die Übernahme der CS hätte nur unter starken Auflagen geschehen dürfen. Noch besser wäre es jedoch gewesen, das Schweizer Geschäft der CS zu verstaatlichen und so die Monopolsituation zu verhindern. Wie das Denknetz schon mehrfach ausgeführt hat, wäre eine solche Staatsbank auf die Finanzierung des Klimaschutzes auszurichten. Sie wäre damit

nicht nur ein Vehikel zur Stabilisierung des Finanzsektors, sondern sogar eine Lokomotive für den ökologischen Umbau der Schweiz. Grundsätzlich gilt, dass das Bankengeschäft ein fertig entwickeltes Produkt ist. Kredite werden vergeben, während die Bankeinlagen verwaltet werden. Dabei muss das Risiko gemanagt werden. Dafür braucht es weder viel Innovation noch Wettbewerb. Deshalb gehen Privatbanken für hohe Gewinne grosse Risiken ein. Eine öffentliche Bank braucht keine Gewinne und kann deshalb die Risiken durch langweiliges, solides Bankengeschäft minimieren. Sie macht so das Finanzsystem stabiler, reduziert die soziale Ungleichheit und vergünstigt die Finanzierung der Investitionen in Dinge, die wir wirklich brauchen. ♡



Basil Oberholzer ist Ökonom und ehem. Kantonsrat GRÜNE SG.



Rezensionen



Caritas Schweiz:
Sozialalmanach 2023.
Ungleichheiten in der Schweiz,
Luzern: Caritas Verlag 2023.

Der neueste Almanach der Caritas thematisiert die verschiedenen Facetten der Ungleichheit. Neben den Fakten zur materiellen Ungleichheit in der Schweiz gehen die Beiträge auf die Hintergründe, Ursachen und Folgen der Ungleichheit ein. Ungleichheit ist ein grundlegendes Strukturmerkmal einer Gesellschaft, das sich auf den Zugang zu Ressourcen, Positionen, Institutionen bezieht. Übermässige Ungleichheit destabilisiert die Gesellschaft und hat eine direkte Wirkung auf Einflusschancen, was demokratiepolitisch problematisch ist.

Ungleiche Bildungschancen

Menschen sind im Laufe ihrer Biografie mit unterschiedlichen Aspekten der Ungleichheit konfrontiert. In der Kindheit und im Jugendalter sind dies die unterschiedlichen Bildungschancen aufgrund der sozialen Herkunft, welche die späteren Einkommens- und Lebenschancen sowie die Handlungsspielräume der Menschen determinieren. Lanfranchi und Kalkusch zeigen eindrücklich, dass sich die Bildungschancen deutlich aufgrund des sozioökonomischen Status der Herkunftsfamilie sowie des Migra-

tionshintergrunds unterscheiden. So verbleiben 27 Prozent der nicht in der Schweiz geborenen Jugendlichen und 14 Prozent der in der Schweiz geborenen Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Berufsbildung, während dies bei Familien mit Schweizer Bürgerrecht nur 6 Prozent sind. Dies wirkt sich direkt auf das Armutsrisiko im späteren Lebensverlauf aus.

Ungleiche Partizipation am Wirtschaftswachstum, steigende Belastungen der tiefen Einkommen

Im Erwerbsalter wird die Ungleichheit in erster Linie durch ungleiche Löhne und Erwerbschancen erfahrbar. In den 1990er- und frühen 2000er-Jahre konnten die Topverdiener (oberste 0.001 Prozent) ihren Einkommensanteil von 1 auf 2 Prozent erhöhen. Dazu beigetragen haben gemäss Ajdacic vor allem die exorbitanten Vergütungen im Finanzsektor. Schüpbach stellt fest, dass die obersten 10 Prozent der Löhne in den letzten zwanzig Jahren im Durchschnitt 24 Prozent zulegen konnten, während tiefe und mittlere Löhne weit weniger vom Wirtschaftswachstum profitierten.

Damit hat sich die Lohnschere weiter geöffnet, obwohl die unteren Löhne dank Gesamtarbeitsverträgen und flankierenden Massnahmen stabilisiert werden konnten. Gleichzeitig sind untere Einkommen viel stärker betroffen von den steigenden Krankenversicherungsprämien und Mietkosten. So hat die Belastung der unteren Haushaltseinkommen durch diese beiden Ausgabenposten zwischen 2000 und 2020 um acht bis zehn Prozentpunkte zugenommen.

Ungleichheit im Rentenalter

Noch grösser als bei den Erwerbstätigen ist die Ungleichheit bei den Rentenhaushalten, worauf Knöpfel hinweist. So ist das Durchschnittseinkommen der obersten 20 Prozent der Rentenhaushalte viermal höher als jenes der untersten 20 Prozent. Auch das Gesundheitsrisiko unterscheidet sich je nach sozioökonomischem Status (SES), was Knöpfel am Beispiel der Lebenserwartung zeigt: Gemäss der zitierten Studie des BAG sterben Männer in Quartieren mit tiefem SES 4.5 Jahre früher im Vergleich zu Quartieren mit einem hohen SES. Bei Frauen beträgt der Unterschied 2.5 Jahre.

Horizontale Dimensionen der Ungleichheit

Verschiedene Artikel nehmen Bezug auf horizontale Aspekte der Ungleichheit, indem die Genderdimension und der Aufenthaltsstatus thematisiert werden. Togni zeigt auf, dass Sozialversicherungen die Geschlechterungleichheit im Arbeitsmarkt reproduzieren, was allerdings durch die Revisionen und Neuerungen zwischen 1997 und 2004 relativiert wurde (10. AHV-Revision, AVIG-Revision von 1999, Mutterschaftsversicherung 2004). Entscheidender Faktor für die Ungleichheit ist die Sorge- und Versorgungsarbeit, was im Beitrag von Peter und Ageler ausgeführt wird. Wird die unbezahlte Arbeit mitberücksichtigt, ist dies der weitaus grösste Wirtschaftssektor, wobei Frauen 80 Prozent ihrer gesamten Arbeitszeit mit Sorge- und Versorgungsarbeit verbringen. Die betreffende Arbeit ist häufig schlecht oder gar nicht bezahlt, was sich auch auf die soziale Absicherung insbesondere im Alter auswirkt.


Erbschaft: Vermögen ohne Eigenleistung

Reproduziert wird die Ungleichheit insbesondere über die Erbschaften. In der Schweiz werden gemäss dem Beitrag von Brühlhart jährlich 88 Milliarden CHF vererbt. Dabei profitieren vor allem die bereits Vermögenden von Erbschaften: Steuerdaten des Kantons Bern zeigen, dass mehr als die Hälfte der Erbschaften und Schenkungen an die vermögendsten 10 Prozent der Bevölkerung gehen und die Hälfte aller Erbschaften an Personen im Rentenalter. Die

Besteuerung von Erbschaften ist in den letzten Jahrzehnten massiv zurückgegangen, weil die Steuern für direkte Nachkommen praktisch in allen Kantonen abgeschafft wurden: Für jeden vererbten Franken werden heute 1.6 Rp. Steuer erhoben, 1990 waren es noch 4.3 Rp. Dabei wäre die Besteuerung von Erbschaften eine sinnvolle und logische Massnahme zur Verringerung der Ungleichheit und eine effiziente Art zur Beschaffung von Mitteln für dringend notwendigen Ressourcen im Bildungsbereich, für den ökologischen Umbau oder die finanzielle Sicherung der AHV. Bei Erbschaftssteuern ist kaum mit negativen wirtschaftlichen Effekten wie eine merkbare Abwanderung oder leistungseindämmenden Wirkungen zu rechnen. Auch die negative Wirkung auf Familienunternehmen könne gemäss Brühlhart bei speziellen Regelungen und Ausnahmen weitgehend ausgeschlossen werden. Trotzdem ist die Realisierung einer Erbschaftsteuer in der Schweiz schwierig, wie die Abstimmung zur Initiative für eine eidgenössische Erbschaftsteuer aus dem Jahr 2015 zeigt. Gemäss Einschätzung von

Brühlhart waren dabei Fehlinformationen und das Argument des Eingriffs auf das Privateigentum ausschlaggebend.

Eindämmung der Ungleichheit

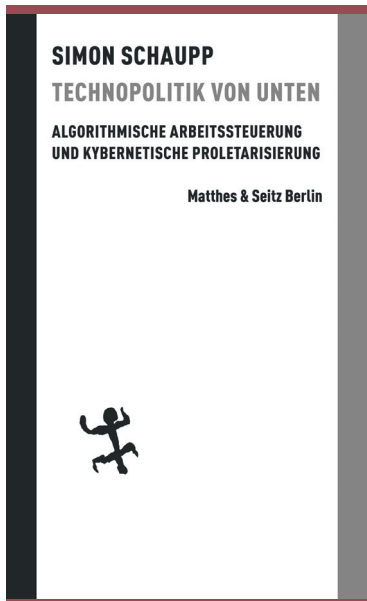
Als Instrumente zur Eindämmung der Ungleichheit werden neben den Erbschaftssteuern Massnahmen der Förderung der Bildungschancen benachteiligter Kinder (frühkindliche Förderung), gewerkschaftliche Lohnpolitik sowie Steuern und das System der sozialen Sicherheit erwähnt. Hümbelin, Farys und Jann zeigen, dass staatliche Umverteilung in der Schweiz im internationalen Vergleich wenig ausgeprägt ist und dass die Wirkung der wohlfahrtsstaatlichen Instrumente in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen ist. Eingeschränkt wird die staatliche Umverteilung durch die föderale Struktur der Schweiz, weshalb auch grosse kantonale Unterschiede bei der Umverteilungswirkung bestehen. Die grösste Umverteilungswirkung haben denn auch schweizweite Instrumente wie AHV und die Bundessteuern. 

“ Dabei wäre die Besteuerung von Erbschaften eine sinnvolle und logische Massnahme zur Verringerung der Ungleichheit. ”



Robert Fluder

ist emeritierter Professor der Berner Fachhochschule, Departement Soziale Arbeit im Bereich Sozialpolitik und Mitglied des Denknetz.



Simon Schaupp:
Technopolitik von unten.
Algorithmische Arbeits-
steuerung und kybernetische
Proletarisierung,
Berlin: Matthes & Seitz 2021.

Smarte Datenhandschuhe, die die Bewegung von Verpacke:innen in der Plattform-Logistik steuern; Apps, die Fahrwege von Essenskurier:innen tracken und sie zur Eile auffordern; digitale Leitsysteme, die Industriearbeiter:innen präzise Anweisungen zum Abarbeiten von Arbeitsschritten geben: Wie der Soziologe Simon Schaupp in seinem Buch «Technopolitik von unten» eindrücklich darlegt, haben die maschinellen Kontrolltechnologien des «Tracking, Tracing, Targeting, Ranking, Scoring, und Profiling» längst die Arbeitswelt erfasst. Um zu untersuchen, wie die Digitalisierung Arbeitsprozesse in Industrie- und Plattformunternehmen verändert und was sie mit den Beschäftigten macht, hat Schaupp nicht nur mit Management und Techniker:innen gesprochen, sondern auch selbst bei einem Lieferdienst und in der Industrie gearbeitet.

Schaupps Untersuchung zeichnet zunächst ein dystopisches Bild der digitalisierten Arbeitswelt: So besteht die digitale Komponente in den von ihm untersuchten Unternehmen vor allem in der algorithmischen Arbeitssteuerung. Diese aber ist nicht dazu da, Arbeit zu erleichtern, mit ihr hält vielmehr ein Regime feedbackbasierter Selbstoptimierung und -steuerung Einzug, das auf die Kontrolle der Arbeitsprozesse und die Extraktion von Daten zielt. Die automatisiert ausgewerteten Daten werden dazu genutzt, um Prozesse zu vereinfachen und zu automatisieren. Das hat zur Folge, dass Arbeit oft nur mehr im Abarbeiten der Anweisungen von algorithmischen Kontrollsystemen besteht – Fachkräfte werden überflüssig. Aus Sicht der Unternehmen entfällt so nicht nur die langwierige Einarbeitung, es erleichtert auch die Einbindung von prekärer, migrantischer


Arbeitskraft. Wenn digitale Technologien den arbeitenden Menschen mit Verhaltensprogrammen überziehen, droht eine weitere Prekarisierung von Arbeit.

Auf Zwangsmassnahmen kann eine solche digitale Verhaltenslenkung getrost verzichten. Als Teil eines autoregulativen Prozesses steuern die Arbeiter:innen über Dateneingaben vielmehr selbst jene Systeme, die ihr Verhalten lenken. Das Tragische einer solchen «kybernetischen Kontrolle» besteht darin, dass sie die Beschäftigten selbst zu Komplizen ihrer Dequalifizierung macht. Die Industriearbeiter:innen speisen selbst das Wissen in die Systeme ein, das zur Entwertung ihrer Arbeit gebraucht wird. Im Zuge der «kybernetischen Proletarisierung» werden sie ihres Produktionswissens beraubt und überflüssig gemacht. Digitalisierung wird zum Synonym für Enteignung.

Wenn Systeme allerdings auf elementare Weise von der Erhebung, Übertragung und Speicherung von Information abhängig sind, machen sie sich auch angreifbar. In gut dialektischer Manier zeigt Schaupp auf, wie im Zuge der Implementierung von digitalen Kontrolltechnologien zugleich ein neues, widerständiges Wissen entsteht, das um die Anfälligkeit komplexer technischer Steuerungssysteme weiss. Von der kollektiven Verlangsamung über die Manipulation von GPS-Trackern bis hin zu Streik und Sabotage – Schaupp schildert detailreich die Modi der Aneignung der neuen Technologien durch die Beschäftigten und die daraus erwachsenden Widerstandspotenziale.

Die Sympathie des Buches gilt denn auch den vielfältigen Erscheinungsformen des Wider-

stands gegen die «kybernetische Kontrolle», den «wilden Streiks» und der «radikaldemokratischen Organisationform». In diesem kämpfenden Proletariat erblickt Schaupp den «Kern einer erneuerten Arbeiter:innenbewegung». Das mag zwar schwer nach Sozialromantik klingen, wird aber verständlich, wenn man bedenkt, dass sich Schaupp selbst an den Streiks von Fahrradkurier:innen in Berlin beteiligt hat.

Der von Schaupp zu Beginn des Buchs geschilderte wilde Streik der Beschäftigten des Lieferdienstes Gorillas liefert ein wichtiges Lehrstück für künftige soziale Kämpfe. So etwas wie Solidarmilieus, eine Voraussetzung demokratischer Verständigung, kann unter rein digitalen Bedingungen nicht entstehen. Sie benötigen analoge Umgebungen und Schauplätze. Als sich die Rider von Gorillas gegen miese Arbeitsbedingungen zu wehren versuchten, ist das auch deshalb gelungen, weil das Unternehmen feste Standorte und Warenlager unterhält. Das erleichterte die Versammlung von Leuten und die Gründung eines Kollektivs, welches dann Streiks organisierte. Eine «Technopolitik von unten» ist daher auch ein Plädoyer zur Verteidigung der analogen Welt und von öffentlichen Räumen. 



Sandro Liniger

ist politischer Sekretär bei der Sozialdemokratischen Partei Schweiz.



Brie, Michael:
Sozialismus neu entdecken.
Ein hellblaues Bändchen zu den
Widersprüchen einer solidari-
schen Gesellschaft,
Hamburg: VSA 2022.

Als PDF frei verfügbar unter:
[https://www.rosalux.de/
fileadmin/rls_uploads/pdfs/
sonst_publicationen/MBrie_
Sozialismus_neu_entdecken_
RLS_VSA_2022.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/MBrie_Sozialismus_neu_entdecken_RLS_VSA_2022.pdf)

In den letzten Jahren sind diverse Bücher erschienen, die konkrete Vorschläge bzw. Einstiegsprojekte einer so dringend notwendigen sozial-ökologischen Gesellschaftstransformation präsentieren. «Sozialismus neu entdecken» von Michael Brie, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung und fleissiger Publizist, setzt einen anderen, einen «theoretischeren» Akzent. Dennoch ist das, was Brie schreibt, für die linke Bewegung äusserst wichtig.

Brie möchte das Wesen einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus begrifflich bestimmen: «Ohne einen Begriff von Sozialismus ist die Linke meines Erachtens unfähig, sich den realen Widersprüchen der realen kapitalistisch geprägten Gesellschaften und den treibenden Widersprüchen ihrer Überwindung zu stellen» (S. 10).


Die Wurzeln des Sozialismus verortet Brie im Liberalismus und im Kommunismus. Es geht also zum einen um die Freiheitsansprüche der Einzelnen und zum andern um die Gemeingüter, den Kampf um das Gemeinschaftliche (das, was wir in der Schweiz u.a. als Service public bezeichnen). Diese beiden «Pole» solidarisch zu verbinden ist die Aufgabe eines Sozialismus für das 21. Jahrhundert.

Diese bereits im Vorwort entfaltete Kernbotschaft unterlegt Brie im Folgenden mit vielfältigen Bezügen auf nicht nur sozialistische Denker:innen. Interessant ist der Hinweis in Kapitel 1 auf eine nach wie vor laufende Längsschnittstudie, in der Menschen, die zuerst in der DDR und dann in der Bundesrepublik leb(t)en, immer wieder zu ihrem Blick auf die Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft befragt werden. Fazit: Das «gute Leben»,

die «gute Gesellschaft» wird in der Verbindung der Errungenschaften aus beiden Welten gesehen. Es gilt, liberale und kommunistische Gestaltungsansätze zu kombinieren. Lehrreich auch Kapitel 4, das sich Karl Polanyis Auseinandersetzung mit der Frage widmet, wie sich Individualität und Freiheit in einer komplexen Gesellschaft so verwirklichen lassen, dass Freiheit im Verhältnis zur Natur und zu den Mitmenschen auch ethisch verantwortet werden kann.

Der an Sozialismus zu stellende Anspruch ist nicht, das macht Brie im abschliessenden Kapitel 5 nochmals deutlich, «den vergeblichen Versuch zu unternehmen, die Widersprüche der modernen komplexen Gesellschaften zum ‚Absterben‘ zu bringen, sondern sie sozial-ökologisch, demokratisch und friedlich auszutragen» (S. 107). Er macht sich dann die Mühe, das, was eine sozialistische Gesellschaft respektive Bewegung ausmachen müsste (oder zumindest die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen), konzeptuell zu umreissen. Was bedeutet Eigentum? Welche sozialistischen Formen von Gütern und des Besitzes sind zu denken? Wie wird reguliert und geplant, welche Rolle kommt dem Markt zu? Wie verhalten sich der Wille der Vielen

und der Gemeinwille zueinander? Auch dieser Teil ist sorgfältig ausgearbeitet, aber halt, wie von Brie im Vorwort explizit angekündigt, eher abstrakt und schematisch.

Wie gross die vor uns liegende Herausforderung eines sozialistischen oder sozial-ökologischen Gesellschaftswandels ist, wird ganz am Ende nochmals betont: Gefragt ist eine «fundamentale zivilisatorische Transformation» (S. 155) weg vom Imperativ der Kapitalverwertung. Das ist der Rahmen, in dem die konkreten Transformationsprojekte voranzutreiben sind. 



Pascal Zwicky
ist wissenschaftlicher Sekretär
des Denknetz.

MITGLIED WERDEN!
MITGLIED WERDEN!
MITGLIED WERDEN!

JETZT!



- Ich werde **Denknetz-Mitglied** und erhalte das aktuelle **Denknetz-Jahrbuch** und das Buch **«Für alle und für alle Fälle»** als Willkommensgeschenk.*
- Bitte schickt mir ___ **Exemplare dieser Zeitung zum Verteilen.**
- Ich bestelle ___ **Exemplare des Buches «Pharma fürs Volk»** zum Vorzugspreis von CHF 17.40 statt CHF 29.– (zuzüglich CHF 2.20 für Porto und Verpackung)

Vorname, Name

Strasse

PLZ, Ort

Mailadresse (bitte deutlich schreiben)

Einsenden an: Denknetz, Postfach, 8036 Zürich oder ein **E-Mail mit obigen Angaben** senden an **info@denknetz.ch**

* Wenn Sie Ihr Willkommenspaket erhalten haben, können Sie in Selbsteinschätzung Ihren Mitgliederbeitrag festlegen: CHF 40.– für Wenig- und Nichtverdienende, CHF 100.– für Normalverdienende und CHF 400.– für Fördermitglieder pro Kalenderjahr.



www.denknetz.ch